Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einundfünfzigste öffentliche Sitzung

Nr. 51

Donnerstag, den 5. Februar 1948

II. Band

Geschäftliches Seite
775, 796, 812

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 874) — Fortsetzung der Beratung.

In Verbindung damit:

- a) Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zur Niederlassungsordnung für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Dentisten (Beilage 969),
- b) Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens (Beilage 985),
- c) Mündlicher Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag des Abgeordneten Marx betreffend Regelung der Flüchtlingsumsiedlung nach den Gesichtspunkten des beruflichen Einsatzes (Beilage 752),
- d) Mündlicher Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag der Abgeordneten Scharf und Genossen betreffend Aufhebung der Sondervollmachten für die mittleren und unteren Organe der Flüchtlingsverwaltung u. a. (Beilage 753),
- e) Mündlicher Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag der Abgeordneten Bickler und Genossen betreffend gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Regierungsbezirke (Beilage 754).

Redner:

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter] . . . 775-777
Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter zu a] . . 777-778
Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter zu b] . . . 778-780
Weidner (FDP) [Berichterstatter zu c] . . . 780-781
Scharf (CSU) [Berichterstatter zu d] . . . 781-782
Leupoldt (DDB) [Berichterstatter zu e] . . . 782-783
Staatsminister Dr. Anfermüller 783-796

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Seite
Dr. Laforet (CSU) 796-801
Seifried (SPD) 802-805
Bezold Otto (FDP) 805-809
Ziesch (SPD) 809-810
Kurz (CSU) 810-812
Hirschenauer (CSU) 812
Staatsminister Dr. Anfermüller 812

Ausführungen des I. Vizepräsidenten zur Freigabe der von der UNRRA beschlagnahmten Arbeiteriedlung „Kaltherberge“ in München (Beschluss des Landtags vom 16. Januar 1948) 801

Hierzu Erklärung des Staatskommissars
Dr. Auerbach 801—802

Festsetzung der Zeit für die nächste Sitzung . . . 812
(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 10 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die 51. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Anetseder, Brandner, Deku Maria, Dr. Gromer, Dr. Horlacher, Dr. Huber, Kaiser, Dr. Kroll, Dr. Rindt, Riß, Roith, Sauer, Schöpf, Schraml, Schütte, Dr. Vogtherr, Wilhelm.

Andersonweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Bachmann, Höllerer, Mack und Meigner.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Zunächst fahren wir fort in dem

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 874).

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter Dr. Winkler das Wort zur Fortsetzung seines Berichts.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren dieses hohen Hauses! Ich habe

(Dr. Winkler [CSU])

gestern bei Kapitel 274, Landbauämter und Universitätsbauämter, beendet. Nun komme ich zu den Straßen- und Flußbauämtern, Kapitel 276.

Staatssekretär Fischer schickte der Behandlung dieses Kapitels einen allgemeinen Überblick über die Straßen und Brücken Bayerns voraus. Bayern besitzt bei den Autobahnen rund 575 Kilometer Betriebsstrecke, bei den Reichsstraßen 5721 Kilometer, bei den Landstraßen 1. Ordnung 10 318 Kilometer und bei den Landstraßen 2. Ordnung 9790 Kilometer. Nach der anderen Klassifizierung der Militärregierung liegen im militärischen Netz erster Priorität von den Autobahnen 560 Kilometer, von den Reichsstraßen 1000 Kilometer und von den Landstraßen 1. Ordnung 107 Kilometer. Diese Straßen müssen unter Zurückstellung aller anderen Dinge unterhalten werden. Die vorhandenen Baustoffe müssen in erster Linie zur Unterhaltung dieser Straßen verwendet werden, die auch im Winter freigehalten werden müssen. Dazu kommt ein ziviles Straßennetz dritter Priorität mit 1200 Kilometern Reichsstraßen, 560 Kilometern Landstraßen 1. Ordnung und 20 Kilometern Landstraßen 2. Ordnung. Schließlich kommt noch ein ziviles Straßennetz vierter Priorität in Betracht. Die Unterhaltung der Autobahnen und Reichsstraßen ist nun Aufgabe der Länder. Die Netze erster und zweiter Priorität sind in Ordnung. Alle Anstrengungen sind darauf gerichtet, das Straßennetz bei der fortgeschrittenen Motorisierung nicht verkommen zu lassen. Im Militärstraßennetz sind 1945 231 Brücken, im übrigen Straßennetz 504 Brücken zerstört gewesen. Von den ersteren sind inzwischen 54 als Dauerbrücken und 147 als Behelfsbrücken dem Verkehr übergeben worden. Von den letzteren sind 122 Dauerbrücken und 314 Behelfsbrücken wiederhergestellt. Im Bau sind 56 Dauerbrücken und 6 Behelfsbrücken.

Zum Verkehrsbild teilte Baurat Brunner mit, daß nach einer Verkehrszählung der Anteil der Besatzungsmacht am Verkehr bei PKWs 30 Prozent beträgt, während der Lastwagenverkehr zwei Drittel des gesamten Verkehrs ausmacht. Früher, 1936/37, sei der Personenwagenverkehr mit zwei Drittel beteiligt gewesen. Am schwersten belastet sind die Strecken Rosenheim—München—Ulm, Nürnberg—Würzburg—Schaffenburg und Nürnberg—Bamberg—Coburg.

Nachdem der Abgeordnete Prechtl auf den schlechten Zustand der Straßen in Niederbayern hingewiesen hatte, stellte der Vorsitzende des Ausschusses die Frage nach der Durchführung seines Antrags auf Rückgabe der technischen Betreuung der Landstraßen 2. Ordnung an die Landkreise.

Staatssekretär Fischer antwortete auf diese Frage, bei der Zunahme des motorisierten Verkehrs würde es sich empfehlen, die Unterhaltungspflicht der Landstraßen 2. Ordnung in die Unterhaltungspflicht des Staates zu übernehmen und einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Die Militärregierung ist von der Richtlinie Nr. 14 nicht abgegangen. Für die Instandsetzung der Landstraßen 2. Ordnung haben die Landkreise in den Jahren 1940 bis 1946 5,2 bis 8,8 Millionen Mark ausgegeben.

Auf die Anfrage des Mitberichterstatters zu Titel 20, Überweisungen aus der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 8 089 000 Mark für die Baulast an Landstraßen 1. Ordnung, führte Regiergungsdirektor Dr. Bar-

barino aus, daß hier ein Fehler des Haushaltsplans vorliege. Von der Kraftfahrzeugsteuer, die früher Reichsteuer gewesen sei, seien früher Teile an das Land überwiesen worden. Im Haushaltsplan 1946 sei noch zwischen Reichs- und Landesteil unterschieden worden und seien die gesamten Einnahmen aus früheren Reichsteuern als Einnahmen des Reichsteils aufgeführt worden. Von diesem seien Überweisungen auf den Landesteil geleistet worden, so aus der Kraftfahrzeugsteuer für die Baulast der Landstraßen 1. Ordnung 8 089 000 Mark. Im diesjährigen Haushalt seien Reichs- und Landesteil jedoch vereinigt worden und so falle der Transfer vom Reichsteil auf den Landesteil weg. Der Betrag sei daher hier zu streichen und es bestehe die Notwendigkeit, diesen Betrag anderweitig zu decken. Der Zuschußbedarf erhöht sich demnach nach den Feststellungen des Vorsitzenden auf 57 236 900 Mark.

Es wurde nach Antrag des Berichterstatters beschlossen: Kapitel 276 wird in Einnahmen und Ausgaben genehmigt unter Streichung der Einnahme in Titel 20 und Erhöhung des Zuschußbedarfs auf 57 236 900 Mark.

Ich komme zum nächsten Kapitel, dem Kapitel 277 A, Wasserwirtschaftsämter (ohne Wildbachverbauungen). Das Aufgabengebiet der 24 Wasserwirtschaftsämter und einer Außenstelle umfaßt, wie Ministerialdirigent R u t h dem Ausschuß auseinandersetzte, die Neubautätigkeit, die Unterhaltung der ausgeführten Anlagen und die Beteiligung am Vollzug des Wassergesetzes. Bei der Neubautätigkeit handelt es sich um die Schaffung von Hochwasserschikananlagen, die Entwässerung von Grundstücken, die Erstellung von Bewässerungsanlagen, die Schaffung von Wasserversorgungsanlagen für landwirtschaftliche Zwecke, die Verwertung der Abwässer größerer Städte. Die Wildbachverbauung obliegt zwei besonderen Stellen, den Sektionen für Wildbachverbauung in Rosenheim und Rempten.

Der Abgeordnete Prechtl, der auf die großen Aufgaben der Flußregulierung und der Hochwasserverbauungen hinwies, forderte eine energische Initiative auf diesem Gebiet mit Einschluß der Bildung von Genossenschaften. Als besonders vordringliche Projekte wurden im Ausschuß die Gebiete um Eggmühl, die Bils ober- und unterhalb Amberg, das Egerprojekt im Fichtelgebirge und das Wertachprojekt hervorgehoben.

Dr. Hoegner befürwortete die Vorbereitung solcher Projekte für die Übergangszeit nach der Währungsregelung, wo unter Umständen mit einer größeren Arbeitslosigkeit zu rechnen sei.

Staatssekretär Fischer erwiderte darauf, zur Zeit seien 66 Großunternehmungen im Gange, 10 weitere könnten jederzeit aufgenommen werden.

Kapitel 277 A wurde sodann in Einnahmen und Ausgaben genehmigt.

Nun Kapitel 277 B, Wasserwirtschaftsämter (für Wildbachverbauungen). Den Anträgen der Berichterstatter, die Einnahmen und Ausgaben in diesem Kapitel zu genehmigen, wurde entsprochen.

Ich komme zu Kapitel 278, Landeshäfen. Staatssekretär Fischer führte in seinem Überblick zu diesem Kapitel aus, es bestünden Landeshäfen in Schaffenburg und in Regensburg mit Passau. Der Staat sei außerdem beteiligt an den Häfen in Würzburg, Bamberg und anderen Orten. Der Umschlag in Schaffenburg hat bereits wieder Friedenshöhe erreicht, während der Regens-

(Dr. Winkler [CSU])

burger Hafen noch stark darniederliegt, weil der Verkehr mit Österreich weggefallen ist und keine Bergfahrt besteht. Der Hafen hat schwere Schäden erlitten, doch hofft man, daß auch dort im nächsten Jahre Unlegemöglichkeiten für die schwersten Kapazitäten gegeben sind. Die Staatsbauverwaltung hat beantragt, daß die bayerischen Schiffahrtsgesellschaften für Fahrten von Kohle aus dem Ruhrgebiet berücksichtigt werden. Die bizonale Verwaltung hat die Landeshäfen bisher noch nicht beansprucht; die Bauverwaltung steht auf dem Standpunkt, daß sie Landeseigentum bleiben müssen.

Die Besatzungsmacht hat das Schiffahrtswesen neu organisiert. Es bestehen die Rhein-Schiffahrtskontrollstelle und die Danube Field-Organisation in Regensburg; beide Stellen unterstehen direkt OMGUS-Berlin. Auf Befehl der Militärregierung ist die Binnenschiffahrt als Sonderverwaltung herausgestellt worden.

Die Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 278 fanden auf Antrag der beiden Berichterstatter die Genehmigung des Ausschusses.

Kapitel 279, Staatsgeräteparke. In den beiden Staatsgeräteparken München und Nürnberg sind, wie Staatssekretär Fischer berichtete, die gesamten Maschinen für den Straßen- und Flußbau zentral zusammengefaßt.

Der Anregung des Mitberichterstatters, bei der Überschrift des Kapitels der Verständlichkeit halber „für den Straßen- und Flußbau“ anzufügen, wurde im folgenden Beschluß entsprochen, der lautet: Kapitel 279 wird in Einnahmen und Ausgaben unter Ergänzung der Überschrift in „Staatsgeräteparke für das Straßen- und Flußbauwesen“ genehmigt.

Nun das Kapitel 280, Straßenbauämter (Autobahn). Nach den Erläuterungen des Staatssekretärs Fischer bestehen zwei Straßenbauämter, nämlich die beiden ehemaligen Autobahndirektionen München und Nürnberg, die auf Befehl der Militärregierung in Straßenbauämter umgewandelt wurden.

Der Beanstandung der beiden Berichterstatter, warum sich die Einnahmen und Ausgaben bei den Tankstellen und Raststätten nicht ausgleichen, was bei einer wirtschaftlichen Gestaltung möglich sein müßte, begegnete Ministerialrat Geiger damit, daß die Raststätten von der Militärregierung beschlagnahmt seien. Baurat Brunner ergänzte diese Bemerkungen mit dem Hinweis, daß bei der Raststätte am Chiemsee die Lasten von der Staatsbauverwaltung getragen werden müßten, während sie keinerlei Einfluß auf die Gestaltung des Betriebes habe. Es seien keine Einnahmen vorhanden, während die Rechnungen der Militärregierung bezahlt werden müßten. Bei den Tankstellen allein bestche kein Fehlbetrag. Dem Wunsche, die halbfertigen Zubringerstraßen zu den Autobahnen auszubauen, stehe die Weisung der Militärregierung entgegen, wonach jede weitere Errichtung von autobahnähnlichen Straßen verboten ist.

(Dr. Hundhammer: Hört, hört!)

Auf die Kritik Dr. Dehlers, daß der Beamtenapparat zu groß sei, erwiderte Ministerialrat Geiger, daß diese Straßenbauämter sehr große Strecken zu betreuen und daneben noch zentrale Aufgaben zu erfüllen hätten.

Die Ansätze in Kapitel 280 wurden auf Antrag der Berichterstatter in Einnahmen und Ausgaben genehmigt.

Ich komme zum Kapitel 281, Verwaltung der Wasserstraßen. Als Wasserstraße kommt, wie Staatssekretär Fischer berichtete, lediglich der Ludwig-Rhein-Main-Donau-Kanal von Bamberg bis Kelheim in Betracht. Es ist nicht gelungen, den Kanal in diesem Jahre in Betrieb zu nehmen, und zwar infolge der Schwierigkeiten in der Wasserzuführung und Fertigstellung von Brücken. Teilweise ist der Kanal in Betrieb. Bezüglich des Ausbaus der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau sei in dem Rhein-Main-Donau-Gesetz von 1939 vorgesehen gewesen, die Schiffahrtsstraße bis 1945 fertigzustellen. Das Projekt sei gegen Ende des Krieges abgedrosselt worden. Augenblicklich sei an den Ausbau nicht zu denken. Die Finanzierung erfordere 1,5 Milliarden Mark. Die Verwirklichung dieser Großschiffahrtsstraße dürfe aber nicht aus dem Auge gelassen werden, weil mit der Verwirklichung dieses Projekts eine außerordentliche Belebung der westeuropäischen Wirtschaft eintreten würde. Verbunden mit diesem Unternehmen ist die Kanalisierung des Mains, die bis Aschaffenburg vorwärts getrieben wurde. Bis dahin gehen auch die Staustufen. Im Donaugebiet ist die Niederwasserregulierung bis Kelheim getrieben. Das Rachtlet ist in Betrieb.

Der Beschluß des Ausschusses lautet in diesem Kapitel: Die Ansätze in Einnahmen und Ausgaben werden genehmigt.

Damit, werde Damen und Herren, ist die Berichterstattung über den Haushalt des Staatsministeriums des Innern zu Ende. Ich gebe der Erwartung auf eine recht erfolgreiche Debatte für Volk und Vaterland Ausdruck.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter Dr. Winkler.

Es folgt der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zur Niederlassungsordnung für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Dentisten (Beilage 969).

Ich bitte Herrn Dr. Hoegner um Erstattung seines Berichts.

Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]: Die Niederlassungsordnung für Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Dentisten auf Beilage 922 wurde in der Sitzung des Verfassungsausschusses vom 19. Dezember 1947 behandelt. Ich verweise auf die ausführliche Niederschrift, deren Inhalt sich folgendermaßen kurz zusammenfassen läßt.

Berichterstatter und Mitberichterstatter äußerten zunächst gewisse Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes vom 3. Juli 1947, das der Niederlassungsordnung zugrunde liegt. Der Ausschuß brachte seinen Willen zum Ausdruck, daß das Staatsministerium des Innern die Verfassungsmäßigkeit jenes Niederlassungsgesetzes nachprüfen möge.

Ein Vertreter der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums erklärte, die rasche Verabschiedung der Niederlassungsordnung sei in einer Arbeitstagung beschlossen worden. Die Niederlassungsordnung sei eine Notmaßnahme, die nur in engster Zusammenarbeit mit der Berufsorganisation durchgeführt werden könne. Besonders die Not der Flüchtlingsärzte sei groß; ihr müsse abgeholfen werden.

(Dr. Hoegner (SPD))

Im einzelnen nahm der Verfassungsausschuß zu den Bestimmungen des Gesetzentwurfs folgendermaßen Stellung.

§ 1 Niederlassungsgenehmigung. Der Vorsitzende erklärte, vielfach wehrten sich alte Ärzte gegen die Zulassung junger Kräfte.

Ein Vertreter des Innenministeriums machte darauf aufmerksam, daß § 1 nur im Zusammenhang mit dem Stellenplan des § 9 betrachtet werden könne. Im Staatsministerium des Innern habe man eine Übersicht über die Belegung der Landkreise und Städte mit Ärzten. Durch einen Vergleich dieser Übersicht mit den von den Niederlassungsausschüssen aufgestellten Stellenplänen werde die Möglichkeit bestehen, daß sich insbesondere die Flüchtlingsärzte freizügig über das Land Bayern hin um frei werdende Stellen bewerben könnten. Nach einer Statistik, die auf Zahlen der Landesärztekammer aufgebaut sei, seien von 11 000 Ärzten in Bayern 8 300 beschäftigt und 2700 als Volontärärzte oder in nicht bezahlten Stellen untergebracht.

Ein Abgeordneter wies darauf hin, daß für die Zulassung zur Kassenpraxis eigene Bedingungen vom Arbeitsministerium selbstverständlich aufgestellt werden könnten.

§ 1 wurde in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen.

§ 2 Niederlassungsort und § 3 Niederlassungsvoraussetzungen wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

§ 4 wurde in der aus Beilage 969 ersichtlichen Fassung einstimmig angenommen.

§ 5 Amtsärzte. Über die freie Praxis der Amtsärzte entspann sich eine längere Aussprache. Ein Vertreter der Staatsregierung trat für die Zulässigkeit von Privatpraxis für die Amtsärzte ein, weil der Amtsarzt nicht nur am Schreibtisch, sondern auch am Krankenbett sein müsse. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß diese Genehmigung der Privatpraxis widerruflich sein müsse.

Demgemäß erhielt § 5 die aus der Beilage 969 ersichtliche Fassung.

§ 6 Mehrere Bewerber. Gegen die Bevorzugung der geborenen Bayern wurden verfassungsrechtliche Bedenken erhoben.

Der Vorsitzende wandte sich gegen die Wendung, daß „der Grad der allgemeinen und besonderen Ausbildung“ berücksichtigt werden müsse. Dadurch werde der Willkür Tür und Tor geöffnet.

§ 6 wurde in der in Beilage 969 vorliegenden Fassung gegen die Stimme des Vorsitzenden angenommen.

§ 7 Niederlassungen vor 1. Juli 1947. Ein Vertreter der Staatsregierung führte aus, die ärztliche Berufsvertretung wende sich vor allem gegen die wilde Niederlassung von Ärzten aus der russischen und englischen Zone; bei denen man nicht wisse, ob sie die Voraussetzung des § 3 erfüllten. Außerdem gehe das Bestreben der Berufsvertretung wegen der Überfüllung Bayerns mit Ärzten dahin, Plätze für Flüchtlingsärzte freizubekommen.

Nach längerer Aussprache wurde § 7 in der aus der Beilage 969 ersichtlichen Fassung angenommen.

§ 8 Widerruf der Niederlassung. Es wurde beschlossen, die Frist für die Niederlassung auf Antrag um weitere drei Monate zu verlängern.

§ 9 Stellenplan. Der Herr Staatsminister des Innern bezeichnete den Vorschlag, den Stellenplan zur alleinigen Grundlage für die Verforgung des Landes mit Ärzten zu machen, für undurchführbar.

Nach längerer Debatte wurde folgender Zusatz zu Absatz 1 beschlossen:

Er kann aus Gründen der öffentlichen Gesundheit davon abweichen.

§ 10 Gemeinschaftspraxis. Ein Vertreter der Staatsregierung teilte mit, die Bestimmung, daß eine Gemeinschaftspraxis nur für Bewerber der allgemeinen Praxis oder für Bewerber desselben Sonderfaches zulässig sei, sei auf besonderen Wunsch der Landesärztekammer getroffen worden, damit nicht später aus einer Praxis deren zwei würden.

§ 10 wurde sodann in der aus Beilage 969 ersichtlichen Fassung angenommen.

§ 11 Antragstellung. Der Vertreter der Staatsregierung bestand darauf, daß der Bewerber da sein Gesuch einreichen müsse, wo er sich wirklich niederlassen wolle.

Der Ausschuß nahm dann § 11 in der aus Beilage 969 ersichtlichen Fassung an. Das gleiche gilt für die §§ 12 und 13.

§ 14 Schlußbestimmung, wurde in der aus Beilage 969 ersichtlichen Fassung angenommen.

In der Schlußabstimmung nahm der Verfassungsausschuß das Gesetz mit allen Stimmen gegen die des Vorsitzenden an.

Ich empfehle dem hohen Hause, dem Beschluß des Verfassungsausschusses beizutreten.

Zu den nachträglich eingelaufenen Vorschlägen der Bayerischen Landesärztekammer und der Arbeitsgemeinschaft der Jungärzte Unterfrankens erlaube ich um Stellungnahme der Staatsregierung.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Es folgt nun der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens (Beilage 985).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Hille; ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! In mehr als siebenstündiger Debatte hat der Verfassungsausschuß zur Beilage 490, die bereits im Mai 1947 vom Kabinett verabschiedet, allerdings auf Umwegen erst wenige Tage vor ihrer Beratung dem Verfassungsausschuß vorgelegt wurde, Stellung genommen. Der Verfassungsausschuß sah sich hier vor eine außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt.

Staatssekretär Fischer führte aus, daß beim Ministerium des Innern seit mehr als hundert Jahren bereits eine Bauabteilung existiere und daß im Jahre 1872 die Oberste Baubehörde bei diesem Ministerium errichtet worden sei. Diese Oberste Baubehörde habe allerdings im Gegensatz zu der Entwicklung nach dem ersten

(Dr. Hille [SPD])

Weltkrieg vornehmlich Aufgaben des Wasserbaus, des Brückenbaus und nicht zuletzt auch des staatlichen Hochbaus gehabt. Nach 1918 war die Situation wesentlich anders. Durch den ersten Krieg waren die Wohnungen zum Teil unzureichend geworden; es war 4½ Jahre nicht gebaut worden. Es war also notwendig, die erhöhten Ansprüche durch eine besondere Regelung zu erfüllen. Damals, im Jahre 1919, ist diese Aufgabe dem Arbeitsministerium übertragen worden. Die gleichen Aufgaben hatte sich damals das Reichsarbeitsministerium gestellt. Von 1919 bis 1933 hat das Arbeitsministerium diese Aufgabe zweifellos musterfüllig erfüllt. Nach 1933 sind bekanntlich dann die einzelnen Länderministerien entweder aufgelöst oder als reine Verwaltungsbehörden weitergeführt worden. Die Aufgaben wurden dann von anderen Stellen, insbesondere vom Reichsarbeitsministerium und zum Teil auch von der freien Wirtschaft selbständig ausgeführt.

Nach 1945, so führte Staatsminister Krehle aus, hatten sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Es war notwendig, hier wieder auf die alte Regelung zurückzugreifen. Durch das Gesetz der Militärregierung vom 20. Juli 1945 wurde das Arbeitsministerium, das dann später in „Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge“ umbenannt wurde, wieder mit diesem Aufgabekreis betraut. Das Gesetz hat auch eine Abteilung VI geschaffen, die hier praktisch zur Diskussion steht. Herr Staatsminister Krehle hat auch darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig sei, die Arbeiten des Wohnungsbaus primär zu behandeln und sie in den Vordergrund unserer Planung zu stellen. Wohnungsbau und Wohnraumbewirtschaftung stünden aber in einem engen Zusammenhang; man könne sie nicht voneinander trennen.

Als der Ausschuß dann der Frage näher zu treten hatte, ob diese Aufgaben ebenfalls auf die neu zu bildende Oberste Baubehörde zu übertragen wären, hat er sich mit Mehrheit für diese Lösung entschieden.

Der Berichterstatter hat hierzu ausgeführt, daß es mit Rücksicht auf den totalen Krieg, der ungeheure Verwüstung gerade auf dem Gebiete des Grundstückswesens, will ich einmal summarisch sagen, angerichtet hat, notwendig ist, daß hier eine vollkommen neue Institution in Form eines Aufbauministeriums geschaffen wird. Einschlägig zu dieser Auffassung war auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der Ihnen ja zugegangen ist, der allerdings nur einen lapidaren Satz enthält. Er heißt wörtlich:

Als zweites Sonderministerium wird ein Staatsministerium für Wiederaufbau errichtet.

In der Sitzung des Verfassungsausschusses hat dann die sozialdemokratische Fraktion hierzu noch einen Ergänzungsantrag gestellt, der leider in keiner Beilage enthalten ist und den ich hier wörtlich vortragen muß; er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Als zweites Sonderministerium gemäß Art. 49 der Verfassung wird ein Aufbauministerium errichtet. Ziel und Aufgaben des Ministeriums sollen sein:

1. die Zusammenfassung der bei den verschiedenen Ministerien bestehenden mit Bauaufgaben betrauten Abteilungen und Einrichtungen,

2. die Schaffung eines Zentraliedlungsamtes und der Einbau der schon bestehenden staatlichen Einrichtungen bzw. Behörden, insbesondere auch die Übertragung der mit der Bodenreform zusammenhängenden Aufgaben,

3. die Angliederung des Staatssekretariats für das Flüchtlingswesen und, soweit erforderlich, dessen Einbau in die übrigen Abteilungen des Ministeriums,

4. die Planung und höchste Intensivierung des Wohnungsbaus unter weitester Heranziehung der Genossenschaften, Gemeinden und Gemeindeverbände und bewährter Fachleute,

5. die Erfassung, die Einfuhr und die Verteilung sämtlicher Baustoffe, die Förderung heimischer Baustoffe und rohstoffsparender Bauweisen unter Dienstbarmachung schon bestehender, bewährter, privater und öffentlicher Einrichtungen.

Auf die Wiedergabe der Begründung kann ich wohl verzichten; die Redner werden noch hinreichend Gelegenheit haben, die Begründung zu wiederholen.

Zu diesem Antrag haben Staatssekretär Fischer und auch Herr Minister Dr. Unterkmüller darauf hingewiesen, daß das Kabinett bereits im Mai 1947 einstimmig beschlossen habe, die Aufgaben der Abteilung VI des Arbeitsministeriums auf das Innenministerium zu übertragen und die Oberste Baubehörde, die in der Zwischenzeit formell nicht bestanden hat, wieder ins Leben zu rufen und mit diesen Aufgaben zu betrauen.

Staatsminister Krehle hat im Gegensatz hierzu auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Abteilung VI beim Arbeitsministerium zu belassen, da sie wegen ihrer besonderen Aufgabenstellung auch eine besondere Behandlung erfordere. Der Wohnungsbau sei in erster Linie nicht etwa ein Stadtrandiedlungsbau, sondern ein Wohnungsbau, der sich planmäßig nach den besonderen Bedürfnissen auch der Wirtschaft zu entwickeln habe. Es sei ferner zu berücksichtigen, daß durch das Flüchtlingsproblem eine völlig neue Situation entstanden sei, da mehr als zwei Millionen Flüchtlinge hier eingeströmt sind, die auch wohnungsmäßig ehestens untergebracht werden müssen. Diese wichtige Aufgabe könne nur gelöst werden, wenn das gesamte Bauwesen, soweit es den Wohnungsbau betrifft, konzentrisch zusammengefaßt werde. Der Ausbau der Abteilung VI in dieser Richtung sei also das Gegebene.

Minister Dr. Unterkmüller wies darauf hin, daß die Staatsregierung doch einstimmig eine gegenläufige Auffassung vertreten habe, da sie überzeugt sei, daß die Oberste Baubehörde die Einrichtung sei, die diese Aufgabe gemäß ihrer Tradition, ihrem technischen Apparat und der besonderen Eignung auch am besten zu lösen imstande sei.

Der Abgeordnete Wimmer hat sich gegen diese Auffassung gewehrt und zum Ausdruck gebracht, daß das Arbeitsministerium bereits in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg seine Aufgabe hervorragend gelöst hätte, und daß es zweifellos, wenn die Abteilung sachkundig und von schöpferischen Menschen geleitet werde, die mit den großen Aufgaben, die es hier zu lösen gibt, vertraut wären und über die nötige Energie, aber auch die nötige Unterstützung seitens aller Beteiligten verfügten; am besten in der Lage sei, diese Aufgabe zu erfüllen, wenn

(Dr. Hille [SPD])

man schon den Antrag der SPD ablehne, ein Aufbauministerium zu errichten.

Der Abgeordnete **Schesebeck** hat sich gegen diese Auffassung gewehrt. Nach einer längeren Debatte ist es dann zur Abstimmung über den Antrag der SPD gekommen, der gegen die Stimmen der SPD abgelehnt wurde.

Der Ausschuß ist dann am Nachmittag desselben Tages wieder zusammengetreten, nachdem die CSU-Fraktion noch eine Besprechung gehalten hatte. Es zeigte sich dann die Tatsache, daß einige Mitglieder der CSU, wie der Herr Abgeordnete Dr. Rindt, der zunächst für die Auffassung des Herrn Staatsministers Krehle eingetreten war, inzwischen offenbar ihre Meinung gewechselt hatten, oder sich an der Abstimmung nicht beteiligten. Lediglich der Abgeordnete **Krempf** hat sich hier der Stimme enthalten. Sonst hat sich die Auffassung des Herrn Staatssekretärs **Fischer**, die mit der Auffassung des Herrn Staatsministers Dr. **Antermüller** identisch ist, durchgesetzt. Der Ausschuß hat dann die Vorlage eingehend beraten und ist zu der Fassung gekommen, die Ihnen nun vorliegt. Ich darf wohl darauf verzichten, diese Fassung im einzelnen wiederzugeben; Sie haben ja hinreichend Gelegenheit, sie zu studieren.

Das Wesentliche in der Abänderung der gegebenen Vorlage ist nun, daß die Aufgaben, die im einzelnen aufgezählt waren, nun nicht mehr im einzelnen aufgezählt werden, sondern daß nur summarisch festgestellt wird, daß die Oberste Baubehörde, selbstverständlich unter der Leitung des Innenministeriums, die Bauaufgaben, die bisher eine Reihe von Ministerien zu erfüllen hatten — nicht nur etwa das Arbeitsministerium, wie hier angenommen werden könnte —, zu betreuen hat. Darüber hinaus soll im Laufe der Zeit die Selbständigkeit der Verwaltung der Schlösser und die Selbständigkeit der Oberfinanzpräsidien aufgehoben und auch diese besonderen Aufgaben in das Staatsministerium des Innern, Abteilung Oberste Baubehörde, übergeleitet werden.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte zum Ausdruck gebracht, daß es erforderlich sei, auch die mit der Bodenreform zusammenhängenden Fragen der Siedlung diesem gedachten Aufbauministerium zu übertragen. Eine klare Entscheidung über diese Frage, d. h. über die Angliederung des Aufgabengebietes, soweit es auf die Bodenreform Bezug hat, ist hier nicht gefällt worden.

Der Berichterstatter kann von sich aus nicht vorschlagen, der Vorlage zuzustimmen.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Nun folgt der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag des Abgeordneten **Marg betreffend Regelung der Flüchtlingsumsiedlung nach den Gesichtspunkten des beruflichen Einjages (Beilage 752).**

Das Wort hat der Berichterstatter, Abgeordneter **Weidner**.

Weidner (FDP) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Ausgangspunkt für Beilage 752

war der Antrag **Bodesheim**, Dr. **Vinnett** und Fraktion (FDP) in Beilage 547:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen,

1. Maßnahmen zu ergreifen, um einen planmäßigen Austausch der Arbeitskräfte aus den Kreisen der Flüchtlinge herbeizuführen und die einjagfähigen Arbeitskräfte dorthin zu bringen, wo ihre Arbeitskraft dringend benötigt wird;
2. schon in den Regierungs-Durchgangslagern die eingetroffenen Flüchtlinge nach ihrer fachlichen Eignung durchzukämmern und sie auf Anforderung der zuständigen Arbeitsämter zweckmäßigerweise in Gebiete zu überführen, in denen bei Unterbringungsmöglichkeiten Wirtschaftskapazitäten vorhanden sind, die infolge Mangels an Arbeitskräften nicht ausgenutzt werden können.

Der Berichterstatter, meine Wenigkeit, sprach für den Antrag der Fraktion. Auf der einen Seite ermangle es der Industrie an fachlichen Arbeitskräften, auf der anderen Seite befänden sich sehr viele Flüchtlinge in Gebieten, in denen ihre Arbeitskraft in keiner Weise ausgenutzt sei. Daher sei ein planmäßiger Austausch der Arbeitskräfte aus Flüchtlingskreisen geboten. Der Mitberichterstatter **Marg** hatte gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Staatssekretär **Jaenicke** begrüßte von Regierungsseite aus einen solchen Antrag. Es handle sich hierbei um die Umgruppierung von 92 000 berufsfremd eingesezten Flüchtlingen, während in Bayern insgesamt 492 000 Flüchtlinge in Arbeit stünden und 71 000 arbeitslos seien. Allerdings müsse der Begriff „berufsfremd“ noch eingeschränkt werden auf Personen, die einen völlig anderen Beruf ausüben, als sie ursprünglich ergriffen haben.

Der Vorsitzende führte aus, daß die Umsiedlung von Flüchtlingen schon innerhalb eines Landkreises auf Schwierigkeiten stoße. Auch für die Umsiedlung in den Städten zur besseren Ausnützung von Wohnräumen fehle nach Angabe der Flüchtlingskommissare eine gesetzliche Handhabe. Der Vorsitzende möchte von Regierungsseite eine Klärung der Rechtslage in Bezug auf Umsiedlung innerhalb der Landkreise herbeigeführt wissen.

Der Abgeordnete **Brandner** sah eine besondere Erschwerung der Umsiedlung innerhalb der Landkreise in dem Bestreben der Gemeinden, aus diesem Anlaß möglichst unproduktive Kräfte abzugeben, wodurch die Gefahr einer Überbelastung einzelner Gemeinden auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge entstehe. Deshalb erscheine die Herbeiführung eines gewissen Lastenausgleichs unter den Gemeinden angebracht.

Der Abgeordnete **Pabstmann** verwies ebenfalls auf die großen Schwierigkeiten dieser Probleme unter Anführung von Beispielen aus seiner Landratsstätigkeit. Der Abgeordnete **Bitom** regte an, der Ziffer 1 des Antrags einen Neben-Satz hinzuzufügen. Aber, meine Herrschaften, ich kann wohl meine weiteren Ausführungen über das Protokoll letzten Endes auf die vorliegende Beilage 752 beschränken. Der Antrag Beilage 547 ist zurückgezogen worden und der Ausschuß hat sich auf Grund des Antrags **Marg** unter Zusammenfassung aller Umstände, die ich vorgetragen habe, dann einstimmig auf folgenden Antrag geeinigt:

(Weidner [CSU])

Die Staatsregierung wird dringend ersucht, eine den Notwendigkeiten der Flüchtlingsumsiedlung nach den Gesichtspunkten des beruflichen Einsatzes, unter Berücksichtigung aller sozialen Voraussetzungen, entsprechende Vorlage vorzunehmen. Vor allen Dingen ist zusätzlicher Wohnraum zu schaffen.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Es folgt der

Mündliche Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zum Antrag des Abgeordneten Scharf und Genossen betreffend Aufhebung der Sondervollmachten für die mittleren und unteren Organe der Flüchtlingsverwaltung u. a. (Beilage 753).

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Scharf.

Scharf (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Antrag auf Beilage 707 war Gegenstand der Behandlung in der Flüchtlingsauschussung vom 7. Oktober 1947. Zunächst beantragte Abgeordneter **Marg**, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da bei der Kürze der den Fraktionen seit der Einladung zur Verfügung gestandenen Zeit diese keine Gelegenheit hatten, zu der Sache Stellung zu nehmen. Der Abgeordnete **Weidner** stimmte diesem Vorschlag zu. Der Vorsitzende führte an, daß er auf eine endgültige Klärung dieser Angelegenheit drängen müsse, weil von seiten der Bevölkerung immer wieder Beschwerden über die Flüchtlingsverwaltung vorgebracht würden. In der Abstimmung wurde mit 9 gegen 8 Stimmen die Behandlung des Antrags beschlossen.

Der Berichterstatter führte zunächst aus, daß sich die bisherigen Flüchtlingskommissare zu einem großen Teil ihren Aufgaben nicht gewachsen zeigten. Die Prüfung ihrer fachlichen und vor allem ihrer charakterlichen Eignung habe bei der Dringlichkeit der Schaffung dieser Einrichtung im Jahre 1945 nicht in dem gewünschten Umfange erfolgen können. Da die Beschwerden über Mißgriffe der Flüchtlingskommissare immer und immer wieder an den Landrat herangebracht werden, sehe er keine andere Lösung, als daß die Flüchtlingskommissare der Dienstaufsicht des Landrats unterstellt werden müßten. Der Berichterstatter machte ferner darauf aufmerksam, daß die bisherige Übung einer Sonderverwaltung den demokratischen Grundsätzen des neuen Staatsaufbaus widerspreche. Es müsse nicht nur aus sachlichen, sondern vor allem aus verfassungsrechtlichen Gründen auf die Beseitigung des bisherigen Zustandes gedrängt werden.

Gegen diesen Antrag wurden dann im wesentlichen folgende Einwände erhoben: Einmal der Einwand, daß der Flüchtlingszustrom nach Bayern noch nicht als beendet angesehen werden könne; des weiteren, daß der Landrat nicht geeignet erscheine, Dienstaufsicht über die Tätigkeit des Flüchtlingsbeauftragten auszuüben, weil er Wahlbeamter sei und damit auf die Stimmung seiner Wählerschaft Rücksicht nehmen müsse. Nicht zuletzt wurde noch geltend gemacht, daß eben die dringliche Aufgabe der Eingliederung der Flüchtlinge in den Wirtschaftsprozess die Tätigkeit einer besonderen Verwaltung als notwendig erscheinen lasse.

Staatssekretär **J a e n i c h e** machte noch auf sachliche Irrtümer im ursprünglichen Antrag aufmerksam, so vor allem darauf, daß bereits in der mittleren Stufe der Verwaltung der Regierungsfüchtlingskommissar der Dienstaufsicht und der Disziplinärgewalt des Regierungspräsidenten unterstellt sei, so daß also der Antrag auf Beilage 707 an dieser Tatsache vorbeigehe. Ferner machte er noch geltend, daß das dornenvolle Amt der Flüchtlingskommissare doch die gebührende Anerkennung verdiene, daß es Auswüchse usw. nicht nur bei den Flüchtlingskommissaren, sondern auch in anderen Zweigen der Verwaltung gegeben habe.

Der Vorsitzende machte als Berichterstatter in seinem Schlußwort folgendes geltend: Die entscheidende gesetzliche Bestimmung über die rechtliche Stellung der Kreisbeauftragten ist ja in § 11 des Flüchtlingsgesetzes und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen enthalten. Demnach unterstehen sie der Weisungsmacht des Staatsbeauftragten und sind an dessen Weisungen gebunden. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Dienststellen der Kreisbeauftragten Sonderbehörden sein müssen. Es eröffnet sich vielmehr die Möglichkeit einer ähnlichen Regelung, wie sie hinsichtlich der Straßenverkehrsämter und der Wirtschaftsämter bereits getroffen ist. Der Leiter eines Straßenverkehrsamtes, ebenso auch der Leiter eines Wirtschaftsamtes, ist an die Weisungen seines Fachministers gebunden und in einigen Fällen diesem sogar direkt verantwortlich. Trotzdem ist das Straßenverkehrsamt und das Wirtschaftsamt ein Teil des Landratsamtes. Der Landrat ist unterrichtet und kann Einsicht nehmen in die Art und Weise der Erfüllung dieser Aufgaben. Sollte der Leiter des Straßenverkehrsamtes zum Beispiel die Überzeugung gewinnen, daß der Landrat ihm Anordnungen erteilt, welche im Gegensatz zu den Weisungen des Ressortministers stehen, so steht es ihm ja frei — er ist ja sogar dazu verpflichtet —, die Durchführung dieser Anordnung zu verweigern und dem Minister zu berichten. Diese Form der Regelung dürfte auch die zweckmäßigste für die Behörde des Kreisbeauftragten sein. Das Hauptziel aller mit der Flüchtlingsbetreuung zusammenhängenden Maßnahmen ist die Eingliederung der Flüchtlinge in die einheimische Bevölkerung. Es muß unbedingt und möglichst bald erreicht werden, daß sich die Flüchtlinge als Teil des bayerischen Volkes fühlen und umgekehrt die Einheimischen die Flüchtlinge als selbstverständlichen Bestandteil des bayerischen Volkes hinnehmen. Dies setzt voraus, daß die Flüchtlinge im Bürgermeister ihren Bürgermeister und im Landrat ihren Landrat sehen. Solange aber der Flüchtlingsobmann und der Flüchtlingskommissar als Sonderbehörde, gleichsam als Staat im Staate, bleiben und die alleinige Wahrung der Flüchtlingsinteressen zu übernehmen haben, wird dem Bewußtsein des Fremdenmeister und Landrat nur allzu leicht in Versuchung geführt, heikle Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung hinauszuschieben. Auf diese Weise wird die Luft verewigt bleiben. Der Flüchtlingsobmann und desgleichen der Kreisbeauftragte für das Flüchtlingswesen soll ein Bestandteil der allgemeinen Verwaltung in der Gemeinde und im Kreis sein, mit der Aufgabe, darüber zu wachen, daß das Flüchtlingsproblem zweckmäßig und energisch gelöst wird. Sie sollen Berater und Mitarbeiter der Bürgermeister und Landräte und Fachleute des Flüchtlingsproblems innerhalb der Kommunalbehörden sein. Es ist bestimmt

(Scharf [CSU])

kein Hindernis und es ist eine durchaus tragbare Lösung, die Kreisbeauftragten der Sachweisung des Staatsbeauftragten zu unterstellen. Aber der Kreisbeauftragte soll als Dienstleiter des Landratsamtes gehalten sein, die Durchführung der Weisungen mit seinem Landrat zu besprechen und dessen Meinung zu hören. Bei Meinungsverschiedenheiten sollen hier wie sonst auch die vorgeetzten Dienststellen entscheiden. Alle verwaltende Tätigkeit bildet eine Einheit. Insbesondere hängen alle im Rahmen des Flüchtlingsproblems erforderlichen Maßnahmen engstens mit dem gesamten Leben einer Gemeinde und eines Landkreises zusammen. Sie müssen daher aufeinander abgestimmt und der Gesamtlage des Kreises angepaßt werden. Dies ist nur möglich, wenn die gesamte Verwaltung des Kreises in eine Spitze zusammenläuft, und es ist grundverkehrt und letzten Endes zu ihrem eigenen Schaden selbst, wenn jede Sonderverwaltung auf ihrem Teilgebiet darauf los arbeitet und das Ganze nicht berücksichtigt. Der Aufbau von Sonderbehörden zeigt eine neue Tendenz zum zentralistischen Staatsaufbau. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auf diese Weise eine versteckte Bevormundung der Selbstverwaltungskörper durch staatliche Aufsichtsinstanzen angebahnt wird, die den Zielen der Demokratisierung und auch den Zielen der Befugungsmacht entgegengesetzt ist. Die Durchführung der demokratischen Programmfäße verlangt, daß die Verwaltung einer Gemeinde und eines Kreises unter der Leitung der vom Volk gewählten Männer steht, welche nach den Weisungen des Staates zu arbeiten haben. Jede andere Regelung ist ein Rückfall in den zentralistischen Obrigkeitsstaat.

Aus diesen Erwägungen heraus hat sich die Mehrheit des Ausschusses für die Annahme des Abänderungsantrags entschieden, welcher lautet:

Die Staatsregierung sei zu beauftragen, die Sonderstellung für die unteren Organe der Flüchtlingsverwaltung, unbeschadet dem Flüchtlingsgesetz und seinen Ausführungsbestimmungen, aufzuheben und den Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen der Dienstaufsicht des Landratsamtes zu unterstellen, wie dies zur Herstellung der notwendigen Verwaltungseinheit und Zusammenarbeit zur Lösung der noch zu bewältigenden schwierigen Aufgaben erforderlich ist.

Den Vorsitz im Kreisflüchtlingsausschuß führt künftig der Landrat; der Kreisbeauftragte ist sein Stellvertreter.

Die Annahme dieses Antrags erfolgte mit 12 gegen 8 Stimmen. Ich darf das Plenum ebenfalls um Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Es folgt nun:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Flüchtlingsfragen zu dem Antrag der Abgeordneten Biedler und Genossen betreffend gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Regierungsbezirke (Beilage 754).

Ich erteile dem Berichterstatter, Abgeordneten Leopoldt, das Wort.

Leopoldt (DDB) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Antrag auf Beilage 709 löste eine lebhafteste Debatte aus. Der Berichterstatter bemerkte, daß ein gleichlautender Antrag bereits vor dem Flüchtlingsausschuß der Verfassungsgebenden Landesversammlung von sämtlichen Parteien einstimmig angenommen worden sei. Hinsichtlich des 2. Abschnittes, betreffend die Verpflanzung von Flüchtlingen in die französische Zone, sei er deshalb etwas skeptisch, weil sich diese Verpflanzung wohl erholungsmäßig gut auswirken könnte, er aber Bedenken wegen der Ernährungsfrage haben müßte, da er wisse, daß in der französischen Zone auch die Befugungsmacht aus den Beständen der Zone selbst lebe und es sich infolgedessen auf die Flüchtlinge ungünstig auswirken könnte, wenn sie auch weiterhin dort verpflegt werden müßten.

Der Mitberichterstatter begründete den ersten Absatz des Antrages damit, daß die anfängliche Verteilung der Flüchtlinge nicht auf Verteilung des vorhandenen Wohnraums abgestellt, sondern nach den Flächenmaßen der einzelnen Regierungsbezirke vorgenommen worden sei. Daher seien vor allem Niederbayern-Oberpfalz und Oberfranken-Mittelfranken gegenüber Oberbayern und Schwaben stark benachteiligt worden. Ein Ausgleich erscheine durchaus gerecht, wobei die Rückführung von aus anderen Gebieten Zugewanderten in ihre Heimat dringend notwendig sei. Ebenso notwendig sei die im zweiten Absatz geforderte Aufnahme von Flüchtlingen durch die französische Zone, da diese gegenüber der Zeit vor dem Kriege eine Bevölkerungsabnahme von 4 Prozent aufzuweisen hat, während die amerikanische Zone 21 Prozent und die britische Zone 15 Prozent Zuwachs aufweist.

Staatssekretär Jaenicke bezeichnete es als einen Irrtum, daß bei der Verteilung der Flüchtlinge nicht von Anfang an auch die Wohnraumverhältnisse in erster Linie berücksichtigt wurden. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Landkreise habe ferner immer nur in den Händen der Regierungsstellen des betreffenden Bezirks gelegen. Bezüglich des zweiten Absatzes des Antrags verwies Staatssekretär Jaenicke auf die Ergebnisse der Ministertagung in München und Referent Dr. K o r n r u m p f, der statistische Berater des Staatssekretärs Jaenicke, unterstützte diese Ausführungen durch ein reichliches statistisches Tabellenmaterial.

Der Abgeordnete Bitom von der SPD erklärte, es müsse dem möglichen Einwand, daß z. B. eine Verlagerung der Flüchtlinge nach Oberbayern wegen der dortigen Fremdenindustrie nicht möglich sei, von vornherein dadurch Rechnung getragen werden, daß nach der Stelle „für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge“ eingeschaltet wird: „... unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Gliederung...“. Er bemerkte, daß eine Einflußnahme im Sinne des zweiten Absatzes nicht in Betracht komme.

Abgeordneter Freundl bestand nachdrücklich auf der Forderung einer Umsiedlung von Flüchtlingen aus der Oberpfalz nach Oberbayern. Abgeordneter Bitom unterstützte diese Ausführungen des Abgeordneten Freundl. Abgeordneter Hagn verlangte einerseits Berücksichtigung des Landtagsbeschlusses bezüglich der oberbayerischen Fremdenindustrie und andererseits die Durchführung des Beschlusses auf Rückführung von nach dem Jahre 1939 zugewanderten Personen in ihre Hei-

(Ceupoldt [DDB])

mat, um dadurch Platz für die Umquartierung von Flüchtlingen zu schaffen.

Abgeordneter Weidner sprach sich auf Grund der Darlegungen der Regierungsvertreter gegen den Antrag aus. Der Vorsitzende blieb aber bei dem Standpunkt, daß der Antrag nach wie vor gerechtfertigt sei, da trotz aller Versicherungen eine z. B. in Bezug auf die Oberpfalz ungerechte Verteilung der Flüchtlinge nicht wegzuleugnen sei.

Es kam schließlich zu dem einstimmig gefaßten Beschluß, der Ihnen in Beilage 754 vorliegt.

Ich bitte Sie, sich ebenfalls diesem Ausschlußbeschluß anzuschließen.

II. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichtserstatter.

Nun erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister Dr. Anfermüller zu seiner Rede zum Haushalt des Staatsministeriums des Innern.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Herr Präsident! Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Der Haushaltsplan des Staatsministeriums des Innern für 1947 schließt in der Einnahmeseite mit 92,9 Millionen Mark, in der Ausgaben Seite mit 514,4 Millionen Mark ab. Hieraus ergibt sich ein Fehlbetrag von 421,5 Millionen Mark. Auch wenn man bedenkt, daß der Gesamthaushaltsplan des Staates Bayern für 1947 an Einnahmen und Ausgaben mit der großen Summe von rund 3,27 Milliarden Mark abschließt, auch wenn ich ins Feld führe, daß die staatliche innere Verwaltung 17 742 Beamte — davon allein rund 12 500 Polizeibeamte —, 7409 Angestellte und 1530 Arbeiter, insgesamt also 26 679 Köpfe umfaßt, bleibt die Tatsache bestehen, daß das Ressort des Innenministeriums zu den ganz großen Kostgängern der Staatsfinanzen gehört.

Der Haushaltsentwurf des Staatsministeriums des Innern wurde in rund 20 Sitzungen zwischen dem Innenministerium und dem Finanzministerium vorbereitet und sodann in 6 ausgiebigen Sitzungen des Staatshaushaltsausschusses erörtert und von dem Ausschuß schließlich ohne Abstriche genehmigt.

Was die zahlenmäßige Seite des Haushalts des Staatsministeriums des Innern anlangt, darf ich mich daher zunächst darauf beschränken, auf den Ihnen vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans und auf die Ausführungen der Herren Berichtserstatter und Mitberichtserstatter Bezug zu nehmen.

Um so stärker empfinde ich aber die Verpflichtung, auf die vielfältigen und zum Teil sehr weitgehenden Probleme einzugehen, die hinter dem nüchternen Zahlenwert des Haushaltsplans sich verbergen.

Daß sich die Zahl der Beamtenstellen bei Kapitel 207 A meines Haushalts um 142 vermindert hat, weil die Landräte nicht mehr vom Staat, sondern von den Kreisen besoldet werden, daß der Bayerische Staat im Haushaltsjahr 1947 für das öffentliche Sicherheitswesen einen Zuschuß von 71 Millionen Mark gibt, daß er für das Flüchtlingswesen 177 Millionen Mark bereitstellt, daß wir den Ansaß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von 13 500 Mark auf 1,4 Millionen Mark erhöht haben, das alles sind an sich einfache und glatte

Zahlen. Trotzdem steckt hinter ihnen eine Fülle von Fragen, Zweifeln und Sorgen, die bereits den Staatshaushaltsausschuß und den Verfassungsausschuß auf das lebhafteste beschäftigt haben, die ich aber auch vor dem Plenum der Volksvertretung wenigstens in den Umrissen erörtern muß.

Das Staatsministerium des Innern ist allgemeines Verwaltungs- und Polizeiministerium. Es betreut ferner das gesamte Kommunalwesen, die Wohlfahrts- und Jugendpflege, das Gesundheitswesen, das staatliche Bauwesen, den gewaltigen Bereich des Flüchtlingswesens und schließlich auch die Angelegenheiten der rassisch, religiös und politisch Verfolgten. Der Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 9. Januar 1948 dem Gesetzentwurf über die Regelung des Bauwesens und des Wohnungswesens zugestimmt. Nach Annahme dieses Gesetzes im Plenum würden auch zwei so wichtige und schwierige Arbeitsgebiete, wie die Wohnraumbeschaffung und die Wohnungsbewirtschaftung auf das Staatsministerium des Innern übergehen.

Bevor ich mich den Aufgabengebieten der inneren Verwaltung des näheren zuwende, muß ich drei Grundgedanken in den Vordergrund rücken, die von ausschlaggebender Bedeutung für die gesamte Tätigkeit der inneren Verwaltung sind. Diese drei Grundgedanken sind:

1. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.
2. Die Förderung der Demokratisierung der Verwaltung.
3. Das Prinzip der Einheit der Verwaltung.

Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung muß jede Verwaltungstätigkeit, gleichgültig ob sie staatlicher oder kommunaler Natur ist, beherrschen, wenn wir ein Rechtsstaat sein wollen.

Die Verwaltungsbehörden haben heute Aufgaben von einer Größe und Verantwortlichkeit zu erfüllen, wie sie den deutschen Verwaltungsbehörden in der ganzen Verwaltungsgeschichte bisher niemals aufgebürdet waren. Man braucht nur zu bedenken, was es bedeutet, daß ein Land wie Bayern mit einem räumlich nicht allzuweit gespannten Staatsgebiet und einer Bevölkerungszahl von immerhin nur 7 Millionen rund 2 Millionen Flüchtlinge und Evakuierte zunächst notstandsmäßig einquartieren mußte und in der Folgezeit ordnungsmäßig eingliedern soll.

Die Versuchung für unsere Verwaltungsbehörden, sich zur Meisterung auftretender Notstände in der Unterbringung, der Ernährung, im Verkehr oder in irgendwelchen sonstigen drängenden Aufgaben über die bestehenden Vorschriften hinwegzusetzen, ist daher riesengroß. Wir müssen aber aus der furchtbaren hinter uns liegenden Zeit der Diktatur gelernt haben, daß das Recht unter allen Umständen Recht bleiben muß und daß infolgedessen jeder Verwaltungsakt unnachgiebig aufgehoben werden muß, der ohne gesetzliche Grundlage ein Recht des Staatsbürgers verlegt.

Diese Erkenntnis und diese Überzeugung sind der Grund, warum das Staatsministerium des Innern den Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit stärkstem Nachdruck betrieben hat und bei der Fülle von Anfechtungsklagen, die an die Verwaltungsgerichte herangezogen werden, auch weiterhin mit gleichem Nachdruck betreiben wird. Ich freue mich über die Anerkennung, die dieses Bestreben im Staatshaushaltsausschuß bei dem Berichtserstatter und Mitberichtserstatter, aber auch bei den übrigen Herren Rednern gefunden hat. Ich

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

wäre aber ein schlechter Chef der aktiven Verwaltung, wenn ich nicht vor diesem Forum und damit vor der Öffentlichkeit mit allem Nachdruck betonen würde: Man kann von der aktiven Verwaltung nicht verlangen, daß sie außerordentliche Aufgaben bewältigen und gleichzeitig die Rechte des Individuums uneingeschränkt wahren soll. Das eine schließt das andere aus. Wenn daher außerordentliche Aufgaben zu meistern sind, muß die Gesetzgebung für außerordentliche Vollmachten sorgen. Kein wahrhaft demokratischer Minister wird von der Volksvertretung auch nur ein Quentchen mehr an Vollmachten fordern, als er unbedingt braucht. Kein wirklich demokratischer Abgeordneter wird auch nur ein Jota mehr an Vollmachten zubilligen, als er vor seinem Gewissen verantworten kann. Die Spuren des Dritten Reichs schrecken beide, die Exekutive und die Legislative. Was aber wirklich nötig ist an Vollmachten, wird rechtzeitig gefordert und rechtzeitig gewährt werden müssen.

Die zweite grundsätzliche Forderung, die im Bereich der inneren Verwaltung zu beachten ist, ist die Demokratisierung der Verwaltung. Diese Demokratisierung erstrebt eine Kompetenzverlagerung zwischen der Staatsverwaltung und der Selbstverwaltung im Sinne eines starken Ausbaues der Selbstverwaltung.

Der Verfassungsausschuß hat aus Anlaß der in den Landtagsbeilagen 866 und 878 enthaltenen Anträge in der Sitzung vom 9. Januar 1948 sich mit diesem Problem befaßt. Ich habe diese Gelegenheit benutzt, um im Anschluß an die Ausführungen, die besonders die Herren Abgeordneten Dr. Laforet und Dr. Hoegner damals vortrugen, die Stellungnahme des Staatsministeriums des Innern zu dem ganzen Fragenbereich zu skizzieren. Der Ausschuß hat daraufhin die Staatsregierung beauftragt, ihm baldmöglichst eine Denkschrift zu dem Problem der Demokratisierung der Verwaltung vorzulegen. Das Staatsministerium des Innern wird diesen Auftrag so rasch wie möglich erfüllen. Eine gründliche Bearbeitung dieses umfassenden Fragenbereichs erfordert natürlich eine gewisse Zeit. Andererseits liegen auf diesem Gebiete bereits Forderungen der Vertretung der Gemeinden und Gemeindeverbände und außerdem auch sehr wichtige Anregungen der Befehlsmacht vor. Ich halte es daher für meine Pflicht, auch vor dem Plenum des hohen Hauses zu dem gesamten Fragenbereich mich kurz zu äußern.

Die Anträge und Anregungen auf eine Kompetenzverlagerung zwischen der Staatsverwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung zielen darauf ab, in der Ebene der Regierungsbezirke die Selbstverwaltungskörper in der Form von Gemeindeverbänden oder von Gebietskörperschaften wieder zu beleben und den Selbstverwaltungskörpern — den Bezirksverbänden, den Kreisen und den Gemeinden — möglichst viele staatliche Aufgaben als Auftragsangelegenheiten zu übertragen oder als Selbstverwaltungsangelegenheiten zu überlassen.

Wenn wir die Auswirkungen dieser Vorschläge auf die staatliche Verwaltung, ihre Behörden und auf die kommunale Selbstverwaltung in Bayern überprüfen, dann ergeben sich folgende Erwägungen:

Die Regierungspräsidenten wurden bisher von der Staatsregierung ernannt. Sie stehen an der Spitze der Regierungsbezirke, deren Selbstverwaltungskörper, die

Bezirksverbände, zwar noch bestehen, aber derzeit keine Vertretungsorgane aufzuweisen haben. Dem Zuge der Zeit entsprechend wird hier zum Teil bereits nicht nur die Wiederbelebung, sondern eine Erweiterung der Selbstverwaltung und demgemäß die Wahl der Regierungspräsidenten durch die Vertretung dieser Selbstverwaltungskörper gefordert.

Die Selbstverwaltung in der Ebene der Regierungsbezirke hat sich in Bayern bisher im wesentlichen erschöpft in der Unterhaltung von Anstalten der geschlossenen Fürsorge (Irrenanstalten, Taubstummenanstalten usw.) und von Schulen. Die letzteren — denken Sie z. B. an die früheren Kreisoberrealschulen — sind inzwischen ohne jeden Widerspruch der Bevölkerung in die Verwaltung des Staates übergeführt worden. Die Anstalten der geschlossenen Fürsorge aber könnten unschwer auf den Staat übergeführt oder in die Hand von Zweckverbänden gelegt werden. Man könnte daher sehr wohl die Auffassung vertreten, daß wir besser davon absehen, auf der Ebene der Regierungsbezirke die Selbstverwaltung wieder zu beleben oder zu erweitern. Dies gilt besonders dann, wenn bei einem stärkeren Ausbau der Selbstverwaltung in der Unterstufe der staatlichen Verwaltung eine Selbstverwaltung in der Mittelstufe sich erübrigen würde.

Damit würde dann auch eine Wahl der Regierungspräsidenten durch die Vertretungsorgane eines solchen Selbstverwaltungskörpers entfallen.

Ein beachtlicher Grund dafür, an dem Regierungspräsidenten als einem staatlichen und von der Staatsregierung zu bestellenden Organ festzuhalten, liegt in der Tatsache, daß der Regierungspräsident der Vertreter aller Verwaltungsministerien ist. Er ist daher praktisch der Vertreter der gesamten Staatsregierung, ein Repräsentant, dessen Amtsbezirk zwar territorial begrenzt ist, der jedoch innerhalb dieses Amtsbezirks für alle Verwaltungsfragen zuständig ist. Diese Regelung bewirkt, daß eine Persönlichkeit, an die alle Verwaltungsfragen herangetragen werden, als Vertreter des Staates den Überblick über alle Probleme der öffentlichen Verwaltung innerhalb eines großen Amtsbezirktes behält und eine einheitliche Durchführung der staatlichen Zielsetzung gewährleistet.

Bei dieser Sachlage wäre unter Umständen zu prüfen, ob wir die Regierungspräsidenten als Mittellinstanz der staatlichen Verwaltung belassen sollen oder ob wir sie nicht besser in aller Form zu Kommissaren der Staatsregierung für ihren Amtsbezirk machen sollen, die in allen Einzelfragen des Verwaltungsvollzugs künftig in letzter Instanz entscheiden können.

Dort, wo wir bereits Gebietskörperschaften mit gewählten Selbstverwaltungsorganen haben, d. h. in den Landkreisen, in den kreisunmittelbaren Städten und in den übrigen Gemeinden, geht die Tendenz der Selbstverwaltung vor allem dahin, namentlich die bisher von Sonderverwaltungen, etwa der Flüchtlingsverwaltung, ausgeübten staatlichen Aufgaben als Auftragsangelegenheiten übertragen zu erhalten und Aufgaben, die man bereits als Auftragsangelegenheiten wahrnimmt, als echte Selbstverwaltungsangelegenheiten überlassen zu erhalten.

Das letztere würde bedeuten, daß die Organe der kommunalen Selbstverwaltung künftig in manchen Angelegenheiten, die wir bisher als Auftragsangelegenheiten

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

ten zu betrachten pflegten, keine Weisungen der Staatsregierung auf dem Wege der Fachaufsicht mehr entgegenzunehmen haben, sondern nur noch im Wege der Staatsaufsicht zur Erfüllung der ihnen gesetzlich obliegenden Aufgaben angehalten werden können. Die Bayerische Verfassung hat hier ihrerseits bereits einen entscheidenden Schritt dadurch getan, daß sie in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden — nicht auch der Gemeindeverbände — Angelegenheiten überführt hat, die wir früher als Angelegenheiten der sogenannten Verwaltungspolizei und damit als staatliche Auftragsangelegenheiten betrachtet haben. Dies gilt insbesondere für die Fragen der örtlichen Polizei, des Feuerwesens, der Wohnungsaufsicht und des örtlichen Gesundheitswesens. Diese bereits von der Bayerischen Verfassung geschaffene Entwicklung hat beispielsweise dazu geführt, daß nur noch der Oberbürgermeister oder Bürgermeister seiner Stadt- oder Gemeindepolizei Aufträge erteilen kann, während der Staatsminister des Innern als Polizeiminister keinerlei fachliche Weisungsbefugnisse mehr hat. Er muß sich darauf beschränken, im Wege der Staatsaufsicht darüber zu wachen, daß die Gemeinden die ihnen auf dem Gebiete des Polizeiwesens gesetzlich obliegenden Aufgaben erfüllen.

Der Zug der Zeit geht nun dahin, die Auftragsangelegenheiten im Gebiet der früheren sogenannten Verwaltungspolizei, z. B. der Gewerbepolizei, der Fremdenpolizei, der Verkehrspolizei nicht nur den Gemeinden, sondern auch den Landkreisen als echte Selbstverwaltungsangelegenheiten zu überlassen und auch diesen gegenüber sich künftig nur noch auf die Staatsaufsicht zu beschränken.

Gegen einen zu weit gehenden Wegfall der Auftragsangelegenheiten werden aber in der Notzeit, die wir zu überwinden haben, erhebliche Bedenken geltend gemacht. Man sagt mit Recht, daß z. B. die Wohnungsaufsicht in den Stadt- und Landkreisen nicht zu einer ausschließlichen Selbstverwaltungsangelegenheit gemacht werden kann, solange wir so brennende Aufgaben wie die Unterbringung der Flüchtlinge zu lösen haben.

Das Staatsministerium des Innern möchte daher auf gewissen, besonders wichtigen und dringlichen, allerdings eng umgrenzten Gebieten, jedenfalls den Gemeindeverbänden gegenüber, an der Einrichtung der Auftragsangelegenheiten festhalten.

Wenn diese beiden eben umrissenen Voraussetzungen, nämlich die Staatlichkeit des Regierungspräsidenten eventuell als Regierungskommissar und die Beibehaltung der Auftragsangelegenheiten in lebenswichtigen Sachgebieten aufrechterhalten bleiben, können wir vielleicht, trotz der riesenhaften Aufgaben, die vor uns liegen, in der Demokratisierung der inneren Verwaltung einen Schritt tun, der vielen alten Verwaltungspraktikern, aber auch manchem Volksvertreter als ein Wagnis erscheinen wird. Wir können nämlich die Unterstufe der inneren Verwaltung dadurch noch mehr als bisher demokratisieren, daß wir die Landkreise in ihrer Organisation den Stadtkreisen völlig gleichstellen.

Dies würde allerdings bedeuten, daß wir auf den staatlichen Charakter des Landratsamtes verzichten. Dies hätte zur Folge, daß künftig der Landrat ein rein kommunaler Wahlbeamter ohne jeden staatlichen Charakter wäre und daß alle Beamten und Angestellten des Landratsamtes Kreisbeamte und Kreis-

angestellte werden. Diese Entwicklung würde, was noch unergleichlich wichtiger ist, zur Folge haben, daß der Landrat und das Landratsamt neben den Selbstverwaltungsangelegenheiten des Kreises keine unmittelbaren staatlichen Aufgaben mehr erfüllen, sondern daß sie ebenso wie die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Gemeindeverwaltungen insoweit nur noch im übertragenen Wirkungsbereich tätig werden.

Man kann gegen diese Konstruktion einwenden, daß die Verwaltung einer Gemeinde ihrer Natur nach etwas anderes ist als die Verwaltung eines Landkreises, der zahlreiche Gemeinden umfaßt. Man kann ferner geltend machen, daß den bayerischen Gemeinden eine reiche Selbstverwaltungstradition zur Seite steht, die den Landkreisverwaltungen noch fehlt.

Demgegenüber können die Anhänger einer Weiterentwicklung der Selbstverwaltung in Bayern mit Recht darauf hinweisen, daß die Stadt- und Landgemeinden, im großen gesehen, bisher trotz ihrer Selbstverwaltung den ihnen über die Regierungspräsidenten und Landräte übermittelten Richtlinien der Staatsregierung loyale Folge geleistet haben, daß sie namentlich auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung sich auch der Bewältigung größerer Aufgaben durchaus gewachsen gezeigt haben, ja daß sie infolge ihrer größeren finanziellen Bewegungsfreiheit auch manchmal mehr Initiative und Organisationsvermögen an den Tag legen konnten als die Behörden der staatlichen Verwaltungen.

Man kann auch geltend machen, daß die Forderungen der neuen Zeit nicht nur nach Dezentralisierung, sondern auch nach Föderalisierung gehen und daß die Schaffung echter Selbstverwaltungskörper nichts anderes ist als die Verwirklichung des Föderalismus innerhalb des Staatsgebiets. Ich möchte mich daher nach Abwägung aller Für und Wider dafür aussprechen, daß der Gedanke einer völligen Kommunalisierung der Landratsämter zu erwägen ist.

Pflichten wir diesem Gedanken bei, dann kann auch ein weiterer Schritt auf dem Gebiete der Demokratisierung der Verwaltung erwogen werden, und zwar nicht nur für die Landkreise, sondern auch für alle Gemeinden. Ich meine den Schritt, daß künftig die Amtszeit der Landräte und der berufsmäßigen 1. Bürgermeister ebenso mit der Wahlperiode der Vertretungskörperschaft, von der sie gewählt worden sind, endet, wie dies bei den ehrenamtlichen Bürgermeistern schon bisher der Fall ist. Eine wahrhafte Demokratisierung erfordert ja schließlich, daß der Landrat, der Oberbürgermeister und der berufsmäßige 1. Bürgermeister ausscheidet, wenn die Mehrheit, die ihn gewählt hat, in dem neuen Vertretungskörper nicht mehr vorhanden ist. Die logische Folge dieses Systems würde dann allerdings wohl sein, daß künftig der Landrat und der Oberbürgermeister oder 1. Bürgermeister als politischer Wahlbeamter nicht mehr berufsmäßig, sondern ehrenamtlich tätig ist, wie dies bei den Bürgermeistern der Landgemeinden stets der Fall war. Selbstverständlich müßte eine angemessene Entschädigung dafür sorgen, daß der ehrenamtlich tätige Wahlbeamte seine Aufwendungen voll ersetzt bekommt.

Die Folge einer solchen Regelung müßte dann ferner sein, daß auch die Landkreise wie bisher schon die Stadtkreise durch Gesetz verpflichtet werden, einen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst vorgebildeten Beamten für die fachlich einwandfreie Erledigung der laufenden Geschäfte zu bestellen.

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

Meine Damen und Herren! Ich glaube durch meine Ausführungen gezeigt zu haben, daß das Staatsministerium des Innern der Frage des weiteren Ausbaues der Selbstverwaltung und damit der Demokratisierung der Verwaltung seine volle Aufmerksamkeit widmet.

Der dritte tragende Gesichtspunkt in der gesamten Arbeit der inneren Verwaltung ist der Grundlag der Einheit der Verwaltung.

Wenn wir die staatsorganisatorische Entwicklung in Bayern betrachten, so sehen wir, daß das Staatsministerium des Innern bis weit in das 19. Jahrhundert hinein tatsächlich das Ministerium der allgemeinen und inneren Verwaltung war, in dem alle Angelegenheiten mit Ausnahme jener des Äußeren, der Justiz, der Finanzen und der heute nicht mehr interessierenden militärischen Angelegenheiten behandelt wurden. Im Laufe der Jahrzehnte wurden dann für besonders wichtige Aufgaben besondere Ministerien abgetrennt, und zwar zunächst für die Kirchen- und Schulangelegenheiten, für Verkehrsangelegenheiten, für Wirtschaft, Arbeit und soziale Fürsorge und schließlich für Ernährung und Landwirtschaft.

Es ist durchaus richtig, daß die moderne, weitgehend differenzierte Staatsverwaltung in der Oberstufe Fachministerien braucht, in denen an die Bewältigung von fachlichen Aufgaben mit einem geschlossenen, nach fachlichen Gesichtspunkten ausgewählten Personalapparat herangegangen wird. Es ist aber auch nicht zu bezweifeln, daß diese Fachministerien auch in der Mittel- und Unterstufe Fachkräfte zur Verfügung haben müssen, die die fachlichen Weisungen der Sonderressorts mit fachlichem Können auszuführen vermögen. Ich halte es jedoch für eine Fehlentwicklung, wenn diese Fachkräfte in der Mittel- und in der Unterstufe zu besonderen Fachbehörden zusammengefaßt werden, über die die Regierungspräsidenten, die Landräte und die Oberbürgermeister nur eine mehr oder minder platonische Dienstaufsicht führen dürfen, während sie eine fachliche Weisungsbefugnis nicht besitzen, obwohl sie — die Regierungspräsidenten, die Landräte und die Oberbürgermeister — über die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung infolge ihrer Zusammenschau vielfach richtiger zu urteilen vermögen als die reinen Spezialisten. Wir müssen daher wieder dazu kommen, daß die zahlreichen Sonderbehörden organisch in die Mittel- und Unterstufe der allgemeinen und inneren Verwaltung eingegliedert werden.

(Sehr richtig!)

Ich danke dem Herrn Staatsminister der Finanzen dafür, daß er in seiner Budgetrede kräftige Worte für die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Einheit der Verwaltung gefunden hat. Ich freue mich aufrichtig darüber, daß das Wirtschaftsministerium der Bitte des Innenministeriums auf Einbau der Regierungswirtschaftsämter und Wirtschaftsämter in die Regierungen, Landratsämter und Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte durch die Verordnung vom 27. November 1947 stattgegeben hat. Das Wirtschaftsministerium hat sich damit dem Vorbild angeschlossen, das das Kultusministerium bereits seit Jahrzehnten dadurch geboten hat, daß es die Regierungsschulabteilungen in personeller und sachlicher Hinsicht in die Regierungen eingebaut und damit diese zur Mittelstufe der Unterrichtsverwal-

tung gemacht hat. Ich hoffe, daß auch der Herr Verkehrsminister mit seinen Straßenverkehrshauptämtern und Straßenverkehrsämtern den gleichen Weg beschreiten wird.

(Sehr richtig!)

Daß die bayerische Staatsregierung die Flüchtlingsverwaltung zunächst als eine Sonderverwaltung aufgezo-gen hat, war richtig. Der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen, Herr Staatssekretär Jaenicke, hat vor dem Staatshaushaltsausschuß mit Recht darauf hingewiesen, daß es namentlich für die Landräte und Oberbürgermeister sehr schwer gewesen wäre, die harten, auf dem Gebiete der Flüchtlingsbetreuung zu meisternden Aufgaben zu bewältigen.

Während man in anderen Ländern, die die Fürsorge für die Flüchtlinge in die allgemeine Wohlfahrt eingebaut hatten, infolge der ungünstigen Erfahrungen, die man mit dieser Lösung gemacht hat, jetzt damit anfängt, eine Flüchtlingssonderverwaltung zu schaffen, sind wir in Bayern dabei, diese Sonderverwaltung nunmehr zu beseitigen. Wir werden in nächster Zeit die Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in die Regierungen und die Kreisbeauftragten in die Landratsämter und Stadtverwaltungen einbauen.

(Bravo!)

Die Millionenzahl unserer Flüchtlinge braucht keine Sorge zu haben, daß damit eine Zurückdrängung ihrer Belange zugunsten der Interessen unserer bodenständigen Bevölkerung eingeleitet werden soll. Ich werde auf die außerordentliche Wichtigkeit, die einem wirklich gerechten Ausgleich zwischen der brennenden Not unserer Neubürger und den berechtigten Interessen der einheimischen Bevölkerung auf weite Sicht zukommt, bei der Behandlung des Flüchtlingsproblems eingehen.

Im jetzigen Augenblick steht jedoch die Einheit der Verwaltung zur Erörterung. In diesem Zusammenhang darf ich folgendes betonen: Ich bin fest davon überzeugt, daß jetzt, in einem Stadium, in dem wir die endgültige Eingliederung unserer Neubürger in Angriff nehmen können und in Angriff nehmen werden, die allgemeine und innere Verwaltung auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens wirksamer und erfolgreicher zu arbeiten vermag als jede Sonderverwaltung. Es geht doch heute darum, den Flüchtling in jeder Beziehung einzugliedern, ihn zum Neubürger, d. h. zum neuen Bürger mit allen Rechten und Pflichten eines bayerischen Staatsbürgers zu machen. Außerdem muß eines noch besonders hervorgehoben werden. Das, was der Flüchtling neben der Arbeit am dringendsten braucht, ist die Wohnung. Es gibt aber keine Lösung des Wohnungsproblems der Flüchtlinge ohne die tatkräftige Mitwirkung der Gemeinden. Das Innenministerium aber ist das Kommunalministerium, das in den Fällen, in denen die Kraft oder der Wille einer Gemeinde auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge versagen sollte, durch den Lastenausgleich und durch die Staatsaufsicht am wirksamsten für Abhilfe sorgen kann.

Ich bin daher dankbar dafür, daß der Verfassungsausschuß durch die am 9. Januar 1948 erteilte Zustimmung zu dem Gesetzentwurf über die Regelung des Bauwesens und des Wohnungswesens die Zuständigkeit des Staatsministeriums des Innern auf dem Gebiete der Wohnraumbeschaffung und der Wohnraumbewirtschaftung bejaht hat.

(Staatsminister Dr. Antermüller)

Wenn das Plenum des hohen Hauses diesem Entwurf zustimmt, wird künftig die Wohnraumbeschaffung in der Bauabteilung des Staatsministeriums des Innern, die wieder zur obersten Baubehörde ausgestattet wird, bearbeitet werden. Das dornenvolle Gebiet der Wohnungsbewirtschaftung aber wird in einer im Ministerium des Innern neuzuschaffenden Abteilung, Wohnungs- und Flüchtlingswesen, behandelt werden und damit in einen engen und organischen Zusammenhang mit der Behandlung aller Flüchtlingsangelegenheiten gebracht werden.

In der Mittelstufe der inneren Verwaltung werden die Angelegenheiten der Wohnraumbeschaffung von den Bauabteilungen der Regierungen behandelt werden. Die Fragen der Wohnungsbewirtschaftung und des Flüchtlingswesens werden den Wohnungs- und Flüchtlingsabteilungen der Regierungen übertragen. Die bisherigen Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen werden damit in die Regierungen übergeführt. Bei den Landratsämtern und Stadtverwaltungen der freisunmittelbaren Städte werden die Wohnungs- und Flüchtlingsämter gleichfalls als Abteilungen organisch eingebaut.

Damit wird in den wichtigen und brennenden Aufgabengebieten der Wohnraumbewirtschaftung und der gesamten Flüchtlingsbetreuung die Einheit der Verwaltung in vollem Umfange verwirklicht.

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen darf ich mich den einzelnen Aufgabengebieten der inneren Verwaltung zuwenden.

Das Staatsministerium des Innern ist von altersher Polizeiministerium. Der Hebung der öffentlichen Sicherheit oder, wie wir heute leider richtiger sagen müssen, der Bekämpfung der öffentlichen Unsicherheit muß auch unser oberstes Augenmerk gelten. Die Verhältnisse auf diesem Gebiete lasten seit 1945 in unerminderter Schwere auf unserer Bevölkerung. In den Großstädten, aber auch auf dem flachen Lande verzeichnen wir beinahe täglich Raubmorde, schwere Einbrüche, Notzuchtsdelikte und ähnliche Kapitalverbrechen in einer Zahl wie sie früher völlig unbekannt war. Dazu kommt eine Fülle von Vergehen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Zahl der verübten Straftaten im Zuständigkeitsbereich der Landpolizei allein beträgt zur Zeit monatlich etwa 14 000.

Es ist nun durchaus nicht etwa so, daß die Staatsregierung dieser bedrückenden Situation gegenüber die Hände in den Schoß legen würde. Ich muß vielmehr feststellen, daß in den drei großen Polizeisektoren, die mir unmittelbar unterstehen, in der Landpolizei, der Grenzpolizei und im Zentralamt für Kriminalwesen ein erbitterter Kampf gegen die Kriminalität geführt wird. Das gleiche gilt von den Stadt- und Gemeindepolizeien, die heute nur noch ihren Oberbürgermeistern und Bürgermeistern unterstehen, da die Verfassung die örtliche Polizei als Selbstverwaltungsangelegenheit der Gemeinden erklärt hat.

Für die Landpolizei haben wir von der Militärregierung die Genehmigung erwirkt, im Haushalt 1947 den Stand von 6500 auf rund 10 000 Köpfe zu erhöhen. Da das Präsidium der Landpolizei bei der Auswahl der neu einzustellenden Polizeibeamten mit Recht einen strengen Maßstab anlegt, wird es noch längere

Zeit dauern, bis die Landpolizei voll aufgefüllt ist. Während im Jahre 1932 insgesamt 13 272 Beamte der früheren Landespolizei, der Gendarmerie, Kriminal- und Forstpolizei zur Bekämpfung der Kriminalität auf dem Lande zur Verfügung standen, umfaßt die heutige Landpolizei bis jetzt nur etwa die Hälfte der Stärke jener Polizeien, deren Aufgabe sie derzeit bei einer Bevölkerungszunahme von etwa 38 % erfüllt. Dabei ist die Kriminalität auf dem flachen Lande rund dreizehnmal so hoch wie im Jahre 1932!

Trotz dieser wirklich schwierigen Situation hat die Landpolizei beachtliche Erfolge aufzuweisen. Von den begangenen Straftaten werden durch die Landpolizei in Zusammenarbeit mit der Grenzpolizei, den Stadtpolizeien und der Befugungsmacht durchschnittlich 70 % aufgeklärt. Dieses Ergebnis ist um so höher zu werten, als die Bekämpfung und Aufklärung von Verbrechen und Vergehen immer noch, insbesondere bezüglich der Ausländer in den DP-Lagern, auf formale Schwierigkeiten stößt und den vielfach schwerbewaffneten Verbrechern gegenüber mit einer noch immer unzureichenden Ausrüstung und Bewaffnung erfolgen muß.

(Sehr richtig!)

Trotz dieser widrigen Umstände ist es der Landpolizei gelungen, die Anzahl der Kapitalverbrechen erheblich zurückzudrängen. Bis zum August 1947 war bei Kapitalverbrechen ein Monatsdurchschnitt von 221 Fällen zu verzeichnen, während in den letzten Monaten nur mehr ein Durchschnitt von 107 festzustellen ist. Die Anzahl der Kapitalverbrechen ist also auf dem flachen Lande doch um 66% gesunken.

Die Landpolizei hat diese Erfolge allerdings auch mit bitteren Verlusten bezahlen müssen. Seit Bestehen der Landpolizei sind im Kampf gegen das Verbrechen, insbesondere gegen die ausländischen Gewaltverbrecher, 15 Landpolizeibeamte getötet und 39 teils schwer, teils leicht verletzt worden.

(Hört, hört!)

Eine Verbesserung in der Fürsorge für die Hinterbliebenen der im Dienst tödlich verunglückten jungen Polizeibeamten ist inzwischen dadurch geschaffen worden, daß das Witwengeld nunmehr durchschnittlich monatlich 113 Mark statt bisher rund 80 Mark beträgt.

Die Einkommenverhältnisse der Polizeibeamten in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen waren in Anbetracht ihres schweren und gefährlichen Dienstes bisher noch unbefriedigend. So erhielt beispielsweise ein verheirateter Wachtmeister wegen der hohen Steuerabzüge monatlich nur rund 160 Mark ausbezahlt. Diese geringe Bezahlung wirkt sich vielfach dahin aus, daß gute Kräfte der Landpolizei fernbleiben oder aus ihr wieder in besser bezahlte Berufe abwandern. Es mußte daher angestrebt werden, die Einkommensverhältnisse der unteren und mittleren Besoldungsgruppen im Rahmen der finanziellen Lage des Staates zu verbessern. Ich danke dem Staatsministerium für Finanzen und dem Staatshaushaltsausschuß, daß sie inzwischen der Zahlung einer Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 30 Mark für die geringer bezahlten Besoldungsgruppen zugestimmt haben.

Meine Damen und Herren! Ein besonderes Wort verdient noch die Bekämpfung des Schwarzen Marktes durch die Landpolizei. Hier sind die Landpolizisten — wie übrigens auch die Mitglieder der mit

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

ihr zusammenarbeitenden anderen Polizeisektoren — einer besonders herben Kritik ausgesetzt. Dem einen sind die Polizeibeamten zu scharf, dem andern zu milde. Daß der Schwarzhandel durch polizeiliche Mittel allein nicht beseitigt werden kann, ist inzwischen allgemein erkannt worden. Durchgreifende Hilfe kann hier nur die Währungsreform und die im Zusammenhang mit ihr sich hoffentlich ergebende Mehrproduktion von Konsumgütern und Besserung der Ernährungslage schaffen. In der Zwischenzeit müssen wir mit polizeilichen Mitteln den Schwarzhandel so wirksam wie möglich zu bekämpfen suchen.

Die Polizei weist hier aber auf zwei größere Lücken hin, die sie nicht zu schließen vermag. Gewaltige Mengen von Schwarzmarktgut werden durch die Bahn und durch die Post befördert. Die Polizei ist hier machtlos, da Bahn und Post der bayerischen Staatshoheit entzogen sind. Kontrollen auf bahneigenem Gelände sind nur in sehr eingeschränktem Umfange möglich. Die Eisenbahn vertritt verständlicherweise den Standpunkt, daß durch diese Kontrollen die an sich schon schwierige Abwicklung des Personenverkehrs keinesfalls beeinträchtigt werden dürfe. Nach einem mir erst vor wenigen Tagen bekannt gewordenen Schreiben der Hauptverwaltung der Eisenbahnen in Bielefeld sind aber nunmehr auch Kontrollen in den Eisenbahnzügen generell zugelassen worden. Dagegen wendet sich die Post unter Hinweis auf das international anerkannte und auch durch die Bayerische Verfassung geschützte Postgeheimnis nach wie vor gegen die Durchführung irgendwelcher polizeilicher Kontrollen innerhalb ihres Bereichs,

(hört, hört!)

abgesehen von den durch die Staatsanwaltschaften oder die Gerichte ausdrücklich angeordneten Fällen.

Nicht unerwähnt kann hier bleiben, daß die Militärregierung beanstandet hat, daß Razzien, die bestimmt waren, den Schwarzhandel zu unterbinden oder zu verhüten, eine ungerechtfertigte Behelligung vieler unschuldiger Reisender zur Folge hatten. Sie hat als leitende Grundsätze aufgestellt, daß so wenig unschuldige Personen als möglich zu behelligen seien und daß das Ergebnis einer Razzia eine solche Aktion rechtfertigen müsse.

In diesem Zusammenhang wird von der Polizei auch die neugeschaffene Möglichkeit der Durchführung von Kompensationsgeschäften mit bewirtschafteten Gütern (durchschnittlich 10% der monatlichen Produktion) als eine Erschwerung der Bekämpfung des Schwarzen und Grauen Marktes bezeichnet.

(Sehr gut!)

Da die Kompensation jedoch nur zum Eintausch von Gütern zugelassen ist, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötig sind, und da für jedes Kompensationsgeschäft die Genehmigung des Wirtschaftsamtes notwendig ist, sehe ich auch hier keine Möglichkeit, dem Herrn Staatsminister für Wirtschaft mit Erfolg entgegenzutreten.

Erfreulicherweise kann ich jedoch auf dem Gebiet der Bekämpfung des Schwarzen Marktes auch etwas Positives berichten. Die Landpolizei ist seit November 1947 dazu übergegangen, durch systematische Abriegelung der Autobahnen und Verkehrsstraßen in ganz Bayern zu bestimmten Zeiten den Personenverkehr

auf der Landstraße einer erhöhten Kontrolle zu unterziehen. Hierdurch konnten inzwischen bereits viele Tonnen Lebensmittel, Verbrauchsgüter, Baustoffe und sonstige unerlaubt für Tausch und Kompensationszwecke vorgesehene bewirtschaftete Erzeugnisse beschlagnahmt und den zuständigen Wirtschaftsdienststellen zur ordnungsmäßigen Verteilung zugeführt werden.

Ich habe bis jetzt im wesentlichen vom Schwarzen und Grauen Markt im Großen gesprochen. Das schwierigere Problem stellt der Schwarze und Graue Markt im Kleinen dar. In der Bekämpfung der großen Schiebungen wird die Polizei immerhin von der Zustimmung des größten Teiles unseres Volkes getragen. Beim Schwarzen und Grauen Markt im Kleinen, d. h. bei dem Bestreben, geringere Mengen von Lebensmitteln oder sonstigem wichtigem Bedarf aus Gefälligkeit gegen bar oder gegen Hingabe von Tauschgegenständen zu erhalten, ist es so, daß die Masse des Volkes der Polizei nicht die geringste Hilfe zuteil werden läßt, sondern sich im Gegenteil ihr vielfach entgegenstellt. Trotzdem kann die Polizei auch hier nicht untätig zusehen.

Das Entscheidende bleibt aber eine wirksame Bekämpfung des Schwarzen und Grauen Marktes im Großen, der sich waggonweise oder in ganzen Lastwagenzügen unter dem Schutz äußerlich ordnungsmäßiger Papiere abspielt. Hier ist ein polizeilicher Einsatz praktisch meistens gar nicht möglich. Helfen kann hier nur der Ausbau der Revisionsabteilungen im Wirtschaftsministerium, im Ernährungsministerium und im Verkehrsministerium, um auf diese Weise geschulte Fachkräfte bei der Bekämpfung solcher Wirtschaftsverbrechen einzusetzen. Das Staatsministerium des Innern wird diesen Stellen, wenn sie polizeiliche Unterstützung anfordern, jede erdenkliche Hilfestellung leisten.

(Bravo-Rufe.)

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu der Forderung auf Schließung der Luginsstätten und Schlemmerlokale. Der Überwachung dieser Lokale wird bereits seit langem von allen zuständigen Stellen ein besonderes Augenmerk zugewendet. Als Polizeiminister würde ich hier sehr gerne mit rauher Hand zugreifen. Ich muß jedoch darauf hinweisen, daß der Vollzug des Gaststättengesetzes in oberster Instanz nicht dem Innenministerium, sondern dem Wirtschaftsministerium obliegt. Die unmittelbaren Entscheidungen haben die Bezirksverwaltungsbehörden zu treffen, insbesondere also die Stadträte der größeren Städte. Durch eine von mir angeregte gemeinsame Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums und des Innenministeriums vom 19. Januar 1948 sind die Bezirksverwaltungsbehörden neuerdings, wie schon früher, zu schärfstem Vorgehen gegen Luginsstätten und Schlemmerlokale angewiesen worden, insbesondere wurden sie aufgefordert, unnachsichtlich jede gesetzliche Möglichkeit zur Zurücknahme der Betriebserlaubnis und damit zur Schließung dieser Lokale auszuschöpfen.

Der zur Zeit 1880 Köpfe umfassenden bayerischen Landesgrenzpolizei obliegt die Überwachung des ordnungsgemäßen Grenzverkehrs und die heute äußerst wichtige Verhinderung der unerlaubten Grenzübertritte. Welch aufreibende Arbeit auf letzterem Gebiet zu leisten ist, geht aus folgenden Zahlen hervor, die sich auf die zweite Hälfte des Jahres 1947 beziehen.

Beim versuchten illegalen Grenzübertritt wurden insgesamt 32 918 Personen unmittelbar an der Grenze

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

zurückgewiesen. Nach vollendetem illegalem Grenzübertritt wurden 41 220 Personen festgenommen und den zuständigen amerikanischen oder deutschen Gerichten zur Aburteilung übergeben. Nach Haftverbüßung erfolgte wieder die Überstellung in das Ursprungsland. Im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs wurden 853 637 Personen, bei der Abfertigung des Fernreiseverkehrs 287 489 Reisende kontrolliert. Die im gleichen Zeitraum sichergestellten Geld- und Devisenbeträge belaufen sich auf nahezu 2 Millionen Mark. Dazu kommen beträchtliche Mengen beschlagnahmter Waren.

Das Zentralamt für Kriminalwesen leistet durch seine Fingerabdrucksammlung, die mit 1½ Millionen Blättern die größte derartige Sammlung Deutschlands ist, seine Nachrichtenstelle für Vermißte und unbekannte Tote und durch einige weitere Einrichtungen wertvolle kriminalpolitische Arbeit.

Aus dem Tätigkeitsgebiet der Stadt- und Gemeindepolizeien möchte ich vor allem die in den Großstädten unter besonders schwierigen Verhältnissen geleistete Arbeit hervorheben, die auch schon zu schmerzlichen blutigen Verlusten geführt hat. Der Herr Polizeipräsident von München hat schon mehrfach auch in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß eine Säuberung der Großstädte von dem licht- und arbeitscheuen Gesindel, das sich hier in der Form von Gangstern und Schiebern, von Dirnen und Zuhältern deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit eingenistet hat, nur dann zu erreichen sein wird, wenn wir wieder unser altes bayerisches Aufenthaltsgesetz erhalten. Dieses Gesetz sah bekanntlich die sicherheitspolizeiliche Wegweisung krimineller Elemente aus ihren bisherigen Aufenthaltsgemeinden vor, die durch die Verwaltungsbehörde verfügt werden konnte. Ergänzende Bestimmungen befanden sich in dem bayerischen Zigeuner- und Arbeitscheuengesetz, das in schweren Fällen auch die Einweisung in ein Arbeitshaus vorsah. Die Militärregierung hat leider mit Befehl vom 28. November 1947 auch dieses Gesetz aufgehoben. Wir wissen, daß die Befähigungsmacht solche Eingriffe in das Grundrecht der Aufenthaltswahl, wenn überhaupt, dann nur auf Grund richterlichen Urteils zuläßt.

Zur Einweisung in das Arbeitshaus auf Grund richterlichen Urteils bietet zur Zeit allein § 42 d des Reichsstrafgesetzbuches die gesetzliche Handhabe. Diese Bestimmung betrifft jedoch leider nur Übertretungen, die mit Haftstrafe bedroht sind; gegenüber schwereren Fällen versagt sie. Das Innenministerium hat daher ein Gesetz zur Hebung der öffentlichen Sicherheit vorbereitet, in dem die Möglichkeit der Einschaffung in das Arbeitshaus auch bei Verurteilung wegen Vergehen und Verbrechen vorgesehen ist.

(Bravo!)

Gleichzeitig soll in diesem Gesetzentwurf auch die Möglichkeit der Wegweisung aus größeren Städten im Wege des Strafurteils neu geschaffen werden. Nur auf diesem Wege läßt sich auch die Forderung nach Einweisung asozialer Elemente in Arbeitslager verwirklichen. Sollten wir die Zustimmung der Militärregierung zu dem erwähnten Gesetzentwurf nicht erlangen, dann erübrigt nur, durch das Justizministerium die Staatsanwaltschaften und die Strafgerichte eindringlich darum zu bitten, die Strafrahmen in den deutschen Gesetzen so auszuschöpfen, daß die kriminellen und gesellschaftsfeindlichen Elemente

die Zeit, die wir ihnen im Arbeitshaus zugebacht haben, in den Zuchthäusern und sonstigen Strafanstalten verbringen müssen.

(Bravo!)

Außerdem müssen wir — und das ist nicht weniger wichtig — die Militärregierung neuerdings eindringlich darum bitten, den deutschen Polizeibehörden und den deutschen Strafgerichten den Zugriff auf die kriminellen Ausländer zu ermöglichen, damit wir im Hinblick auf die unverhältnismäßig hohe Beteiligung von Ausländern an schweren Verbrechen auch den nichtdeutschen Elementen endlich wirksamer als bisher entgegenreten können.

(Sehr richtig!)

Auf kommunalpolitischem Gebiet habe ich folgende wichtigeren Tatsachen zu berichten: Im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz wurde Ende 1945 und Anfang 1946 auf Initiative der dortigen Militärregierung eine größere Gemeindezusammenlegungsaktion durchgeführt, die rund 700 Gemeinden umfaßte. Im Hinblick auf sehr zahlreiche Anträge der betroffenen Gemeinden hat der Landtag die Staatsregierung ersucht, diese Zusammenlegungen unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der Bayerischen Gemeindeordnung von 1927 nachzuprüfen. Die Militärregierung von Bayern hat gegen diese Maßnahme keine Einwendungen erhoben. Die Nachprüfung ist nunmehr bereits so weit abgeschlossen, daß 311 Gemeinden mit Wirkung vom 1. Januar 1948 die ursprüngliche Selbständigkeit wieder zurückgegeben werden konnte. Weitere 200 Gemeinden werden bis spätestens 1. April ihre Selbständigkeit wieder erhalten. Für den Rest sind noch Erhebungen im Gange.

In den Jahren 1935 und 1940 haben 29 Stadtgemeinden infolge Einführung der Deutschen Gemeindeordnung die Kreisunmittelbarkeit verloren. Den Städten Freising, Kulmbach, Neustadt bei Coburg und Selb wurde im Jahre 1946 durch das Staatsministerium des Innern mit Genehmigung der Militärregierung die Kreisunmittelbarkeit wieder verliehen. Eine Reihe weiterer Städte soll jetzt ebenfalls wieder kreisunmittelbar werden. Zu diesem Zwecke hat das Innenministerium eine Rechtsverordnung über die Wiederverleihung der Kreisunmittelbarkeit fertiggestellt, die nach Beratung im Ministerrat demnächst dem Landtag zugeleitet wird.

Die Finanzlage der bayerischen Gemeinden ist zur Zeit noch befriedigend. Die Gemeindehaushalte für das Jahr 1946 konnten im allgemeinen ausgeglichen werden. Freilich mußten dabei zum Teil erhebliche Bedarfszuweisungen des Staates bereitgestellt werden, um finanziell stärker belasteten Gemeinden Erleichterungen zu gewähren. Zu den besonderen Kriegslasten gehören vor allem die Wiederherstellung zerstörter Brücken und die Schutz- und Trümmerbeseitigung. Über die künftige Finanzierung dieser Aufgaben werden noch Verhandlungen zu führen sein. Die Etats für das Rechnungsjahr 1947/48 sind noch nicht voll zu übersehen, da das Finanzausgleichsgesetz 1947 erst jetzt verabschiedet wurde.

Grundsätzlich sollen den Gemeinden für die Finanzierung normaler Aufgaben wieder eigene Steuerquellen zur Verfügung gestellt werden. Es ist deshalb beabsichtigt, den Gemeinden ab 1. Januar 1948 die Gewerbesteuer wieder zurückzugeben. Es muß dabei nur betont werden, daß bei der unterschiedlichen wirtschaftlichen Kraft der

(Staatsminister Dr. Unfermüller)

Gemeinden und dem unterschiedlichen Finanzbedarf auf einen interkommunalen Lastenausgleich nicht verzichtet werden kann.

Wie für die gesamte Wirtschaft, so werden auch für die Gemeinden die finanziellen Verhältnisse eine grundlegende Änderung nach der Währungsreform erfahren, wenn die Steuereinnahmen zunächst in starkem Ausmaß zurückgehen. Für diese Zeiten müssen die Gemeinden und Gemeindeverbände schon heute rüsten. Eine besondere Rolle fällt hier dem öffentlich-rechtlichen Kreditwesen, insbesondere den öffentlichen Sparkassen zu, die der Aufsicht des Innenministeriums unterstehen. Es kann heute schon gesagt werden, daß das Sparkassenwesen trotz einer zum Teil angespannten Rentabilitätslage (wie sie bei dem gesamten Kreditgewerbe besteht) gesund und bereit ist, die geldlichen Bedürfnisse der Wirtschaft und der kommunalen Körperschaften zu befriedigen, vorausgesetzt, daß eine sinnvolle Währungsreform auf die Eigenart dieser Institute und ihrer Kunden Rücksicht nimmt. Eine große noch vor uns stehende Aufgabe ist die Schaffung einer neuen Gemeinde- und Kreisordnung. Eine besondere Voraussetzung hierfür ist, daß über die Abgrenzung zwischen der Staatsverwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung volle Klarheit besteht. Ich darf in dieser Hinsicht auf die grundsätzlichen Ausführungen im ersten Teil meiner heutigen Statede Bezug nehmen. Die Neugestaltung des Kommunalrechts kann daher nicht innerhalb einer kurzen Frist durchgeführt werden, sondern es muß allen beteiligten Körperschaften, insbesondere dem Städteverband, dem Landkreisverband und dem Landgemeindeverband Gelegenheit gegeben werden, sich eingehend dazu zu äußern. Schon der historische Rückblick auf den Werdegang der Gemeindeordnung von 1927, die in einer langjährigen gewissenhaften Zusammenarbeit aller daran interessierten Stellen und Kreise zustande gekommen ist, zeigt zur Genüge, daß man bei dem jetzigen staatlichen Neuaufbau mit der gleichen Sorgfalt an die Lösung dieser Fragen herangehen soll.

(Sehr richtig!)

Ein Abschluß der Kommunalgesetzgebung vor den kommenden Wahlen zu den Gemeinden und Kreisen ist daher nicht möglich. Das Staatsministerium des Innern hat aber inzwischen dem Landtag Gesetzentwürfe für die Gemeinde- und Kreiswahlen vorgelegt. Eine Änderung des bisherigen Wahlverfahrens ist in der Richtung vorgesehen, daß die Wahlberechtigten stärker als bisher auf die persönliche Auswahl der Bewerber Einfluß nehmen können.

Auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens ist seit Kriegsende die Zahl der Unterstützungsempfänger in der offenen und geschlossenen Fürsorge erheblich gestiegen. Etwa drei Viertel aller Fürsorgeempfänger befinden sich in den Landkreisen. Die Ursache der stärkeren Belastung der Landkreise liegt einmal in der seit 1939 eingetretenen Bevölkerungsabnahme in den Großstädten und der Bevölkerungszunahme in den Landkreisen durch Evakuierte und Flüchtlinge. Nach dem Ergebnis der Volkszählungen ist die Bevölkerungszahl in den Stadtkreisen von 2,5 Millionen im Jahre 1939 auf 2,2 Millionen im Jahre 1946 zurückgegangen, in den Landkreisen dagegen im gleichen Zeitraum von 4,7 Millionen auf 6,5 Millionen gestiegen. Hierzu kommt, daß der durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse verursachte

Bevölkerungszuwachs der Landkreise in besonderem Maße hilfsbedürftig ist, da es sich hierbei fast ausschließlich um Evakuierte und Flüchtlinge handelt.

Im Rechnungsjahr 1946 wurden in Bayern, im Jahresdurchschnitt auf Monatsbasis berechnet, rund 645 000 Personen unterstützt. Hiervon waren die Hälfte, rund 322 000, Flüchtlinge, obwohl bei einer Durchschnittsbevölkerung von 8 450 000 Personen die Anzahl der Flüchtlinge im Rechnungsjahrdurchschnitt nur etwa ein Siebtel betragen hat.

Im Rechnungsjahr 1946 betrug der bei den Bezirksfürsorgeverbänden Bayerns entstandene öffentliche Fürsorgeaufwand 198 Millionen Mark. Hiervon trafen rund 102 Millionen Mark auf Flüchtlinge. Dies ergibt, auf die Einwohnerzahl umgerechnet, pro Einwohner eine Gesamtfürsorgebelastung von rund 23½ Mark, wovon rund 12 Mark auf Flüchtlinge treffen.

Trotz dieser sehr hohen Belastung ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bezirksfürsorgeverbände dadurch gewahrt worden, daß der Staat den Trägern der Selbstverwaltung den für Flüchtlinge in geschlossener Fürsorge entstandenen Aufwand voll und den in offener Fürsorge entstandenen Aufwand zu 70 Prozent ersetzt hat. Dies ergab eine Ersparleistung im Betrage von 76 Millionen Mark für den Gesamtflüchtlingsaufwand von 102 Millionen Mark; das sind ungefähr drei Viertel.

Außerdem gewährte der Staat 60 Millionen Mark Schlüsselzuweisungen (Fürsorgezuschüsse), die je nach dem entstandenen Fürsorgeaufwand und der Befürsorgtenzahl verteilt wurden. Die nach Abzug der Ersparleistungen des Staates für Flüchtlinge und der vom Staat verteilten Schlüsselzuweisungen den Bezirksfürsorgeverbänden im Landesdurchschnitt pro Einwohner verbleibende Jahresfürsorgebelastung betrug nur mehr rund 7 Mark, d. h. von dem bei den Bezirksfürsorgeverbänden entstandenen Gesamtfürsorgeaufwand wurden zwei Drittel vom Staat und nur ein Drittel von den Stadt- und Landkreisen getragen. Durch ein wohlbedachtes Finanzsystem war es möglich, trotz der erheblichen örtlichen Verschiedenheit die finanzielle Leistungsfähigkeit der Selbstverwaltungskörper aufrechtzuerhalten.

Der Vollständigkeit halber wird noch erwähnt, daß außer den 198 Millionen Mark Fürsorgeaufwand bei den Bezirksfürsorgeverbänden noch rund 8 Millionen Mark Fürsorgeaufwand unmittelbar bei den Landesfürsorgeverbänden in deren eigenen Anstalten im Rechnungsjahr 1946 entstanden sind.

Das laufende Rechnungsjahr hat zunächst ein weiteres Anwachsen der Fürsorgelasten gebracht. Der Höchststand wurde im April 1947 mit einem Monatsaufwand von 20¼ Millionen Mark erreicht. Seit dieser Zeit sind die Aufwendungen stetig gefallen, sie betragen im November noch 18,2 Millionen Mark. Die sonst in den Herbstmonaten zu beobachtende starke Steigerung der Fürsorgelasten ist in diesem Jahre nicht eingetreten. Der Grund für die so auffallende Erscheinung liegt einmal in dem engen Zusammenarbeiten der Arbeitsämter und der Stadt- und Landkreise beim Arbeitseinsatz der Hilfsbedürftigen, sodann in der Gewährung von Zuwendungen an außerbayerische Pensionisten und in dem Anlaufen der Rentenzahlungen an Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte.

Ein ganz besonderer Dank gebührt den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

Bayerischen Roten Kreuz, die durch einen Ausbau ihrer Anstalten vielen alten und gebrechlichen sowie frankten Hilfsbedürftigen ein Heim geschaffen haben und durch eine großzügige Verteilung von Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen in vielen Fällen schlimmster Not, insbesondere auch bei den Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft, abgeholfen haben.

(Bravo-Rufe.)

Außer der allgemeinen öffentlichen Fürsorge gehört zum Aufgabengebiet des Innenministeriums auch die Jugendwohlfahrt. Die vordringlichste hier zu lösende Aufgabe ist der Kampf gegen die Verwahrlosung der heranwachsenden Generation. In Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Problems hatte der bayerische Ministerpräsident bereits am 15. April 1946 die Verordnungen Nr. 73, 74 und 75 erlassen.

Die Verordnung Nr. 73 zum Schutze der heimatlosen Jugend, die heute noch in Kraft ist, will herumstreunende Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren vor den Gefahren der Landstraße schützen, ihre Wiedervereinigung mit den Eltern oder sonstigen Angehörigen herbeiführen oder die Jugendlichen in eine Lehrstelle vermitteln. Soweit bei den aufgegriffenen Kindern und Jugendlichen Fürsorgeerziehungsmaßnahmen sich als notwendig erweisen, werden sie auf Grund des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes eingeleitet. Die Verordnung Nr. 73 hat noch ihre Gültigkeit.

Die Verordnungen Nr. 74 und 75 sind am 20. Oktober 1947 durch die Militärregierung außer Kraft gesetzt worden; erstere betraf die Unterbringung verwahrloster Frauen und Mädchen ohne Altersbegrenzung in Anstalten, während die Verordnung Nr. 75 die Unterbringung von arbeitscheuen Personen bis zu 25 Jahren in Arbeits Erziehungsanstalten ermöglichte. Beide Verordnungen standen insofern mit der später erlassenen Bayerischen Verfassung nicht mehr in Einklang, als sie die Anstaltsunterbringung im Verwaltungsweg vorsahen, während nach Art. 102 Abs. 2 der Verfassung jeder von der öffentlichen Gewalt Festgenommene spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter zuzuführen ist.

Durch den Wegfall dieser beiden Verordnungen Nr. 74 und 75 ist zur Zeit eine bedauerliche Lücke im Kampf gegen die Verwahrlosung eingetreten, da zur Festhaltung von Jugendlichen über 18 Jahren keine Möglichkeit mehr besteht, es sei denn, daß sie wegen Verdachts einer strafbaren Handlung von der Polizei festgenommen werden. Diese Lücke soll geschlossen werden durch ein Notgesetz über Erziehung zur Arbeit, das im Entwurf vorliegt und alsbald dem Hohen Hause zugehen wird.

An praktischer Hilfe für die Jugendlichen sind folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Die Förderung des Ausbaus von Lehrlingsheimen in den Städten.
2. Die Gründung von Jugendfiedlungen, in denen die Jugendlichen eine Heimat und eine Bindung an sinnvolle Arbeit bekommen sollen. Für diesen Zweck ist im Haushalt ein Betrag von 500 000 Mark ausgeworfen.
3. Für unverbesserliche Streuner die Errichtung einer geschlossenen Staatserziehungsanstalt. Zu diesem Zwecke wird die frühere Feste Lichtenau ausgebaut. Es ist da-

mit zu rechnen, daß im Frühjahr die ersten Einweisungen erfolgen können.

4. Nach Art. 128 der Bayerischen Verfassung hat jeder Bewohner Bayerns Anspruch darauf, eine seinen Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten. Begabter ist der Besuch von Schulen und Hochschulen, nötigenfalls aus öffentlichen Mitteln zu ermöglichen. Um dieses Versprechen der Verfassung zu verwirklichen, gibt der bayerische Staat den Jugendämtern Zuschüsse, aus denen minderbemittelten Jugendlichen Beihilfen für eine Berufsvorbildung gewährt werden können. Für diesen Zweck sind im Haushalt für das laufende Rechnungsjahr 3 Millionen Mark vorgesehen.

Besondere Schwierigkeiten bereitet aber auf dem Gebiet der Jugendfürsorge der Mangel an Anstalten, vor allem an Fürsorgeerziehungsanstalten. Es muß auch hier mit Dankbarkeit der Hilfe der Verbände der freien Wohlfahrtspflege gedacht werden, die ihre Unterstützung in weitgehendem Maße gewährt haben. Nicht zuletzt gilt dieser Dank dem Bayerischen Landesjugendring und den zahlreichen Jugendbünden, die ihrerseits tatkräftige Hilfe bei der Erziehung der Jugend leisten. Besonders hervorgehoben sei hier die vom Bayerischen Landesjugendring vor kurzem in Dachau veranstaltete Schulungstagung, die der Jugend Gelegenheit bot, wichtige staatliche und soziale Probleme zu diskutieren.

Noch einige weitere Probleme werden vom Landesjugendamt bereits seit längerer Zeit erörtert und müssen in naher Zukunft der Lösung zugeführt werden. Ein Gegenstand besonderer Sorge ist uns die starke Gefährdung der Jugend durch die schlechten und verderblichen Einflüsse der heutigen Zeitverhältnisse. Wir müssen bei aller Anerkennung der persönlichen Freiheit und des Erziehungsrechtes des Eltern uns doch die Frage vorlegen, ob nicht zum mindesten für die Dauer der gegenwärtigen Notzeit, in der so viele Jugendliche der elterlichen oder zum mindesten der väterlichen Erziehung entbehren, der Staat die Pflicht und auch das Recht hat, das Seine zu einem wirksamen Schutz der Jugend beizutragen.

Die Jugendwohlfahrtsbehörden sind sich bewußt, daß große Probleme ihrer Lösung harren. Tiefste Ursache der Jugendnot ist die Fehl erziehung in der Hitlerzeit, die soziale Not und die seeliche Verarmung der Jugend. Dazu kommt das schlechte Beispiel vieler Erwachsener. Nur wenn bei den Erwachsenen wieder klare Begriffe über Recht und Unrecht eintreten und sie darnach handeln, wird es gelingen, auch bei der Jugend eine Wandlung zu erreichen.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens ist folgendes zu berichten:

Die im Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vorgesehenen Aufgaben werden von den 125 bayerischen Gesundheitsämtern durchgeführt. Seit Ende des Krieges ist die Arbeit der Gesundheitsämter bedeutend angestiegen. Durch den Ausfall der Mehrzahl der früheren Amtsärzte entstanden Schwierigkeiten, die erst nach und nach behoben werden können.

Bei der Lösung der gesundheitlichen Probleme hat bisher die ärztliche Standesorganisation eine wichtige Rolle gespielt. Ihre rechtliche Grundlage erscheint zur Zeit im Hinblick auf die Verfassung nicht geklärt. Diese Lage wirkt sich hemmend auf den verschiedensten Gebieten aus. Insbesondere ist es die Frage der Zwangsmit-

(Staatsminister Dr. Untermüller)

gliedschaft, die einer baldigen Klärung bedarf. Es liegt auch im staatlichen Interesse, daß die Berufsvertretung wie früher und jetzt auch noch in fast allen anderen Ländern alle Ärzte vereinigt, um auf ihre sittliche und berufliche Einstellung Einfluß auszuüben und dadurch dafür Sorge zu tragen, daß Elemente ausgeschaltet werden, denen die Not der Zeit Anlaß ist, volks- und gesundheits-schädigend zu wirken.

Durch das vorläufige Gesetz zur Regelung des ärztlichen Niederlassungswesens wurde dem bayerischen Staatsministerium des Innern eine neue Aufgabe gestellt, indem ihm für die Zeit der Notlage die Genehmigung der Niederlassung übertragen wurde. Dadurch wird es hoffentlich möglich sein, die Not der als Flüchtlinge ins Land gekommenen Ärzte zu lindern und gleichzeitig die Zahl der Ärzte entsprechend dem Bevölkerungszuwachs zu vermehren. Neue Aufgaben erwachsen dem Innenministerium und seiner Gesundheitsabteilung auch in der Lösung der *J u n g ä r z t e f r a g e*.

Die allgemeine Not, hervorgerufen durch das Einfluten von rund 2 Millionen Flüchtlingen, gekennzeichnet durch die weit über das zulässige Maß hinausgehende Überbesetzung der Wohnungen, die für breite Bevölkerungskreise geradezu katastrophale Ernährungslage, das Fehlen von wichtigen Medikamenten, Verbandsmaterial, Instrumenten und Apparaturen, bleibt nicht ohne Auswirkung auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Ein weiteres Absinken der qualitativ und quantitativ völlig unzureichenden Ernährung würde die verhängnisvollsten Auswirkungen zeigen. Es ist eine Gewissenspflicht, auf diesen Gefahrenherd mit Eindringlichkeit hinzuweisen.

Wenn auch die katastrophale Auswirkung dieser Verhältnisse sich heute noch nicht überall zahlenmäßig auffallend ausdrückt, so ist doch dem Vorausschauenden die Entwicklung klar. Neben der Anfälligkeit der Bevölkerung für Seuchen, von denen ein gütiges Geschick uns verschonen möge, da ihre Auswirkung auf die gesundheitlich geschwächte Bevölkerung verheerend sein würde, verursacht die durch die Wohnungsnot hervorgerufene Zunahme, vor allem der kindlichen Tuberkulose ernste Sorge. Bedenklich ist auch die Überalterung der Bevölkerung, die sich in Zukunft in sozialer Hinsicht verhängnisvoll auswirken muß und die neben der ständig zunehmenden Säuglingssterblichkeit auch der Abtreibungsseuche zuzuschreiben ist.

Der Ausbau der Sozialversicherung darf im Interesse der Volksgesundheit nicht einhergehen mit einer Zerstörung des bisherigen organischen Aufbaus der bewährten alten Ordnung.

In Kürze möchte ich eine Zusammenfassung einiger wichtiger Zweige des Gesundheitswesens geben. Ich spreche zunächst von der *T u b e r k u l o s e*. Zahlen des Statistischen Landesamtes zeigen das Ansteigen der Tuberkulose-Erkrankungen in Bayern, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß in den letzten Jahren die Erfassung der Tuberkulose-Kranken durch verstärkte Tuberkulosefürsorgetätigkeit bedeutend zugenommen hat.

Auf 10 000 Einwohner trafen 1928 41,8; 1947 60,1 Tbc-Kranke, die Zunahme der Kindertuberkulose betrug im Dezember 1946 9 732 Fälle, im Juni 1947 15 122 Fälle.

Die Zunahme der Kindertuberkulose zeigt ferner das Ergebnis der Tuberkulinprüfungen der Schulkinder der ersten und letzten Schulklasse:

1938 I. Klasse 5 %, letzte Klasse 11 %,
1947 I. Klasse 43,68%, letzte Klasse 56,9%.

Die Zunahme der Tuberkulose erfolgt vor allem, wie bewiesen, im Kindesalter, hervorgerufen durch die katastrophale Wohnungsnot. Für die Abwehr der Tuberkulose werden benötigt: mehr Röntgenapparate, mehr Filmmaterial, ferner die Errichtung weiterer Heilstätten.

Über die Geschlechtskrankheiten ist folgendes zu sagen: Geschlechtskrankenhäuser sind in Bayern zur Zeit 52 mit 4 778 Betten vorhanden.

Die Zahl der Geschlechtskranken nimmt, so hoch auch die Ziffern noch sind, erfreulicherweise in der letzten Zeit ab.

März 1946	30 neue Luesfälle	auf 10 000 Einwohner
	90 neue Tripperfälle	auf 10 000 "
März 1947	26,6 neue Luesfälle	auf 10 000 "
	58,4 neue Tripperfälle	auf 10 000 "

Besondere Schwierigkeiten bestehen in der Beschaffung der Heilmittel zur Luesbehandlung.

Nur einige kurze Ausführungen zur Ernährungslage der Bevölkerung in Bayern, Stand vom Dezember 1947. Die ausgegebene Ration beträgt in vielen Städten nur 1400 Kalorien (z. B. Augsburg, Bayreuth, Passau). Die Winterkartoffeln sind in vielen Städten nur zu rund 80% ausgegeben (z. B. Bayreuth, Augsburg). Die Milchversorgung ist ungenügend, die Gemüseversorgung völlig unzureichend. Die Krankenzulagen als Folge der geringen Rationen sind bis an rund 500 000 im Monat November 1947 gestiegen. Die durchschnittlichen Körpergewichte der Bevölkerung liegen weit unter dem Sollgewicht mit Ausnahme der Säuglinge und Kinder bis zu 9 Jahren. Erwachsene liegen im Durchschnitt um 16 Prozent (bayerischer Durchschnitt) bis 20 Prozent (Unterfranken) unter den amerikanischen Sollgewichten.

Unzureichend sind die Erzeugung und Verteilung von Kindernahrungsmitteln. Wir haben eine Säuglingssterblichkeit von 8,9 Prozent im August und 8,7 Prozent im Oktober von 100 lebend Geborenen, mit Spitzen bis zu 22 Prozent (Regensburg Juli 1947).

Die zunehmende Eiweißnot mit all ihren Begleiterscheinungen auf Körper und Geist macht sich immer schärfer fühlbar. Die psychische Gesamtlage der Bevölkerung als Ausdruck der qualitativ und quantitativ unterwertigen Nahrung verschlechtert sich zusehends.

Auf dem Gebiet des *A p o t h e k e n w e s e n s* ist zu bemerken: Die Arzneimittelversorgung ist in Bayern etwas besser als in anderen Ländern, trotzdem aber zum Teil noch ungenügend. Das gilt vor allem von den Drüsenpräparaten wie Insulin, den Hormonpräparaten und den antiluetischen Mitteln wie Salvarjan und Wismutpräparaten, sowie Vitamin- und Leberpräparaten. Aus den früheren Sanitätsdepots, Planegg, Fürth, Straubing, welche kurz vor der Auflösung stehen, wurden vor allem Großhandel, Industrie und Apotheken beliefert.

Nach Bayern kamen 350 sudetendeutsche, 250 schlesische und 160 sonstige außerbayerische Apotheker. Infolge des Bevölkerungszuwachses sollen 80 Apotheken neu errichtet werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Innenministerium mit größter Besorgnis auf die Ent-

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

wicklung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung blüht. Die Gesundheitsverwaltung kann ihren großen, zweifellos in der Zukunft noch erhöhten Aufgaben nur dann nachkommen, wenn alle ihre Zweige für die Durchführung ihrer wichtigen Aufgaben ausreichend ausgestattet werden.

Auch auf dem Gebiete des für das Agrarland Bayern recht wichtigen Veterinärwesens bereitet die endgültige Wiederbesetzung der 137 planmäßigen Regierungsveterinärstellen eine große und sehr schwierige Arbeit.

Das Sachgebiet des Veterinärwesens gliedert sich in zwei große Gruppen. Die erste umfaßt die Sicherung der gesundheitlichen Betreuung und der Leistungsfähigkeit unserer Haustiere. Sie hat gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die auf den Menschen übertragbaren Tierkrankheiten (Milzbrand, Tollwut, Rotz, Räude, Rotlauf, Abortus Bang usw.) möglichst rasch getilgt werden. Hier hat in der letzten Zeit die Bekämpfung der Aufzuchtkrankheiten der Jungtiere eine erhebliche Rolle eingenommen. Die im November 1945 eingeleitete planmäßige Durchuntersuchung des gesamten Einhuferbestandes des Staates Bayern ist fast lückenlos durchgeführt. Die einschlägigen Blutuntersuchungen fanden bei über 32 000 Pferden bereits statt. Auf diese Weise konnte bei über 70 Pferden Rotz festgestellt werden, der im Falle der Nichtaufdeckung in einigen Jahren ganz Bayern verseucht hätte.

Die überaus gefährliche Beschälseuche ist nur örtlich aufgetreten. Durch strenge Sperrmaßnahmen und durch wiederholte biologische Blutuntersuchungen konnte der Herd beschränkt werden. Sehr weit verbreitet war die Hühnerpest, die zur Zeit nur mehr in 44 Gehöften herrscht. Ein bedrohliche Ausbreitung dieser Seuche, welche im Laufe der vergangenen Jahre wiederholt auftrat, konnte jedes Mal durch rechtzeitig durchgeführte Schutzimpfungen bei über 2 Millionen Hühnern verhindert werden.

Die zweite große Gruppe innerhalb des Veterinärwesens stellt die Nahrungsmittelhygiene dar. Durch das Lebensmittelgesetz ist die Mitwirkung der Tierärzte bei der Überwachung der von Tieren stammenden Lebensmittel eindeutig geregelt. Es muß gesagt werden, daß die derzeitige Ernährungslage die Durchführung der Überwachungen außerordentlich erschwert. Immerhin wird durch Überwachung der Milch (insbesondere der Sammelmilch), der Sammelmolkereien, der fortlaufenden Überprüfung des Zustandes der Mezgereien und Schlachthöfe, durch Ausbildung, Fortbildung und Überwachung der tierärztlichen und nichttierärztlichen Fleischbeschauer für den einwandfreien Vollzug Sorge getragen.

Die Versorgung mit Arzneimitteln, Verbandstoffen und mit tierärztlichen Instrumenten ist immer noch sehr knapp, zeigt aber bereits gewisse Erleichterungen.

Ein besonders großes und umfassendes Aufgabengebiet hat die Abteilung IV des Staatsministeriums des Innern, die Bauabteilung, zu betreten. Infolge der Zerstörungen, die der Krieg an Gebäuden, Brücken, Straßen, Wasserbauanlagen usw. verursacht hat, sowie infolge der Vernachlässigung, die alle Bauanlagen im

Kriege und seither erfahren haben, steht die Staatsbauverwaltung in diesen Jahren vor besonders umfangreichen und schwierigen Aufgaben. Zu den Wiederherstellungsarbeiten tritt ein großer Neubedarf an Wohnungen und Unterkünften für den durch das Einströmen der Flüchtlinge bedingten Bevölkerungszuwachs und an Anlagen für Energieerzeugung und Rohstoffgewinnung, also Wasser- und Wärmekraftanlagen, Verbesserung des Bergbaues usw., die erforderlich sind, um die einheimische gewerbliche und industrielle Erzeugung zu erhöhen, nicht nur um den gesteigerten Bedarf der Bevölkerung zu befriedigen, sondern besonders um die Exportfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu steigern.

Die Durchführung dieser großen Aufgaben leidet unter besonderen zeitbedingten Erschwerungen. Sie beruhen auf dem Mangel an Arbeitskräften, ihrer geringen Leistungsfähigkeit infolge der Ernährungsschwierigkeiten und dem namentlich bei jüngeren Kräften vielfach zu beobachtenden mangelnden Leistungswillen, vor allem aber auf der ungenügenden Erzeugung und Verteilung der Baustoffe. Man muß sich diese Schwierigkeiten vor Augen halten, um das, was bereits geleistet wurde und noch nicht geleistet werden konnte, richtig zu beurteilen.

Was den Mangel an Arbeitskräften betrifft, so geht aus den laufenden statistischen Meldungen des Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge hervor, daß einerseits eine große Zahl von offenen Stellen, andererseits aber eine große Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, ohne daß ein Ausgleich erfolgen kann, weil die Arbeitslosen der Arbeitsleistung in den Bedarfsgruppen nicht gewachsen sind. Das Bauhaupt- und Baunebengewerbe ist hier als Träger ungedeckten Bedarfes besonders beteiligt.

Der in der wirtschaftlichen Gesamtlage begründete Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an Facharbeitern, wird in der Bauwirtschaft verschärft durch unzureichende Löhne, ungenügende Ausrüstung mit Kleidung und Schuhwerk und mangelhafte Verpflegung. Nach langwierigen Verhandlungen ist es zwar jetzt gelungen, im Baugewerbe durch Lohnangleichung die bisherige Hintanziehung des Bauarbeiters zu beseitigen; die anderen Ursachen des Arbeitermangels und der Minderleistung, die zunächst ausschlaggebend sind, bestehen jedoch fort. Das Baugewerbe kann seinen Arbeitern keine Kompensationen in Sachwerten geben, die die Arbeiter an das Geschäft und die Baustelle zu binden vermögen. Hierzu kommt, daß die Bauarbeiter vielfach allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind, weite Wege zur Arbeitsstätte zurücklegen müssen, so daß nur widerstandsfähige Menschen sich diesen Arbeiten unterziehen können. Was seitens der Baubehörden und des Baugewerbes durch Beschaffung von Arbeitskleidern, Schuhen, Mänteln, Decken, Unterkunftsbeschaffung an der Baustelle zur Milderung dieser widrigen Umstände geschehen kann, geschieht, das Erreichte ist leider aber bei weitem unzulänglich.

Was den verbreiteten Mangel an Arbeitswillen, besonders der jugendlichen Bevölkerung anlangt, so sind Baubehörden und Baugewerbe dringendst an allen Bestrebungen interessiert, welche die Quellen und Möglichkeiten mühelosen Erwerbes verstopfen und mindern sollen.

Der Mangel an Baustoffen, insbesondere an Eisen, Zement, Holz, Dachziegeln, Mauersteinen und

(Staatsminister Dr. Unterkmüller)

Dränröhren macht uns sehr zu schaffen. Der Schlüssel für die Wendung zum Besseren liegt hier in einer Erhöhung der Kohlenzufuhr für die bayerische Baustoffindustrie, deren Kapazität bei weitem nicht ausgenützt ist. Leider, das muß immer wieder gesagt werden, hat das Land bei der Zweizonenverwaltung das erforderliche Verständnis für diesen Bedarf noch nicht gefunden. Die Hauptschuld trägt die grundsätzliche Einstellung der bizonalen Instanzen, die den Standpunkt vertreten, daß wir uns den Wohnungsbau usw. zur Zeit noch nicht leisten können. Die aus dieser Einstellung resultierende Kohleverplanung geht an der Tatsache, daß es sich bei der Baustoffindustrie um eine Schlüsselindustrie handelt, völlig vorbei. Dauernde Versuche Bayerns, die Kohlezuteilung für die Baustoffindustrie zu erhöhen, scheiterten bis jetzt.

Für öffentliche Baumaßnahmen einschließlich Straßen- und Brückenbau, Energie, Hochbau, (Krankenhäuser, Schulen, öffentliche Gebäude) konnten im Jahre 1947 nur völlig unzureichende Baustoffmengen zugeteilt werden.

Es genügt, wenn ich dem hohen Hause berichte, daß Bayern 1947 ganze 286 000 Quadratmeter Bauglas, ganze 90 036 Tonnen Zement, ganze 12½ Millionen Dachziegel und 19,4 Millionen Mauersteine und ganze 5 469 Tonnen Baueisen erhalten hat. Bayerns Baustoffproduktion war im Jahre 1947 völlig unzureichend. Der Bauabteilung des bayerischen Staatsministeriums des Innern wurden im Jahre 1947 nur 50 Prozent des Holzes, 18 Prozent der Holzfasernhartplatten, 75 Prozent der Dachziegel, 50 Prozent der Mauersteine, 60 Prozent der Deckensteine, 60 Prozent der Leichtbauplatten und 70 Prozent der Nägel der im Jahre 1946 zugeteilten Mengen zugewiesen.

(Hört, hört!)

Die Zuweisung hat sich also vom Jahre 1946 auf das Jahr 1947 wesentlich verschlechtert.

(Wimmer: Wer ist schuld an dieser Verschlechterung? — Kiene: Die mangelnde Kohlenzuteilung!)

Das Mißverhältnis der Baustoffherzeugung zum tatsächlichen Bedarf wäre noch augenfälliger, wenn nicht zu gleicher Zeit ein ungedeckter Kräftebedarf in der Berufsgruppe der Baufach- und Hilfsarbeiter mit 43 000 Arbeitskräften bestünde.

Es ist notwendig, zum Thema Baustoffknappheit auch noch darauf hinzuweisen, daß Kompensationsgeschäfte in der Bauindustrie, die eine Zeit lang verboten waren, inzwischen vom Wirtschaftsministerium wieder zugelassen wurden und daß dadurch die Erfassung und Bewirtschaftung der Baustoffe aufs schwerste beeinträchtigt wird.

Die Bauabteilung meines Ministeriums hat ein Baustoffnotgesetz ausgearbeitet, das den Landtag alsbald beschäftigen wird. Die darin vorgesehenen Maßnahmen sehen voraus, daß es auf dem Gebiete der Wirtschaftslenkung gelingt, die Erzeugung aller wichtigen Baustoffe zu überwachen und uneingeschränkt der Bewirtschaftung zu unterstellen. Könnte dies nicht geschehen, so müßten sie wirkungslos bleiben.

Noch ein Hindernis, das in steigendem Maße den ge-
beihlichen Fortschritt der Baumaßnahmen hemmt, sei

hervorgehoben: der Mangel an Geräten, Werkzeugen, Maschinen, Fahrzeugen und insbesondere Reifen. Darunter leiden nicht nur die staatlichen Betriebe, sondern auch im besonders hohen Maße die im staatlichen Baufaktor eingesetzten Bau-Unternehmungen, die allmählich ihre letzten vom Krieg her geretteten Reserven aller Art aufgebraucht haben und nunmehr die Baustellen mühsam am Leben erhalten. Auch hier ist festzustellen, daß das Fehlen der Bewirtschaftung solcher Güter oder Fehlleitungen die Dringlichkeit, die den öffentlichen Bauarbeiten zukommt, nicht genügend berücksichtigen.

Alle diese Mangelercheinungen zusammen wirken sich natürlich in einer ganz erheblichen Verteuerung der Baudurchführung aus. Es ist nicht übertrieben, wenn sich im Bauwesen ein Teuerungsindex von 200 bis 300 Prozent errechnet.

Über die Tätigkeit der verschiedenen Gruppen der Bauabteilung des Ministeriums wird Herr Staatssekretär Fischer nähere Auskünfte geben.

Wohl die größte und verantwortlichste Aufgabe, vor die wir uns gestellt sehen, ist die Betreuung der Flüchtlinge. Hier stehen wir zu Beginn des Jahres 1948 vor folgendem Hauptproblem. Die wohnungsmäßige Unterbringung der Flüchtlinge ist noch immer nicht befriedigend gelöst und in nächster Zeit auch nicht befriedigend zu lösen. Noch immer sind 64 000 Flüchtlinge in Lagern untergebracht. Zwar hat der größte Teil in Wohnlagern Aufnahme gefunden, aber immer noch leben über 18 000 in Massenquartieren und damit in Verhältnissen, die nicht als menschenwürdig bezeichnet werden können. Viele Zehntausende von Flüchtlingen sind in Einzelquartieren räumlich aufs äußerste beengt untergebracht. Viele dazu noch in abgelegenen Orten, in denen sie keine Möglichkeit haben, ihrem erlernten Beruf oder einer sonst zumutbaren Beschäftigung nachzugehen, darunter auch viele Facharbeiter, die anderwärts fehlen und dringend gebraucht werden, aber wegen mangelnden Wohnraums nicht an den für sie geeigneten Arbeitsplatz gelangen können.

Eine wirkliche Abhilfe kann natürlich nur durch eine auf Grund systematischer Planung durchgeführte intensive Bautätigkeit geschaffen werden. Um die 1,8 Millionen Flüchtlinge einigermaßen befriedigend unterzubringen und der einheimischen Bevölkerung die drückenden Beschränkungen, denen sie wohnraummäßig unterworfen ist, zu erleichtern, müßte eine intensive Bautätigkeit einsetzten mit dem Ziel, nicht nur den zerstörten Wohnraum zu ersetzen, sondern auch neuen Wohnraum für die Neubürger zu schaffen. Das war in den seit dem Kriegsende vergangenen 2½ Jahren nicht möglich und es wird nach Lage der Dinge auch im Jahre 1948 leider nicht möglich sein. Das Wohnungsnotbauprogramm für das Jahr 1948 sieht den Bau von 10 000 Wohnungen vor. Das ist so wenig, daß eine fühlbare Erleichterung auf dem Wohnungsektor nicht zu erwarten ist. Dabei steht es infolge des Baustoffmangels noch nicht einmal fest, ob auch dieses bescheidene Wohnungsbauprogramm im heurigen Jahre seine Verwirklichung finden kann.

Unsere Aufgabe ist es, den Flüchtlingen in Bayern eine neue Heimat zu schaffen. Die erste Voraussetzung dafür ist, daß wir ihnen wenigstens eine Wohnung geben können. Menschen, die zu viert, zu fünft oder zu sechst in einem 14 bis 16 Quadratmeter großen, notdürft-

(Staatsminister Dr. Unfermüller)

tig möblierten Raum oder in einem Raum, der früher vielleicht kein Wohnraum war, leben müssen, haben bestenfalls ein Obdach, sie haben aber keine Heimat.

Wir können diese Verhältnisse nicht so schnell grundlegend ändern, wie wir es wollen und von Herzen wünschen. Die Not, in der wir leben, ist zu hart und drückend, der Zustrom an Heimatlosen war zu groß, um auch nur die bescheidensten und berechtigtesten Wünsche aller, die in Bayern Aufnahme finden mußten, zu befriedigen. Wir können und müssen aber bestrebt sein, soweit als möglich einen Ausgleich in den Wohnverhältnissen der Alt- und Neubürger herbeizuführen. Noch immer bestehen Scheinmietverhältnisse, noch immer verstehen einzelne, sich ihrer gesetzlichen und moralischen Pflicht, den ihnen noch reichlich zur Verfügung stehenden Wohnraum mit den Neubürgern zu teilen, zu entziehen, noch immer versuchen einzelne durch schifanöses Verhalten die eingewiesenen Mieter in ihren Rechten zu beschränken oder sie aus den Wohnungen herauszubringen.

Bei der Beseitigung dieser Mißstände hat sich die Teilung der Kompetenzen auf dem Gebiete des Wohnungs- und des Flüchtlingswesens zwischen dem Arbeitsministerium und dem Innenministerium als nachteilig erwiesen. Der vom Verfassungsausschuß inzwischen gebilligte Entwurf eines Gesetzes über das Bauwesen und das Wohnungswesen soll die Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Wohnungsbewirtschaftung aus dem Geschäftsbereich des Arbeitsministeriums in den des Innenministeriums überführen. Hand in Hand damit werde ich die bisher als Sonderverwaltung bestehende Flüchtlingsverwaltung in allen drei Instanzen in die innere Verwaltung einbauen. Wie ich bereits zu Beginn meiner Rede unter dem Stichwort „Einheit der Verwaltung“ ausgeführt habe, wäre damit endlich die organisatorische Grundlage dafür geschaffen, das Flüchtlingsproblem von einer Zentralstelle aus energisch und nach einheitlicher Planung in die Hand zu nehmen.

Dies ist um so notwendiger, als wir ja außer der wohnungsmäßigen Unterbringung eine noch viel schwierigere Frage zu meistern haben. Ich meine die große und schwere Aufgabe der Umsiedlung der Flüchtlinge nach wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsmäßigen Gesichtspunkten. Das Einstromen der Flüchtlingsmassen vollzog sich im Jahre 1946 so rasch, daß eine Verteilung nach arbeitsmäßigen Gesichtspunkten nur im bescheidensten Umfang möglich war. In einer Zeit, in der regelmäßig drei oder vier Transporte (3600 bis 3800 Menschen) täglich nach Bayern kamen, deren Herkunft und Zusammensetzung völlig unbekannt war, war es begreiflicherweise nicht möglich, die Flüchtlinge berufsrichtig zu verteilen. So kamen Industriearbeiter aufs Land, Bauern und Landarbeiter in die Stadt, wurden die Facharbeiter einzelner Industrien, wie etwa der Gablunger Industrie, der Schönbacher Industrie, einfach deswegen, weil die Umsiedlung zu verschiedenen Zeiten erfolgte, mit den Transporten, mit denen sie jeweils nach Bayern kamen, in verschiedene Aufnahmegebiete eingeschleust. Zu einem Teil konnte diese unvermeidbare unzweckmäßige Verteilung durch spätere Umsiedlung bzw. durch freiwilligen Aufenthaltswechsel ausgeglichen werden. In der Hauptsache ist das Problem jedoch noch ungelöst, da die gesetzlichen

Voraussetzungen für eine arbeitsmäßigen, sozialen und arbeitsmäßigen Gesichtspunkten notwendige Umsiedlung erst geschaffen werden mußten.

Die Geschichte kennt kein Spiel, das sich mit dem durch die Auswanderung von Millionen Deutschen aus den Ostgebieten entstandenen Problem vergleichen läßt. Eine befriedigende Lösung des Problems wird weder mit den Mitteln der einzelnen Länder noch mit den Mitteln eines wiedervereinigten Deutschlands, sondern nur mit großzügiger internationaler Hilfe zu finden sein. Trotzdem muß jedes deutsche Land und jede verantwortungsbewußte Regierung alles daran setzen, nicht nur die gegenwärtige Not der Flüchtlinge zu lindern, sondern ihnen so rasch wie möglich so gut es geht, wieder eine Heimat zu geben. Ich lege es mir jedenfalls als eine Herzenspflicht an, dafür zu sorgen, daß auf dem Gebiet der Umsiedlung unserer Flüchtlinge das Menschenmögliche geleistet wird.

Das unter Leitung von Herrn Dr. Auerbach stehende Staatskommissariat für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten widmet sich mit besonderem Nachdruck der Betreuung seiner rund 65 000 Schützlinge. Die Versorgungsabteilung des Staatskommissariats prüft sorgfältig nach, ob es sich wirklich um Verfolgte des Nazistystems handelt. Die Abteilung Berufseingliederung hat Jahresfrist die Gründung von 1300 Existenzen ermöglicht und rund 2000 Arbeitsplätze vermittelt. Die Beschaffungsabteilung befaßt sich mit der Verwaltung, Verteilung und Kontrolle der Kontingente für die oben angegebenen rund 65 000 Personen. Besondere Referate für Wohnungswesen, Rentenangelegenheiten und Rentenbetreuung leisten eine sehr aktive Betreuungsarbeit. Der Rechtsabteilung des Staatskommissariats erwächst auf dem Gebiet des Rückerstattungsgesetzes und des Entschädigungsgesetzes eine Fülle verantwortlicher Arbeit.

Ein besonderes Wort verdient auch die umfassende wichtige Arbeit einiger weiterer zentraler Behörden der inneren Verwaltung.

Ich möchte hier, in erster Linie auf eine Einrichtung hinweisen, die in ihrer Art in Deutschland und wohl auch in Europa einzigartig ist. Es ist dies die Bayerische Versicherungskammer, die als zentrale Staatsbehörde eine große Reihe von Versicherungs- und Versorgungsanstalten verwaltet, die sämtliche Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Das Vermögen der von der Bayerischen Versicherungskammer verwalteten Anstalten beträgt zusammen nahezu eine halbe Milliarde Mark, ihre jährlichen Beitragseinnahmen belaufen sich zusammen auf rund 50 Millionen Mark.

Von den durch die Versicherungskammer verwalteten Anstalten sieht die Bayerische Landesbrandversicherungsanstalt auf eine nahezu 200jährige Tradition zurück. Sie hat seit ihrem Bestehen weit über 200 000 Abgebrannten den Neubau ihrer Gebäude ermöglicht. Die Bayerische Landeshagelversicherungsanstalt wurde im Jahre 1884 als erste staatlich geleitete Hagelversicherungsanstalt der Welt gegründet und hat sich seit ihrem Bestehen als ein wirksamer Schutz der bayerischen Bauern gegen den Hagel erwiesen, der in Bayern stärker auftritt als in allen anderen Gebieten Deutschlands. Auch die Bayerische Landestierversicherungsanstalt und die Bayerische Tierseuchenkasse haben eine jahrzehntelange Tradition als treue Helfer der bayerischen Landwirtschaft.

(Staatsminister Dr. Unterkmüller)

Bei Bayerischen Beamtenkrankenkasse sind etwa 100 000 Ante, öffentliche Angestellte und Familienangehörige von solchen gegen Krankheit versichert.

Besondere Anstalten der Bayerischen Versicherungskammer stehen im engsten Zusammenhang mit dem bayerischen Kommunalwesen. Es sind dies der Bayerische Versicherungsverband, bei dem die meisten bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände gegen Haftpflicht-Unfall- und Kassenschäden versichert sind, der Bayerische Versorgungsverband, der die Versorgungsanstalten der Gemeinden und Gemeindeverbände gegenseitig ausgleicht, die Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden, die den Angestellten und Arbeitern der Gemeinden und Gemeindeverbände eine zusätzliche Altersversorgung sichert, und die Unfallfürsorgekasse der bayerischen Gemeinden, die bei Unfallschäden eingreift.

Auch die ganze Reihe von freien Berufen läßt durch die Bayerische Versicherungskammer ihre Alters- und Hinterbliebenerversorgung sichern. Es sind dies in Bayern die Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Dentisten und Lehramtslehrer, außerdem über Bayern hinaus in ganz Deutschland die Bühnenschaffenden und die Mitglieder der Kulturorchester.

Besonders erwähnt seien auch das Landesamt für Wasserbau und Gewächter, dem das ganze Eichwesen in Bayern anvertraut ist, ferner das Landesamt für Wasserbau und Gewächter, das die schwierige Aufgabe hat, die Versorgung unserer heute vielfach auf das stärkste überbelegte Stadt- und Landgemeinden mit dem lebenswichtigen Trink- und Nutzwasser sicherzustellen und die Landesstelle für Gewässerkunde, der die Reinhaltung der Gewässer und die gewässerkundliche Forschung obliegt.

Zum Schluß sei noch besonders hervorgehoben die Tätigkeit dieser Behörde, die allen Zweigen der Staatsverwaltung in gleichem Maße zugute kommt. Es ist dies das Statistische Landesamt, das die Aufgabe hat, der Staatsregierung jenes umfassende und zuverlässige Zahlenmaterial zu liefern, das sie für ihre gesetzgeberische Arbeit und für die Planung und Leitung der gesamten Verwaltungstätigkeit benötigt. Zahlreiche statistische Arbeiten, die früher beim Statistischen Reichsamt zentral in Berlin bearbeitet wurden, sind heute in die Hände der Länder übergegangen. Dies gilt insbesondere für das umfassende Gebiet der Wirtschaftsstatistik und für große Teile der Sozial- und Finanzstatistik. Das Statistische Landesamt hat dabei unter anderem die Aufgabe, alle Unterlagen für die Verhandlungen über die Verteilungsschlüssel für Lebensmittel, Kohle, Eisen, Konsumgüter usw. bereitzustellen, um der Staatsregierung im Kampf um die Lebensrechte des Landes die notwendigen Unterlagen in die Hand zu geben. So ist es z. B. in der Frage der Hausbrandversorgung auf Grund eines Gutachtens des Statistischen Landesamtes gelungen, die Bayern zugeordnete Brennstoffquote um 50 000 Tonnen Kohle zu erhöhen. Auch für die richtige Zuteilung der Lebensmittel an Bayern spielt die durch die Initiative des Statistischen Landesamtes erreichte Vereinigung der zonalen Verbraucherzahlen eine entscheidende Rolle. In all diesen Fällen ist es nötig, nicht nur die Zahlen für das Land Bayern als solches bereitzustellen, sondern darüber hinaus auch die von den übrigen Ländern vor-

gebrachten Zahlen in sachkundiger Weise zum Vergleich heranzuziehen und auszuwerten.

Männer und Frauen des bayerischen Landtags! Damit bin ich am Schluß meines Rechenschaftsberichtes angelangt. Ich bin mir klar darüber, daß die Arbeit der inneren Verwaltung vielfach nicht so brennend spürbar in das Leben des einzelnen Staatsbürgers eingreift, wie es etwa die Ernährungs- und die Wirtschaftspolitik durch ihre Entscheidungen heute tun müssen. Trotzdem glaube ich gezeigt zu haben, daß auch das Wirken der inneren Verwaltung, die man wohl ohne Übertreibung als das Gerüst der gesamten Staatsverwaltung bezeichnen darf, von ausschlaggebender Bedeutung für das Wohl unserer bodenständigen Bevölkerung und der Millionenzahl unserer Neubürger ist.

Ich weiß nur zu gut, daß viele Aufgaben noch weit von ihrer Lösung entfernt sind. Ich bitte aber zu bedenken, daß gerade die innere Verwaltung in ihrem Personalbestand, der in der Nazizeit dem Druck der Partei am stärksten ausgesetzt war, zwangsläufig auch durch die Denazifizierung am stärksten in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Diese Tatsache hat schon meinen Herrn Amtsvorgänger, Staatsminister Seifried, und mir, der ich ihm als Staatssekretär beigegeben war, bei unseren Bemühungen um den Wiederaufbau der inneren Verwaltung sehr zu schaffen gemacht. Die gleiche Tatsache lastete weiter schwer auch auf meiner bisherigen Amtszeit.

Ich werde mich unablässig weiter bemühen, geeignete Kräfte für die innere Verwaltung zu gewinnen. Denn eines ist klar: Ohne eine ausreichende Zahl von geschulten Mitarbeitern kann an die schweren Aufgaben, die vor uns liegen, auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg nicht herangegangen werden. Gestützt auf die treuen Mitarbeiter aller Stufen der inneren Verwaltung, die mir schon bisher zur Seite standen und die ich noch zu gewinnen hoffe, werde ich alles daran setzen, die manchmal fast überschweren Aufgaben, die uns gestellt sind, ihrer Lösung entgegenzuführen.

(Starker Beifall.)

I. Vizepräsident: Ich vertage damit die Sitzung auf heute Nachmittag 1/23 Uhr.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 14 Uhr 33 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Haggen Georg wieder aufgenommen.

I. Vizepräsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Laforet.

Dr. Laforet (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist mir die Aufgabe gesetzt, zu den allgemeinen Fragen des Staatsministeriums des Innern Stellung zu nehmen. Der Herr Staatsminister des Innern hat in seiner großangelegten Rede durchaus zutreffend auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, unter denen alle Verwaltungsbehörden der inneren Verwaltung heute ihre Befugnisse und Pflichten zu erfüllen haben. Sie sind jetzt nach dem Zusammenbruch vor Aufgaben gestellt, wie sie in der ganzen Geschichte der bayerischen Verwaltung niemals mit solchen Spannungen und solchen Schwierigkeiten gegeben waren. Und diese Aufgaben sind, wie der Herr Minister mit Recht dargelegt hat, zu erfüllen in einem Staatsgebiet, in dem

(Dr. Laforet [CSU])

rund 7 Millionen der früheren Bevölkerung mit über 2 Millionen Neubürgern zusammengedrückt sind. Das Ministerium des Innern steht vor wichtigsten Problemen: der Gestaltung der obersten Baubehörde in ihrer Zusammenfassung der gesamten Bauverwaltung nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses, wenn diesen Beschlüssen das Plenum beitrifft, dem Wiederaufbau der Verwaltung in ihren Stammbehörden trotz des Fehlens der Kräfte, dem Bau der Verwaltungsgerichte trotz außerordentlicher Schwierigkeiten in der Gewinnung vollwertiger Beamter, der Ausgestaltung der Gesundheitsbehörden, der Eingliederung der Sonderbehörden und dann vor allem der Gestaltung des Gemeinderichts und des Polizeirechts. Nicht nur die neuen Gemeindewahlgesetze, sondern die gesamte Gemeindeordnung, die Landkreisordnung (Bezirksordnung), die Kreisordnung (Bezirksverbandsordnung) sind Aufgaben von besonderer Dringlichkeit und, wenn das auch dem einzelnen unserer Mitbürger nicht so zum Bewußtsein kommt, von einschneidender Wirkung für die gesamte Bevölkerung. Für die Gemeindebeamten einschließlich der ehrenamtlichen Amtsträger müssen weiter die ergänzenden Bestimmungen zum Staatsbeamtengesetz und zur Dienststrafordnung gegeben werden.

Aufzubauen ist auf der Grundlage der Verfassung. Das Ministerium des Innern ist ja auch das Ministerium des Verfassungsrechts. So haben wir es lange Jahre empfunden und angenommen. Nun ist zuzugeben, daß die in der Zeit nach dem trostlosen Zusammenbruch, in einer Zeit der Staatsnot geschaffene neue Verfassung manche Lücken und Mängel hat, aber sie ist der erste feste Boden, den wir beim Bau des neuen demokratischen Staates gewonnen haben. Die Befehlsmacht ist an diese Bayerische Verfassung nicht gebunden. Sie verfügt, was sie zur Wahrung ihrer Ziele für geboten hält. Aber die Befehlsmacht hat unsere Verfassung genehmigt, und daraus ist doch zu folgern, daß der Staat Bayern auf der Grundlage seiner Verfassung in Gegenständen, die nach der Natur der Sache als rein innere Angelegenheiten anzusehen sind, die Regelung treffen kann, die seine verfassungsmäßigen Organe, vor allem der Landtag und die Staatsregierung, für notwendig und richtig halten.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Landtag und Staatsregierung werden gewiß von den Grundsätzen des demokratischen Denkens aus ihre Aufgaben erfüllen, aber sie dürfen doch das Vertrauen der Befehlsmacht annehmen, daß sie die Regelung in rein inneren Angelegenheiten nach den in Bayern gegebenen geschichtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen treffen können.

Ich kann es nur begrüßen, daß der Herr Staatsminister des Innern zu Beginn seiner Rede rückhaltlos sich zu dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung bekannt hat. Unser demokratischer Staat ist nicht wie das Nazistengebilde auf Gewalt aufgebaut, sondern auf dem Recht. Kein Verwaltungsakt darf einem Gesetze oder gar der Verfassung widersprechen und die Verwaltungsbehörde, einerlei wer sie sei, darf in Eigentum und Freiheit der Staatsbürger nur eingreifen, soweit ein Gesetz dazu die Grundlage gibt. Verlangt das Gemeinwohl einen Eingriff, hat aber das augenblickliche

Gesetz eine Lücke und gibt zum Eingriff keine Grundlage, so muß ein Gesetz erlassen werden. Mag die Schuld eines einzelnen Beamten oder Angestellten, der in außergewöhnlichen Verhältnissen gegen diese Grundsätze verstoßen hat, geringer sein, an den Grundsätzen kann das nichts ändern. Aber es sind oft genug, namentlich von den Sonderzweigen der Verwaltung, die in der Notzeit gebildet worden sind, auch ohne Not schwerste Rechtsverletzungen vorgekommen.

Es ist das Verdienst führender amerikanischer Männer, daß die Folgerung aus den Grundgedanken des bayerischen und deutschen Verwaltungsrechts über die Rechtmäßigkeit der Verwaltung und die Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auch auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts im neuen Verwaltungsgerichtsgesetz von 1946 niedergelegt werden konnte. Das Gebäude der Verwaltungsgerichtsbarkeit steht völlig neben dem Bau der Verwaltungsbehörden. Die Verwaltungsgerichte sind jeder Sachweisung der Staatsregierung entzogen, aber die Staatsministerien haben das bedeutsame Bindeglied zu den Verwaltungsgerichten in der Staatsanwaltschaft. Diese ist an die Weisung der Staatsregierung gebunden und durch die Staatsanwaltschaft können die Ministerien ihre Anschauung vor den Verwaltungsgerichten zum Ausdruck bringen. So wirkt sich, entsprechend der alten bayerischen Regelung, die Staatsanwaltschaft aus, in der Aufgabe mitzuwirken, daß sich das Recht durchsetze und das Gemeinwohl keinen Schaden erleide. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit erstreckt sich auf die gesamte Staatsverwaltung, nicht nur auf die Behörden der inneren Verwaltung, z. B. auch auf die Verwaltungsakte der Arbeitsämter. Das muß gegenüber den vielen Klagen über diese Behörden betont werden. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat vor kurzem in einer über eine Verfassungsbeschwerde ergangenen grundsätzlichen Entscheidung vom 17. Dezember 1947 auf diese Befugnisse der Verwaltungsgerichtsbarkeit gegenüber den Arbeitsämtern nachdrücklich hingewiesen.

Als Referent des Haushaltsausschusses hatte ich Sie auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hinzuweisen, die beim Bau der Verwaltungsgerichtsbarkeit bestehen. Es ist vor allem der Mangel an Kräften, es ist aber auch zum Teil die ganz besonders große Schwierigkeit in der Versorgung mit Räumen. Wie dies bei der weiten Erstreckung der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte zu erwarten war, hat sich eine ungeheure Geschäftslast ergeben. Gleichwohl dürfen wir hoffen, daß die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit ihr Ziel erreicht, wesentlich mit dazu beizutragen, daß trotz aller der Belastung, wie sie eine völlig zusammengebrochene Wirtschaft, wie sie alle Ernährungsnot und Wohnungsnot mit sich bringen, in unserem Volk wieder das Gefühl für das Recht entsteht und das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Verwaltung wiederkehrt.

Wenn wir allen Trägern der öffentlichen Gewalt die Verpflichtung zur Rechtmäßigkeit der Verwaltung einschärfen, so wollen wir aber ein wichtiges Anderes nicht außer acht lassen. Wer Träger der öffentlichen Gewalt ist, einerlei ob Beamter oder Angestellter, darf nicht nur das Gefühl haben, daß er öffentliche Gewalt ausübt, er muß getragen sein von dem Bewußtsein, daß er Dienst des Volkes leistet und daß der Dienst am Volk und für das Volk sein höchstes und letztes Ziel sein muß.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

(Dr. Laforet (CSU))

Der Herr Minister hat die Frage des Stufenbaus der inneren Verwaltung aufgerollt. Nach meiner Ansicht muß an dem Dreistufenbau Oberbürgermeister oder Landratsamt—Kreisregierungen—Staatsministerien festgehalten werden. Wie der Herr Minister durchaus zutreffend betont hat, muß bei der Vielgestaltigkeit der Aufgaben die Zuständigkeit an der Spitze in den verschiedenen Ministerien auseinandergehen. Die Ministerien müssen leiten und beaufsichtigen, die Kleinarbeit des Tages muß in den Mittelstufen erledigt werden, und zwar grundsätzlich abschließend. Ich widerrate entschieden, bei den Mittelstellen in den Regierungspräsidenten nur Staatskommissare zu belassen, wie man sie im Gegensatz zu den preußischen Regierungspräsidenten in den preußischen Oberpräsidenten sehen wollte. Wir brauchen eine völlig durchgebildete Mittelstufe mit Fachkräften aller Zweige, die alle Ministerien der Verwaltung zur Durchführung der Aufgaben zur Verfügung haben. Das war meiner Ansicht nach offensichtlich auch die Anschauung des Gesetzgebers der Verfassung, wenn dieser auch für die Staatsbehörden in Art. 77 Abs. 2 alle entbehrliche Zentralisation vermieden wissen will und in Art. 185 bestimmt hat, daß die alten Kreise (Regierungsbezirke) mit ihren Regierungssitzen ehestens wiederhergestellt, also ausgesprochene Mittelstufen erhalten werden.

Vielfach kommen heute Klufe nach territorialen Änderungen der Regierungsbezirke und Landkreise und nach sonstigen territorialen Veränderungen. So verständlich manche Klagen sind, ist nach meiner Ansicht keine Zeit für eine grundlegende Neugestaltung ungeeigneter als die jetzige Notzeit, von ganz besonderen Ausnahmen abgesehen. Wir haben uns in Bayern in langen Jahrzehnten mit den Fragen der sogenannten Staatsvereinfachung befaßt. Man wird nie vergessen dürfen, daß durch die Zusammenlegung und den Umbau von Behörden dem Staat eine Ersparnis im Aufwand entsteht, aber dadurch die Gesamtbelastung nicht geringer wird, weil dem einzelnen Staatsbürger, von dem wir doch ausgehen müssen, durch den Gang zur Behörde am entfernten Orte vermehrte Kosten entstehen und die Ersparnisse der Staatskasse weit überwogen werden durch den vergrößerten Aufwand des einzelnen Staatsbürgers.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Zu den Fragen der territorialen Veränderung gehört auch die Zusammenlegung der Gemeinden, die ja auch den Bayerischen Landtag in vielen Jahrzehnten beschäftigt hat. Wie der Herr Minister mitgeteilt hat, ist auf die Initiative der Militärregierung hin 1945 in einem Teil unseres Staatsgebiets eine weitgehende Zusammenlegung von Gemeinden zwangsweise erfolgt. Ich begrüße es, daß der Herr Minister eine durchgreifende Nachprüfung dieser Maßnahmen vorgenommen hat und, wie er heute früh hier mitgeteilt hat, von den rund 700 Gemeinden am 1. Januar 1948 nicht weniger als 311 Gemeinden ihre ursprüngliche Selbständigkeit wieder erlangt haben und am 1. April 1948 dazu weitere 200 kommen, so daß fünf Siebentel der Fehlgänge wieder gutgemacht sind. Auch eine kleinere Gemeinde kann durchaus lebensfähig sein. Es führt zur Tötung der Selbstverantwortung, wenn man nur aus organisatorischen Gründen heraus gegen

den Willen der Bevölkerung die natürlichen Zellen unseres Staatsbaues aufhebt.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Das gilt auch für die Fälle, in denen die Nazis in anderen Regierungsbezirken Zwangszusammenlegungen ohne innere Berechtigung gegen den Willen der Bevölkerung vorgenommen haben.

Ich begrüße weiter die Erklärung der Staatsregierung im Haushaltsausschuß, daß auch bei Eingemeindungen in größere Städte eine Zwangseingemeindung grundsätzlich gegen den Willen der aufzunehmenden Gemeinde nicht stattfindet. Es wird aber Aufgabe der neuen Gemeindeordnung sein, eine andere Frage, die in den letzten Jahrzehnten an verschiedenen Stellen brennend geworden ist, abschließend zu regeln. Es ist Vorsorge zu treffen, daß die Vereinbarungen, die vor der Vereinigung von Gemeinden getroffen worden sind, auch eingehalten und durchgeführt werden, wenn die aufzunehmende Gemeinde, weil untergegangen, naturgemäß kein Klagerrecht mehr besitzt.

Ich begrüße weiter die Eröffnung des Herrn Ministers über die Wiederherstellung der Kreisunmittelbarkeit der in Frage kommenden Städte. Der Landtag wird sich mit der von der Staatsregierung angekündigten Rechtsverordnung über die Einreihung der Städte in die Stadtkreise zu befassen haben. Die Fälle können nicht nach einer Richtschnur erledigt werden. Der enge Zusammenhalt zwischen Kleinstadt und dem umgebenden Landgebiet wird bei der Entscheidung eine besondere Rolle zu spielen haben. Es kann sein, daß bestimmte Lasten, wie die Straßenlast und die Fürsorgelast, zusammen von Kleinstadt und umliegenden Dörfern getragen werden müssen.

Ich begrüße es weiter, daß der Herr Minister sich schlechthin zu dem im Landtag wiederholt betonten Grundsatz der Einheit der inneren Verwaltung bekannt hat. Alle Angelegenheiten, mit Ausnahme jener des Außen, der Justiz, der Finanzen, der Eisenbahn und der Post, müssen in der unteren Stufe beim Oberbürgermeister oder Landrat, in der mittleren Stufe beim Regierungspräsidenten zusammenlaufen. Die Sonderbehörden sind einzugliedern und zu unterstellen. Das ist jetzt, wie wir gehört haben, hinsichtlich der Wirtschaftsämter und der Regierungswirtschaftsämter erfolgt. Es wird für die Flüchtlingsbehörden durchgeführt und es muß auch für die Straßenverkehrshauptämter und Straßenverkehrsämter geschehen.

Der Herr Minister hat in seinen Ausführungen seine Pläne dargelegt, die Landkreise anstelle der Landratsämter zur Unterstufe der Staatsverwaltung umzugestalten. Lassen Sie mich Ihnen kurz das Recht in Erinnerung bringen! Das jetzige Recht geht in der Verordnung über die Bezirksämter vom 21. Dezember 1908 davon aus, daß die innere Verwaltung, die nach der Sprache unserer Gesetze Bezirksverwaltung und Bezirkspolizei heißt, dem Bezirksamt, jetzt Landratsamt, zukommt. Entsprechend der Regelung in Art. 54 Abs. 2 der Gemeindeordnung von 1927 haben die bayerische Gleichverordnung zur Deutschen Gemeindeordnung von 1935 und dann der Art. 28 Abs. 2 der Gemeindeordnung von 1945 bestimmt, daß die Stadtkreise — die anderen kreisunmittelbaren Gemeinden lasse ich hier außer Betracht — für den Gemeindebezirk in den staatlichen Aufgaben, die ihnen zur Erfüllung nach Anweisung

(Dr. Laforet [CSU])

übertragen sind, die Zuständigkeit des Bezirksamts (Bezirksverwaltung und Bezirkspolizei) haben. Das ist die oft vergessene gesetzliche Grundlage, und von ihr muß die Neugestaltung unseres bayerischen Rechts über die Landkreise ausgehen. Nach den Plänen des Herrn Ministers sollen die untere Stufe der staatlichen Verwaltung die Stadtkreise — kreisunmittelbaren Städte — und die Landkreise sein. Beide sollen die Aufgaben der staatlichen Verwaltung als Gegenstand des übertragenen Wirkungsbereiches durch ihre verfassungsmäßigen Organe nach näherer Bestimmung der Gesetze durchführen. Damit wird eine völlige Änderung der Gestaltung der Landkreise herbeigeführt. Die Landkreise als Gemeindeverband werden den Stadtkreisen völlig gleichgestellt. Bedeutend ist, daß dann auch, wenn nichts Besonderes verfügt wird, der Landkreis die Staatsaufsicht über die mittelbaren Gemeinden zu führen hätte. Das deutsche Gemeinderecht hat es bisher im allgemeinen abgelehnt, die Staatsaufsicht über Gemeinden durch einen Gemeindeverband führen zu lassen, und es besteht kein rechtliches Hindernis, die Aufsicht über die mittelbaren Gemeinden nicht dem Landkreis, sondern dem Landrat zuzuwenden. Darüber wird später zu reden sein. Der Landtag wird sich ja mit dem Gegenstand noch eingehend zu befassen haben. Schon die bisherige Regelung bewegt sich in der Richtung auf diese Ziele. Die Landkreisordnung hat in Art. 11 bestimmt, daß der Landrat vom Kreistag gewählt wird. Das ist nicht entscheidend, es ist nur das Besondere gegeben, daß die Wahl durch den Kreistag den Landrat in die Aufgaben der staatlichen Bezirksverwaltung und Bezirkspolizei einführt. Der Landrat verbindet heute die Aufgaben der Staatsverwaltung mit den Aufgaben, die ihm die Landkreisordnung in den Angelegenheiten des Landkreises als Selbstverwaltungskörper zuweist (Der Landrat hat hier die Geschäfte des Landkreises nach den Beschlüssen des Kreistages und Kreis Ausschusses zu vollziehen). Das ist jedoch nicht das Entscheidende. Grundsätzlich bedeutsam ist dagegen der Vorschlag der Staatsregierung im Haushalt, es soll der Aufwand für die 146 Landräte mehr vom Staat, sondern von den Landkreisen getragen werden, wie man dies übrigens schon bisher auf Grund der völlig ungenügenden Regelung aus dem Art. 11 Abs. 4 der Landkreisordnung gefolgert hat, der dem Landkreis die Regelung des Dienstverhältnisses des Landrats durch Vertrag zuweist. Über diese Fragen wird entscheidend zu reden sein, wenn der grundlegende Entwurf der Bezirksordnung (Landkreisordnung) dem Landtag vorliegt. Man wird bedenken müssen, daß ein Gemeindeverband einer einzelnen Gemeinde nicht gleichsteht. Unter allen Umständen muß jedoch die Gefahr vermieden werden, daß die einheitliche Staatsgewalt zersplittert wird; denn in lebenswichtigen Dingen müssen die Landkreise wie auch die Stadtkreise die Gewähr geben, daß sich hier der Wille des Gesamtvolks durchsetzt. Auf der anderen Seite wird es sicherlich gelingen, auch in den Landkreisen aus der Bevölkerung die ehrenamtlichen Kräfte herauszuholen, die für die Verwaltung der wichtigen Aufgaben notwendig sind, wenn Kreistag und Kreis Ausschuß völlig an die Stelle und die Seite von Stadtrat (beschließendem Ausschuß — Senat) treten.

Nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses zum Antrag des Herrn Kollegen Dr. Hoegner wird vom Staatsministerium des Innern eine Denkschrift dem

Landtag vorgelegt werden, in der die Fragen der Neugestaltung, vor allem auch der Gemeindeverbände, behandelt werden. Wir werden dann Klarheit über die Anschauung der Staatsregierung haben, vor allem auch darüber, wie der Kreis der öffentlichen Aufgaben zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden verteilt wird. Erst wenn der Aufgabekreis des Landkreises wie der Aufgabekreis des höheren Kommunalverbands (Kreis-, Bezirksverbands) feststeht, wird eine sichere Grundlage gewonnen. Heute hat der Kreis-, Bezirksverband, nur eine wichtige Aufgabe: die der geschlossenen Fürsorge. Aber wollen Sie nicht vergessen, daß die bayerischen Kreise in ihrer Vergangenheit wichtigste sonstige Aufgaben gelöst haben! So ist das ganze reale Bildungswesen im wesentlichen durch die bayerischen Kreise geschaffen worden. Beim Entwurf der neuen Kreis- oder Bezirksverbandsordnung wird auch die Frage zu entscheiden sein, ob die Regierungspräsidenten vom Kreistag (Bezirksverbandstag) zu wählen sind oder ob ihnen zum mindesten ein Vorschlagsrecht gegeben werden soll.

Nach dem Entwurf des zur Zeit im Haushaltsausschuß zur Beratung stehenden Gemeindevahlgesetzes und Landkreiswahlgesetzes, wie nach den Ausführungen des Herrn Ministers von heute früh sollen die Bürger und Landräte nur ehrenamtlich sein. Ich hätte es lieber gesehen, wenn diese wichtige Frage der eingehenden Beratung bei der Gemeindeordnung und Landkreisordnung vorbehalten worden wäre. Es wird zu prüfen sein, ob die beiden, allerdings außerordentlich vordringlichen Wahlgesetze nicht verabschiedet werden können, ohne durch die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen diese Fragen vorab zu entscheiden. Es ist fraglich, ob es richtig ist, zu bestimmen, daß alle Bürgermeister und Landräte ehrenamtlich sein müssen. Hier gehen die Anschauungen auch innerhalb der politischen Parteien weit auseinander. Der Forderung des Ausschlusses der berufsmäßigen Bürgermeister und Landräte steht eine andere Auffassung gegenüber, die es den Gemeinden, den Städten und den Landkreisen überlassen will, ob sie den Bürgermeister oder Landrat berufsmäßig anstellen wollen oder nicht. Es müssen die schwersten Bedenken dagegen erhoben werden, das Recht anderer Staaten in unser Recht hereinzutragen ohne genaue Prüfung, ob dieses fremde Recht für uns nach unserer geschichtlichen Entwicklung, nach der Überzeugung unserer Bevölkerung und nach unserer wirtschaftlichen Lage paßt. Wir haben in Bayern jahrzehntlang die Rechts Einrichtung der berufsmäßigen Bürgermeister nach dem Ermessen der größeren Gemeinden gehabt und die Einrichtung hat sich doch sicherlich bewährt. Was ist denn das Entscheidende? Maßgebend muß das Ziel sein, die sachliche Arbeit in den Gemeinden auf das bestmögliche zu leisten. Den kleineren Gemeinden wird es wohl im Regelfalle möglich sein, eine geeignete Kraft ehrenamtlich für die gemeindlichen Aufgaben zu gewinnen. Aber in vielen größeren Gemeinden, vor allem in den Stadtkreisen, besteht die Überzeugung, daß das Ziel bestmöglicher Leistung von sachlicher Arbeit nur erreicht wird, wenn eine Persönlichkeit gewonnen wird, die ihre volle Kraft im Hauptberuf dafür einsetzt. Entschließt sich darnach eine Gemeinde, einen Bürgermeister berufsmäßig zu bestellen, so kommt die weitere Erwägung, daß der gewählte Bürgermeister seine volle Leistung nur dann erbringen kann, wenn er sich in seine Aufgaben eingearbeitet hat und wenn ihm eine genügend lange Betätigungszeit zur Ver-

(Dr. Laforet [CSU])

fügung stehen. So entsteht die Forderung einer längeren Wahlzeit der Bürgermeister, als deren Mindestmaß, wie man hört, eine Wahldauer von 6 Jahren zugestanden werden will. Gewiß entsteht dadurch die Möglichkeit, daß nach Ablauf der Wahlzeit des Gemeinderats, der den Bürgermeister gewählt hat, also nach vier Jahren, dem Bürgermeister ein Gemeinderat gegenübersteht, der in seiner Mehrheit andere Grundanschauungen hat. Aber diese Schwierigkeiten hatten wir auch im früheren bayerischen Gemeinderat und sie sind überwunden worden. Das frühere Recht hatte weiter sehr zweckmäßig die Möglichkeit einer Probezeit vorgesehen.

Wird, wie es in den Plänen der Staatsregierung nach Mitteilung des Herrn Ministers liegt, der Landkreis dem Stadtkreis gleichgestellt, so wird der Landrat für den Stadtkreis eine Stellung einnehmen, wie sie dem Bürgermeister für den Stadtkreis zukommt. Es ergibt sich darnach bei den Landräten die entscheidende Frage, ob der Landrat ehrenamtlich sein muß. Die gleichen Gründe, die für die Möglichkeit des berufsmäßigen Bürgermeisters geltend zu machen sind, sprechen auch dafür, dem Kreisrat freizustellen, auch den Landrat berufsmäßig zu bestellen.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Denkschrift auch über die Grundfragen des Gemeinderats sich aussprechen wird, und hier muß von den Grundfragen ausgegangen werden, deren Erwähnung und Festlegung ich in dieser Denkschrift zur Klarstellung erbitte. Wir brauchen eine klare Festlegung des Aufgabekreises der Gemeinde. Ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, klar auszusprechen, daß die Gemeinden das Recht und die Pflicht haben, alle Aufgaben zu erfüllen, die nach den örtlichen Verhältnissen notwendig sind, daß nicht nur einzelne Aufgaben aufgezählt werden, sondern daß ausgesprochen wird, daß die Gemeinde die Unbeschränktheit des Aufgabekreises besitzt. Ausgenommen sind die Aufgaben, die wie etwa die Aufgaben der Sozialversicherung von anderen Rechtspersonalitäten dem Gesetz gemäß erfüllt werden, oder die nach dem Gesetz von den höheren Gemeindeverbänden geleistet werden. Weiter betone ich, daß freiwillige Aufgabe alle Betätigung ist, die die Gemeinden für zweckmäßig halten, und die Grenzen der freiwilligen Aufgaben — das ergibt sich dann auch für die Gemeindeverbände — liegen allein in ihrer Leistungsfähigkeit, also in der Gesamtmenge der Einnahmemöglichkeiten an Steuern und Gebühren, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben erschließen können.

Der zweite entscheidende Grundsatz muß sein, daß alle Angelegenheiten einer Gemeinde Selbstverwaltungsangelegenheiten sind, die nicht ausdrücklich vom Staat als Gegenstand des übertragenen Aufgabekreises bezeichnet sind oder bei denen sich aus dem Gesetz ergibt, daß sie Gegenstand des übertragenen Aufgabekreises sind. Das weite Gebiet der Selbstverwaltungsangelegenheiten wird dann nur vom engen Kreis der Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches beschränkt und begrenzt. In allen Selbstverwaltungsangelegenheiten hat die Gemeinde allein das Verwaltungsessen. Der Staat steht der Gemeinde nur gegenüber in Rechtsaufsicht und Pflichtaufsicht. Als Staatsaufsichtsbehörden kommen allein die Behörden der inneren Verwaltung, zuletzt das Ministerium des Innern, in Betracht. Die Rechtsaufsicht ist beschränkt darauf, zu

überwachen, daß die Gemeinden sich in der Bahn des Rechts bewegen und die Pflichtaufsicht hat, zu überwachen und durchzusehen, daß die Gemeinde ihre gesetzlichen Pflichten erfüllt. Das Aufsichtsverfahren muß genau geregelt werden. Im neuen Verwaltungsgerichtsgesetz ist schon klar der Weg gegeben, den die Gemeinde durch die Anfechtungsklage einzuschlagen hat, wenn sie glaubt, daß die Aufsichtsbehörde ihr Selbstverwaltungsrecht verletzt hat, weil sie einen aufsichtlichen Beschluß erlassen hat, der dem Gesetz widerspricht oder der Gemeinde eine Last auferlegt, die gesetzlich nicht begründet ist. Den Weg des englischen Rechts dagegen, die Einhaltung des staatlichen Willens dadurch durchzusehen, daß die Gemeinde die für die Durchführung einer Aufgabe unerläßlichen Staatszuschüsse nur unter der Auflage erhält, die besonderen Anforderungen der Staatsregierung zu erfüllen, halte ich für eine Ausschöpfung der echten Selbstverwaltung. Solche Wege sind abzulehnen. Auf der anderen Seite kann ich es nur dankbar begrüßen, wenn der bayerische Staatsminister der Finanzen wie der Minister des Innern den Grundsatz des Selbstverwaltungsrechts voll anerkannt haben, daß nur derjenige Selbstverwaltungskörper wirklich das Recht der Selbstverwaltung besitzt, der nicht nur von staatlichen Zuschüssen lebt, sondern in eigener Verantwortung seinen Gemeindebürgern die Pflicht zur Entrichtung von Steuern und Gebühren auferlegt. Wir haben ja jetzt einen bedeutsamen Schritt in dieser Richtung im neuen Finanzausgleichsgesetz gesehen, in dem mit Wirkung vom 1. Januar 1948 den Gemeinden die Gewerbesteuer, wenn auch auf der Grundlage einer noch zu gebenden staatlichen Gesetzgebung, zur eigenen verantwortlichen Entscheidung und Verwaltung zurückgegeben wird. Ich sehe weiter im Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht nur einen Ausgleich zwischen überlasteten und weniger belasteten Körpern, nicht nur die Verteilung von Staatszuschüssen nach bestimmten Schlüsseln, sondern die Zuweisung von Abgabequellen und Abgabemacht zur selbstverantwortlichen Verwaltung. Wir sind zur Zeit in völlig falschen Bildern. Die ungeheure Not, die nach der Wiedergewinnung einer festen Währung kommen wird, wird aber die Beteiligten vor schwierigste Fragen stellen. Um so klarer werden die Grundgedanken einzuhalten sein, die ich Ihnen kurz berichtet habe. Das gilt insbesondere auch für die Aufgaben und Ausgaben der Fürsorge.

Nun ergänzend noch ein Letztes. Alle Gemeinderichte haben das Rechtsbild der Genehmigungspflicht. Bestimmte Rechtsakte bedürfen hienach der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde oder einer sonstigen staatlichen Behörde. Der leitende Gedanke für die Schaffung solcher Ausnahmen muß sein, daß entweder die Verbundenheit mit dem Staat eine solche Genehmigung notwendig macht — das Beispiel war früher die Verbundenheit von Staat und Gemeinde auf dem Anleihemarkt — oder daß es sich um wichtigste Rechtsakte handelt, bei denen der Staat durch seine Behörden mit der Verantwortung tragen will. Aber klar festzuhalten ist gegenüber Versuchen, die jetzt schon wieder kommen, daß eine Genehmigungspflicht ausdrücklich durch das Gesetz bestimmt sein muß, weiter daß die Genehmigungspflicht zwischen Großstadtgemeinden, mittleren Gemeinden und kleineren Gemeinden unterscheidet.

Es kommt manchem nicht zum Bewußtsein, daß die Gestaltung einer Aufgabe als Selbstverwaltungsange-

Dr. Laforet (CSU)

legenheit auch dem Staatsbürger die Möglichkeit nimmt, einen Akt der gemeindlichen Selbstverwaltung nachprüfen zu lassen. Ist eine Angelegenheit Gegenstand des übertragenen Wirkungskreises, so gibt es eine Aufsichtsbeschwerde des Staatsbürgers an die höheren staatlichen Verwaltungsbehörden. Ist die Angelegenheit dagegen Gegenstand der Selbstverwaltung, so entscheidet das Organ des Selbstverwaltungskörpers nach seinem Verwaltungsermessen allein und endgültig. Es gibt keine Nachprüfung durch die Staatsbehörde, die auf Rechtsaufsicht und Pflichtaufsicht beschränkt ist. Das gilt auch dann, wenn der Verwaltungsakt einer Gemeinde offensichtlich völlig unzweckmäßig, völlig unrichtig ist. Eine Grenze besteht nur, wenn wirkliche Rechtsansprüche des Gemeindegürgers verletzt sein sollten, wenn also eine Rechtswidrigkeit vorliegt. Ich gebe zu, daß darin für die Allgemeinheit, insbesondere für den Staatsbürger eine Gefahr besteht. Aber die Gefahr kann erheblich gemindert werden, wenn der Gegenstand des übertragenen Wirkungskreises, zum Beispiel der Wohnungsbau, die Wohnungsaufsicht, der Feuerchutz, das Volksschulwesen, das Berufsschulwesen, die heute in Art. 83 ausdrücklich als Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bestimmt sind, durch ein besonderes Gesetz geregelt wird. Denn, wenn ein besonderes Gesetz erlassen ist, ist die Gemeinde an die Einhaltung dieses Gesetzes gebunden und ist die Gefahr vermieden.

Es ist ein großes Stück von Vertrauen, das die Gesetzgebung erteilt, wenn sie den Selbstverwaltungskörpern die alleinige Entscheidung in allen Fragen des Verwaltungsermessens in Selbstverwaltungsangelegenheiten gibt. Fehler werden immer vorkommen. Aber unsere bayerischen Gemeinden haben, wie die Geschichte zeigt, dieses Vertrauen durchaus verdient und auf dieses Vertrauen muß auch die neue bayerische Gemeindeordnung aufgebaut werden. Auf der anderen Seite kann nicht genug betont werden, was einst der Schöpfer der deutschen Selbstverwaltung, Freiherr vom Stein, uns gelehrt hat und was seitdem kein anderer mit solcher Weite des Blicks und klarer Erfassung der Grundfragen gesagt hat: Die Heranziehung der geeigneten Kräfte aus dem Volk zur tätigen Arbeit und verantwortungsbewußten Entscheidung (nicht nur zur Beratung) in echten Selbstverwaltungskörpern ist das bedeutsamste und entscheidende Mittel, unser Volk zum staatsbürgerlichen Denken zu erziehen, und es ist meiner Überzeugung nach auch das entscheidende Mittel, unseren Staat in demokratischen Grundanschauungen aufzubauen.

(Beifall bei der CSU.)

(Im Zuhörerraum zeigen Bewohner der Kaltherberge Spruchbänder vor: „Gebt uns Arbeitern unsere Arbeiterfiedlung zurück.“ „Unsere Kinder hungern, wir brauchen unsere Gärten zur Ernährung.“)

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich folgendes erklären.

Vor kurzem hat der Landtag einstimmig den Beschluß gefaßt, die Militärregierung zu bitten, möglichst bald die beschlagnahmten Wohnungen in der Kaltherberge freizugeben. Ich habe vorhin mit dem Herrn Staatsminister darüber gesprochen. Die Staatsregierung wird bereits in der nächsten Woche die Militärregierung

dringendst bitten, diesem Beschluß des Landtags Folge zu leisten. Was der Landtag, was die Staatsregierung gerade in dieser Beziehung tun können, das wird geschehen. Wir wissen alle miteinander und haben das ja am eigenen Leibe gespürt, wie weh es tut, gerade in der jetzigen Zeit aus seiner Wohnung heraus zu müssen. Ich glaube, das Hohe Haus ist damit einverstanden, daß ich die Staatsregierung dringendst bitte, gerade diesen Beschluß des Landtags möglichst bald zur Ausführung zu bringen.

(Beifall.)

Ich möchte Sie aber dringendst bitten, diese Spruchbänder niederzulegen. Ich glaube, wir müssen dahin kommen, daß auch die Volksgenossen, die vielleicht jetzt schwer darunter zu leiden haben, das eine fest hinnehmen dürfen: Wir im Bayerischen Landtag tun alle miteinander alles, was wir in dieser Notlage tun können. Wollen Sie vor allem eines nicht vergessen: Wir sind alle miteinander nicht daran schuld, daß wir in diese furchtbaren Verhältnisse hineingekommen sind. Es ist doch das verderbliche Nazi-Regime gewesen, das uns diese furchtbaren Zustände gebracht hat. Wir können alle miteinander nichts dafür. Staatsregierung und Landtag sehen ihre höchste Pflicht darin, die Not dieser Tage zu meistern.

Ich frage Herrn Staatskommissar Auerbach, ob er zu meiner Äußerung dem Hohen Haus noch etwas hinzufügen möchte.

Staatskommissar Dr. Auerbach: Herr Präsident, Hohes Haus! Es ist notwendig, zum Problem der Kaltherberge im Hohen Haus einige Worte zu sagen. Es ist in der Tat so, daß in der Kaltherberge Menschen gewohnt haben, die mit der Partei nichts zu tun hatten, daß dort Menschen betroffen wurden, die aus ihren fargen Arbeitslöhnen diese Eigenheime erbaut haben. Aber die Frauen und Männer, die heute hier in stummer Weise demonstrieren, vergessen eines, nämlich, daß nicht die Menschen, die heute in der Kaltherberge wohnen, schuld sind. Denn sie sind Opfer des Nazi-Systems, die ihre Mütter und ihre Brüder und alles verloren haben in den Kaminen von Auschwitz usw. Auf der anderen Seite aber müssen wir unumwunden zugeben, daß, als im Jahre 1945 der weitaus größte Teil dieser Menschen aus Dachau kam, sie auf militärischen Befehl dort eingewiesen wurden, unter der Voraussetzung, daß in drei bis vier Monaten ihre Auswanderung beginnen könnte. Man hatte ihnen versprochen, daß sie auswandern können. Aber die große Politik hat es nicht erlaubt. Drei Jahre sind nahezu vergangen und sie sind heute noch da. Wir können die Erbitterung jener Menschen verstehen, wenn sie auf der anderen Seite sehen, daß namhafte Nationalsozialisten heute noch in ihren Wohnungen sitzen, während diese armen Menschen nicht mehr drin sind.

Meine verehrten Damen und Herren, die Situation ist heute folgendermaßen: Die Militärregierung hat klar und eindeutig erklärt, daß die deutsche Verwaltung über die Centers der DPs nicht verfügen kann, daß nicht einmal die Militärregierung darüber verfügen dürfe, sondern nur das Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte in Frankfurt. Ich habe den Herren und Damen der Kaltherberge bereits erklärt, daß sowohl mein verehrter früherer Chef, Staatsminister Seifried, wie Herr Staatsminister Anfermüller alles getan haben, was zu tun ist, um hier schnellstens Abhilfe zu schaffen. Es besteht begründete Hoffnung, daß in wenigen Wochen mit der

(Staatskommissar Dr. Auerbach)

Auswanderung begonnen wird. Ich möchte Ihnen weiter sagen, daß augenblicklich eine neue Zählung in allen DP-Lagern erfolgt und daß dann eben die Möglichkeit gegeben ist, die Lager zusammenzulegen. Gerade die Landeshauptstadt München braucht diesen Raum dringend. Als verantwortlicher Staatskommissar für die Opfer des Faschismus fühle ich es als meine selbstverständliche Pflicht, auch für diejenigen mitzusorgen, die unschuldig durch das Nazi-System gelitten haben, wenn sie auch nicht direkt zu den Opfern des Faschismus gehören.

Ich verstehe es, daß Sie menschlich, seelisch und moralisch darunter leiden, ich möchte Sie aber dringend bitten, lassen Sie Ihren Ärger nicht an denen aus, die wirklich bemüht sind, Recht und Ordnung zu schaffen. Ich glaube, das ganze Haus hat ein Interesse daran, daß wir in München schnellstmöglich ordnungsgemäße Zustände bekommen. Wir können sie nur dann bekommen, wenn wir unseren Standpunkt vor der Militärregierung mit Würde und Energie vertreten und nicht unschuldige Opfer des Nationalsozialismus für das verantwortlich machen, wofür wir diejenigen verantwortlich machen sollen, die wirklich die Schuld dafür tragen.

I. Vizepräsident: Wir fahren in unserer Beratung fort.

Der Abgeordnete Seifried hat das Wort.

Seifried (SPD): Hohes Haus! Als ich seinerzeit auf den Posten des Ministers des Innern berufen wurde, waren zwei große Gedanken für meine Haltung und mein Handeln maßgebend. Der eine Gedanke war, daß jeder Mensch ohne Unterschied, der lebend aus diesem fürchterlichen völkermordenden Krieg hervorgegangen ist, die Aufgabe hat, sich restlos für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Der andere Gedanke war, daß wir eine vollkommene Abkehr von der bisherigen Auffassung über die verschiedenen staatspolitischen Probleme und Notwendigkeiten zu vollziehen haben. Wir müssen erkennen, daß nicht bloß eine geistige Erneuerung, sondern eine vollkommene Abkehr von den bisherigen Auffassungen vonnöten ist, um ein Deutschland zu schaffen, das wieder Anerkennung in der Welt findet, und um dadurch die Atmosphäre zu ermöglichen, die unter allen Umständen die Sicherheit in sich birgt, daß eine solche Katastrophe, wie sie uns heimgesucht hat, künftig nicht mehr möglich ist.

Wenn wir die Konstruktion der Verwaltung, wie sie sich heute darstellt, bejahen und anerkennen, so erkennen wir niemals den Geist an, der ehemals diese Verwaltung beherrscht hat. Wir wollen einen sozialen und demokratischen Geist in allen Amtsstuben. Das setzt allerdings voraus, daß Schlüsselstellungen in der Staatsverwaltung von echten Demokraten besetzt sind. Nun ist für mich die Grundlage der Demokratie die Toleranz, wie die freiwillige Unterordnung die Grundlage aller Ordnung ist.

Ich habe mich seinerzeit auf das lebhafteste bemüht, beim Aufbau des Innenministeriums nach jeder Richtung hin Toleranz zu üben und so durch eine vorbildliche Haltung allgemein eine ausgleichende Entwicklung zu fördern. Es scheint mir aber doch einigermaßen von Wichtigkeit zu sein, darauf hinzuweisen, daß bei der Schaffung des Ministeriums des Innern außer-

ordentliche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen sind. Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, daß damals das Verhältnis der deutschen Stellen zur Besatzungsmacht noch nicht so abgeklärt war, wie es heute der Fall ist. Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, daß damals gerade das Ministerium des Innern, das in erster Linie als die ehemalige Befehlsstelle des Gauleiters nur mit Mitgliedern der Nationalsozialistischen Partei besetzt war, personell an und für sich soviel wie nicht vorhanden gewesen ist. Zu einer Zeit, als wir bereits über eine halbe Million an Flüchtlingen, Evakuierten und vor den vormarschierenden Truppen sich in Bayern sammelnden Flüchtlingen hatten, war bei meinem Amtsantritt zur Bearbeitung dieser weiten, außerordentlich bedeutungsvollen Frage nur vorhanden ein Regierungsrat, eine Hilfskraft, eine Stenotypistin, ein kleines Zimmer und eine zerbrochene Schreibmaschine. Alle die großen Aufgaben, die sich aus der Verwaltung in normalen Zeiten ergeben, waren um ein Vielfaches gesteigert, weil draußen im Lande die Verwaltung als solche nicht mehr bestand. Die Militärregierung hat durch ihre Ortskommandanten und Gouverneure allüberall von sich aus Persönlichkeiten eingesetzt. Der Einsatz dieser Persönlichkeiten war natürlich nicht in erster Linie unter Beachtung ihrer fachlichen Eignung erfolgt, sondern für die Besatzungsmacht war es vielfach in erster Linie wichtig, daß die Eingesezten die englische Sprache beherrscht haben. Diese eingesetzten Persönlichkeiten hatten oft auch von sich aus das ehrliche Empfinden, daß sie diesen Aufgaben niemals gewachsen sein würden. Sie hatten das Empfinden, daß ihre Gastspielrolle keine allzu lange sein würde, und haben deshalb manchmal versucht, möglichst durch Ausnützung der verworrenen Verhältnisse für sich selbst ein gutes Geschäft zu machen. Infolgedessen war es eine meiner Hauptaufgaben, gleich von vornherein eine Abteilung zu schaffen, die in diese Dinge hineingeleuchtet hat und die auch die Korruptionsfälle und dergleichen mehr abzustellen hatte. Ich habe einen mir besonders geeignet erscheinenden Mann berufen, der als früherer Reichsrevisor des Zentralverbandes der Angestellten sich jahrzehntelang mit derartigen Aufgaben zu beschäftigen gehabt hat. Diese Abteilung hat dann mit allen Mitteln versucht, Ordnung und Sauberkeit in die Verwaltung zu bringen. Ich darf Sie daran erinnern, daß zu dieser Zeit nur mehr wenige höhere Beamte im Ministerium des Innern vorhanden gewesen sind und daß es deshalb außerordentlich schwierig war, die einzelnen wichtigen Abteilungen in der Leitung so zu besetzen, wie es für die Entwicklung der Sache notwendig erschien.

Ich stehe nun auf dem Standpunkt, die Kunst des Ministers ist es in erster Linie, auf den richtigen Posten den richtigen Mann zu setzen.

(Dr. Linnert: Sehr richtig!)

Aber in Zeiten, in denen geradezu ein Wettlauf um die noch vorhandenen sogenannten nichtangebräunten Fachkräfte stattfindet, weil ja auch die großen Städte und alle Landesbehörden zur gleichen Zeit ihren Verwaltungsapparat neu aufzubauen hatten, ist es außerordentlich schwer, immer den richtigen Mann auf den richtigen Platz zu bringen. Es bedeutet oft den Verlust wertvoller Zeit, bis die Spitzenstellung einigermaßen richtig besetzt ist. Ich kann aber sagen, daß es mir, im großen und ganzen gesehen, gelungen ist, Leute zu finden, die sich auch später in der Ausübung der ihnen übertragenen verantwortungsvollen Wirkungskreise wirklich bewährt haben. Zugleich

(Seifried [SPD])

muß ich aber in diesem Zusammenhang noch auf etwas hinweisen. Wir mußten zu dieser Zeit mit sehr vielen Kräften arbeiten, die sich, durch die strenge Brille der fachlichen Eignung gesehen, nicht so ohne weiteres als voll einsatzfähig erweisen hätten, die aber, weil sie genügend gesunden Menschenverstand mitgebracht haben, uns wirklich geholfen haben, die schwere Staatskarosse über den damals so holprigen Knüppelweg zu bringen. Es ist meines Erachtens eine Ehrenpflicht, daß diese Kräfte, die damals mitgeholfen haben, jetzt, weil die Entnazifizierungsmaschinerie entsprechend in Gang gekommen ist, nicht einfach auf die Straße gesetzt werden.

(Sehr richtig!)

Wenn wir heute den Etat des Innenministeriums beraten, beraten wir den Haushaltsplan wohl des umfangreichsten und mit bedeutungsvollsten Ministeriums, dem die gesamte Verwaltung des Landes untersteht und das daher die direkteste Möglichkeit hat, eine möglichst reibungslose Sanierung der gegebenen Verhältnisse herbeizuführen und unserer schwachen jungen Demokratie zu einer guten Entwicklung zu verhelfen. Nach der zwölfjährigen Rechtlosigkeit der Naziherrschaft muß mit allen Mitteln die auf den Grundlagen der Verfassung beruhende Gesetzmäßigkeit zum Grundsatz in der Verwaltung erhoben und ausgebaut werden. Die Wieder- aufrichtung der Verwaltungsgerechtigkeitsbarkeit war hierfür ein bedeutungsvoller Schritt. Ich möchte in diesem Zusammenhang gleich auf meinen verehrten Herrn Vorredner eingehen: Die von ihm angeführte Verwaltungsgerichtsentscheidung gegenüber den Arbeits- ämtern scheint mir unter Hinweis auf den Art. 60 der Bayerischen Verfassung umstritten. Es ist mir aufgefallen, daß gerade wieder auf die Arbeitsämter abgehoben wird. Man stellt es in diesem hohem Hause gerne so dar, als ob die Arbeitsämter eine besondere Domäne irgendeiner politischen Partei oder Richtung wären.

Wir betrachten selbstverständlich die aus der Notzeit zur Lösung von Sonderaufgaben entstandenen Ämter als Übergangserscheinungen. Ich habe das schon dadurch bewiesen, daß ich seinerzeit die Lösung der Aufgaben für die rassistisch, religiös und politisch Verfolgten einem Staatskommissariat übertragen habe; ebenso war zur Erledigung der Anfangsaufgabe des Flüchtlingsproblems, solange es sich um die Einschleusung und derartige Fragen handelte, von mir ein Staatskommissariat eingesetzt. Diese Sonderämter haben die Gesetzmäßigkeit natürlich besonders zu beachten und ihre Gesamtaufgaben können zu gegebener Zeit in die allgemeine Verwaltungsstruktur übergeführt werden.

Wir Sozialdemokraten haben von jeher den Rechtsstaat bejaht und, wie ich schon unterstrichen habe, eine einheitliche, vereinfachte Verwaltungsstruktur in ihm, wobei wir der Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Interesse einer gesunden Entwicklung der Demokratie nicht nur weitesten Spielraum einräumen, sondern eben vom demokratischen Staatsentwicklungsgesichtspunkt eine weitere Ausgestaltung der Selbstverwaltung der Gemeinden wünschen. In der Geschichte der Völker hat sich gezeigt, daß die Länder, deren Gemeinden von altersher eine stark entwickelte Selbstverwaltung hatten, gegen jegliche Angriffe auf die

Demokratie von innen und außen gefestigt waren. Beispiele haben wir in der Schweiz, in den skandinavischen Ländern und dergleichen mehr. Heute schon muß die Struktur der Verwaltung des Landes darauf ausgerichtet werden, daß sich die Tätigkeit des Staates und der staatlichen Verwaltungen und Zentralbehörden mehr auf die Beaufsichtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Gemeindeverbände beschränkt.

Unser Sprecher im Ausschuß hat schon darauf hingewiesen, daß es uns zweckmäßig erschiene, im Rahmen einer gewissen Auflockerung der Staatsaufsicht die Großstädte verwaltungsmäßig aus dem Verband der Regierungsbezirke herauszunehmen. Die unter Ludwig I. geschaffene Einteilung der Regierungsbezirke werten wir als überholt; denn die Großstädte sind inzwischen Körperschaften geworden, die heute durch ihren umfangreichen, eingespielten Verwaltungsapparat sehr leicht in der Lage sind, die Verwaltungsaufgaben, die noch unter der Aufsicht des Regierungspräsidenten erfüllt werden, in Zukunft selbst zu erledigen, so daß die Aufsicht direkt vom Ministerium ausgehen könnte. Über die Form dieser Ministerialaufsicht ließe sich bei gutem Willen leicht eine Einigung erzielen. Bei dieser Gelegenheit könnte überprüft werden, welche Aufgaben, die bisher zentral in den Ministerien ihre Erledigung fanden, an die Gemeindeverwaltungen abgegeben werden könnten. Wir legen größten Wert darauf, zu unterstreichen, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Wahl der Bürgermeister künftig allgemein durch das Volk geschehen soll, so wie das heute schon in den Gemeinden unter 3000 Einwohnern zur Durchführung kommt.

Nun möchte ich etwas sehr Grundsätzliches sagen. Die Eingliederung der aus der Not der Zeit entstandenen Sonderbehörden hat nach meiner Auffassung mit Takt und in einer gewissen ruhigen Abwicklung zu erfolgen, weil diese Sonderbehörden vielfach heute noch Aufgaben erledigen, die noch nicht so ganz in die eigentlich bestehende Verwaltungsstruktur hineinpassen. Sie haben sogenannte Restaufgaben zu lösen. Es wäre nach meinem Empfinden ein großer Fehler, wenn bei der heutigen immer noch zu geringen Konsolidierung der Aufgaben und Rechtsbefugnisse auf den verschiedenen Ebenen überhastete Lösungen erfolgen würden. Denn dadurch könnten allzu leicht bei zahlenmäßig erheblichen Teilen der Bevölkerung, die heute auf Grund der Entwicklung der verschiedenen Wahlordnungen wahlberechtigt sind, aber noch keine Vertretung im Parlament, in den gemeindlichen und bezirklichen Körperschaften haben, die Überzeugung aufkommen, daß man durch Willkür- auslegungen der einschlägigen Bestimmungen der Verfassung eine Rechtsbeugung übt, um ihren berechtigten Interessen und Forderungen mit scheindemokratischen Mitteln die Erfüllung zu verweigern. Wie kein anderes Ministerium ist gerade das Ministerium des Innern in seinem Aufgabenbereich dazu bestimmt, unsere junge Demokratie im Sinne des demokratischen Rechtsstaatsgedankens zu fördern und den Ruf der Demokratie systematisch so zu verbessern, daß sich jeder aufgeschlossene Staatsbürger, gleichgültig ob Frau oder Mann, freudig zum demokratischen Staatsgedanken bekennt. Dies setzt allerdings voraus, daß eine überparteiliche Führung besteht, die ihre starke Einstellung gegen Nationalsozialismus und Militarismus nicht nur betont, sondern auch in ihren Handlungen eindeutig und klar unter

(Seifried [SPD])

Beweis stellt. Denn nur so können die antifaschistischen, demokratischen Kreise die Überzeugung gewinnen, daß den gegebenen demokratischen Notwendigkeiten entsprechend regiert wird. Ich erkläre es für falsch, wenn, wie dies heute bereits in einem beängstigenden Maße geschieht, die Schlüsselstellungen im Staate überwiegend mit ehemaligen Pj's besetzt werden und wenn der „Bundesbruder“ heute wieder allzusehr in Erscheinung tritt. Ich bin Anhänger des Rechtsstaatsgedankens und bejahe die Beschäftigung ehemaliger Pj's im Rahmen der gesellschaftlichen Möglichkeiten ohne weiteres; nur müssen nach meiner Auffassung die Schlüsselstellungen für solche Experimente ausscheiden. Meine diesbezüglichen Versuche haben mir bisher recht gegeben.

(Dr. Vinnert: Herr Präsident, lesen können wir doch alle; die Rede soll doch frei gehalten werden.)

Die ehemaligen Pj's und Mugnießer haben ihre Charakterstärke im Dritten Reich nicht bewiesen. Wenn wir bedenken, daß sich mit der wachsenden Entfernung von der Katastrophe durch die Vergesslichkeit der Menschen und bewußte Legendenbildung eine der wirklichen sozialen Demokratie abträgliche Atmosphäre entwickelt, verlangt die Personalpolitik unsere erhöhte Aufmerksamkeit. Es ist aber auch ein Fehler und beweist unsere demokratische Unreife, wenn die Personalpolitik oder gar auch die Verwaltung zu sehr durch die Parteilibelle gesehen gehandhabt wird. Es ist einfach ein unerträglicher Zustand, daß Kräfte, die sich während des Wiederaufbaus des demokratischen Staates bewährt haben, als die ehemaligen Pj's von jeglicher Mitarbeit in Angestellten- und Beamtengruppen ausgeschlossen waren, heute ohne jede wirkliche Veranlassung solchen ehemaligen Pj's und Mugnießern unterstellt werden oder gar zugunsten ehemaliger Pj's ihre Entlassung erhalten, besonders aber dann, wenn die ehemaligen Pj's der CSU und der als Pionier des Staatsaufbaus tätig Gewesene einer anderen Partei angehören. Dieses System droht im ganzen Lande Anwendung zu finden nach dem alten Grundsatz: Schlechte Beispiele verderben gute Sitten.

(Sehr gut! — Dr. Hundhammer: Wer hat denn das gegeben?)

Die Folge davon ist eine tiefgreifende Verstimmung aller Kreise, die den Nationalsozialismus unter Hinopfern von Gut und Blut bekämpft haben, bis weit hinein in jene Bevölkerungsschichten, die angesichts des Trümmersfelds und der mageren Ernährung erst später das Verbrecherische des Dritten Reiches zu erkennen vermochten. Die Ursache solcher Verhältnisse ist mangelnde Toleranz. Welches Unheil mangelnde Toleranz erzeugt, haben wir zur Genüge an uns selbst erprobt. Ich glaube, daß wir uns gegenwärtig schon so etwas wie im Schatten der tönernen Füße einer gewissen Überheblichkeit bewegen. Wir erleben heute eine gesteigerte Unduldsamkeit. Die Schwester der Unduldsamkeit ist aber bekanntlich die Überheblichkeit.

Ich habe hier die letzte Nummer der „Münchener Post“. In dieser letzten Nummer der „Münchener Post“ kann ich beispielsweise einen Auszug aus der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ lesen, aus einer Zeit, als Hitler bereits die Macht ergriffen hatte. Da heißt es im Schlußsatz:

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ sucht in einer Wahlbetrachtung den Ursachen für das Emporschnellen der nationalistischen Stimmen beizukommen und gelangt dabei zu dem Schluß: Alles in allem, diese Wahl war eine Wahl der künstlichen Verwirrung und Aufpeitschung, aber keine Wahl der ruhigen Überlegung, obwohl es um eine Entscheidung von kaum dagewesener Bedeutung ging.

Sehr zutreffend schreibt der Artikel von einem maßlos übertriebenen Margistensput. Der Bolschewistenfurcht hat noch alle Zeit seine Wirkung auf die Spießerseelen nicht verfehlt. Über diese Teilursache des nationalsozialistischen Wählerfolges schreibt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“:

Nehmen wir nur die angeblichen fürchterlichen Funde im Karl Liebknecht-Haus. Sie sind zu einer respektablen Blamage für die nationalsozialistische Agitation geworden. Mit Pauken und Trompeten hat man die Spießer aufgeschreckt.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob wir uns so langsam im Kreise drehen würden. Es beginnt jetzt schon wieder eine ähnliche Atmosphäre, wenn auch zaghaft, aber doch deutlich erkennbar, knospenhaft anzusehen, in Erscheinung zu treten. Wir sehen auf der einen Seite, wie man immer wieder erklären will, daß alle diejenigen, die sich mit dem Sozialismus verbunden fühlen, automatisch einer Entwicklung Vorschub leisten, die zur autoritären Staatsführung hinneigt oder führen muß. Wir sehen auf der anderen Seite, daß man erklärt, es muß eine Synthese zwischen Christentum und Sozialismus gefunden werden, obwohl wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt stehen, daß Sozialismus wirkliches Christentum im tiefsten Sinne darstellt. Und wenn wir sehen, wie besonders herausgestellt wird, daß die Verbeamtungen im Arbeitsministerium und bei den Arbeitsämtern als eine spezifisch reine Parteitakt apostrophiert werden, dann muß ich schon sagen, es ist hier eine vollständig falsche Einstellung, oder man versucht bewußt, eine Atmosphäre zu schaffen, die uns automatisch wiederum in diese Situation bringen könnte, aus der wir gekommen sind.

(Sehr gut!)

Wir müssen unbedingt dafür sorgen, daß auch bei den politischen Auseinandersetzungen klare Linien gezeigt werden und nicht durch sogenannte Scheingefechte eine gewisse Vernebelung Platz greift. Wir sehen heute schon sehr deutlich: Die revolutionären Auswirkungen, die Folgen des verlorenen Krieges sind bei uns in keiner Weise in Erscheinung getreten. Es wird heute schon versucht, eben durch eine Vernebelung der verschiedenen Verhältnisse, die ja auch den Herrn Staatskommissar Auerbach vor wenigen Minuten hier auf diesen Platz gerufen haben, die Dinge langsam zu verdrehen, die Ursachen anders darzustellen. Es wird eine Atmosphäre der Selbstbemitleidung geschaffen. Durch diese Atmosphäre der Selbstbemitleidung und durch Legendenbildung kommen die politisch nicht besonders Geschulten langsam zu den Gedankengängen, es seien ganz andere an dem heutigen Zustand schuld als die Unbeter und Anhänger des Dritten Reiches. Diese Atmosphäre muß grundsätzlich bekämpft werden. Sie darf auch nicht in der Staatsverwaltung Eingang finden. Sie darf nicht irgendwo eine, sagen wir einmal,

(Seifried (SPD))

Repräsentanz haben, etwa dadurch, daß man, wie ich schon angedeutet habe, in der Personalpolitik allzu wenig die wirklichen antifaschistischen, kämpferisch eingestellten Kreise berücksichtigt.

(Dr. Stang: Na! — Donsberger: Die haben doch alle die Mitteilung der Militärregierung, daß sie entlassen worden sind.)

Vielleicht darf ich noch etwas sagen, was mir sehr bedeutungsvoll erscheint. Ich habe aus einer sehr netten Schrift meines Parteigenossen Dr. Hoegner eine Zusammenstellung gefunden, in der auch eine Festlegung von James Bryce gebracht wird. Dieser hat in seinem grundlegenden Werk über moderne Demokratie zur Bedeutung der **g e m e i n d l i c h e n S e l b s t v e r w a l t u n g** folgendes gesagt:

Die örtlichen Selbstverwaltungseinrichtungen schulen die Menschen nicht nur zur Arbeit für andere, sondern auch mit anderen, entwickeln das Gemeinschaftsgefühl, Vernunft, Urteil und Solidarität. Wer sich mit anderen zusammensuchen muß, lernt die Notwendigkeit von Konzessionen und Kompromissen. Er lernt Wissen um Takt in öffentlichen Angelegenheiten und Beurteilung der Menschen mehr nach ihrer Leistung als nach ihren Versprechungen. Selbstverwaltung ist die beste Schule der Demokratie und die beste Garantie für ihren Erfolg.

Deshalb wollen wir Sozialdemokraten unter allen Umständen eine weitestgehende Förderung dieser Selbstverwaltung.

Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, auf die einzelnen Teile des Stats und die einzelnen Ressorts des Innenministeriums im besonderen einzugehen. Ich möchte nur im Rahmen der Besprechung der Selbstverwaltung nachdrücklichst darauf hinweisen, wie sehr es uns darauf ankommt, daß auch die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bezug auf die Finanzgebarung unter allen Umständen verbessert wird. Ein sichtbarer Luftstich ist ja jetzt schon durch die Gewerbesteuerübertragung ab 1. April an die Gemeinden gegeben. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch fordern, daß bei der künftigen großen Finanzreform den **S p a r k a s s e n** bzw. der **G i r o z e n t r a l e** ebenfalls das **P f a n d b r i e f r e c h t** eingeräumt wird.

Wir wünschen fernerhin, daß in Bezug auf die Sicherheit des Landes durch einen entsprechenden Ausbau und eine entsprechende materielle Verbesserung der dort tätigen Beamten, die wirklich in größter Selbstaufopferung den Schwarzen Markt und das Verbrechertum zu bekämpfen haben, weitestgehendes Entgegenkommen und Verständnis gezeigt wird.

Ich möchte aber auch den Herrn Minister einmal ersuchen, bei der Militärregierung zart vorzufühlen, ob nicht doch Personen, Bürgern, die als absolut einwandfrei gelten, eine kleine Waffe zum persönlichen Selbstschutz zur Verfügung gestellt werden könnte. Ich glaube, wenn es möglich wäre, nach dieser Richtung hin eine gewisse Auflockerung zu erreichen, würde die daraus sich entwickelnde Atmosphäre der möglichen Selbstverteidigung die Verbrecher auch schon etwas mehr im Zaume halten.

Weiterhin wünschen wir auch die Rückgabe der Kulturgüter, die in den großen Zentralen, besonders in München zusammengezogen sind, an die Heimaterorte, selbstverständlich unter Wahrung des Staatseigentums. Nach meinem Dafürhalten würde auch ein breiteres Verständnis im ganzen Lande für die Aufgaben des Staates geweckt werden und es würde sich eine verständnisvollere Hinneigung zur Zentralbehörde ergeben, wenn wir bei den oftmals durch die Nazisten übertrieben durchgeführten Zentralisierungen wieder eine gewisse Auflockerung Platz greifen lassen würden. Es gibt eine Reihe von Orten, denen einfach auf Grund der nazistischen Herrschaftsmethode kleine Behörden usw. weggenommen wurden und die deshalb an Bedeutung eingebüßt haben. Sie glauben gar nicht, wie wichtig es ist, solche Behördenverlegungen wieder rückgängig zu machen. Es ist genau so wichtig wie die Auflösung zusammengelegter Gemeinden. Zusammenlegungen, die mehr oder weniger als eine Art Zwang empfunden werden, sind ungesund. Infolgedessen ist es zweckmäßig, diese ungesund zusammengelegten zu beseitigen.

Im großen und ganzen möchte ich auch davor warnen, letzten Endes allgemein den Glauben zu entwickeln, es könnten nur ganz besondere, auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltungschemie geprüfte Personen sich zugunsten der Allgemeinheit wirkungsvoll betätigen, indem man immer wieder die Verwaltungsjuristerei und die Bürokratie mit einem besonders geheimnisvollen Glanz ausstattet. Man soll das nicht übersteigern. Man soll entsprechend den Richtlinien der Militärregierung in Bezug auf das Personalamt verfahren; denn sonst entwickelt sich allzu leicht die Gefahr, daß der gesunde Menschenverstand in der Verwaltung zu sehr „verwaltet“ wird.

Wir haben, um zum Schluß zu kommen, schon einmal eine Demokratie verspielt, weil wir viel zu wenig aufmerksam die Entwicklung im allgemeinen beobachtet haben: Die Weimarer Demokratie ist, wie man allgemein sagt, daran zugrunde gegangen, daß sie keine Demokraten um sich hatte. Wenn wir heute die Demokratie nur als ein Instrument betrachten, um langsam, aber sicher wieder in die alten Fehler zurückzufallen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß eine solche Entwicklung von den wirklich demokratischen Teilen der Bevölkerung mißverstanden wird. Dann besteht allzu leicht die Gefahr, daß auch diese neue Demokratie, die sich gegenwärtig entwickelt und die lebendig gestaltet werden soll, außerordentlichen Schaden leidet.

(Beifall bei der SPD.)

I. **Vizepräsident:** Als nächster Redner folgt der Herr Abgeordnete **B e z o l d**.

Bezold-Otto (SPD): Die große Rede des Herrn Staatsministers des Innern von heute morgen hat tatsächlich gezeigt, daß das Staatsministerium des Innern, daß seine Verwaltung das Dach über allem ist, was der Staatsbürger an menschlichem Wohlstand und an menschlicher Gesinnung sein eigen nennt. Sie hat gezeigt, daß das Ministerium des Innern für sich in Anspruch nehmen kann, sozusagen der Vater des Staates zu sein. Das muß aber auch eine Entwicklung zur Folge haben, wie sie in einer gesunden natürlichen Familie vor sich gehen soll. Da ist es wünschenswert, daß

(Bezold Otto [FDP])

die einzelnen Familienmitglieder, daß die Kinder allmählich heranreifen und zum Sinn und Verstand des Vaters kommen und endlich dahin gelangen, daß sie aus seiner Fürsorge, seiner geistigen Betreuung entlassen werden können.

Das ist meiner Meinung nach die Brennpunktfrage für die Entwicklung der modernen Demokratie überhaupt: Wird es gelingen und auf welche Weise kann es gelingen, den Untertan zu einem Staatsbürger, zu einem verantwortungsbewußten Mitarbeiter an den Dingen und Zielen des Staates zu erziehen und zu gewinnen? Von diesem Standpunkt aus muß alles gesehen werden, was mit der inneren Verwaltung zusammenhängt. Wie uns scheint, muß es die Hauptaufgabe bei der zukünftigen Konstruktion dieser inneren Verwaltung sein, zu erreichen, daß endlich jeder einzelne Interesse an den Aufgaben des Staates, an den Aufgaben der gemeindlichen und zwischengemeindlichen Organisationen hat, daß er bereit und willig ist, mitzuarbeiten, und daß es erreicht wird, schließlich das gesamte Muß und die gesamte Arbeit des Landes auf die breitesten Schultern zu legen.

Von diesem Standpunkt aus ist zunächst die Frage zu würdigen: Wie soll in Zukunft der Verwaltungsapparat des Staates überhaupt aussehen? Wie Sie vom ersten Redner des heutigen Nachmittags gehört haben, kann man selbstverständlich in diesen Dingen der verschiedensten Meinung sein. Man kann, glaube ich, sofern man an eine Demokratie glaubt, nur einer Meinung sein, nämlich der: Es muß gelingen, jeden einzelnen zur Mitarbeit heranzuziehen. Das wird nur gelingen, wenn eine Entwicklung überwunden wird, die in der geschichtlichen Entwicklung des Staatsaufbaus liegt; nämlich die Entwicklung, daß von oben her die Geschicke des Staates geleitet werden und daß ein gewisses autoritäres System im Sinne des Staatsapparats, vor allem im Sinne des Staatsbeamtentums und der Staatsministerien liegt. Es ist schon so: Es liegt tatsächlich ein Widerspruch zwischen der Auffassung der Verwaltung im eigentlichen Sinne und zwischen der Auffassung, daß sich das Volk auf breiter Grundlage selbst verwaltet und selbst die Aufgaben der Verwaltung trägt. Es ist aber richtig und bewiesen, worauf mein Vorredner hingewiesen hat: Nur bei den Völkern, in denen es erreicht wurde, dieses Interesse des einzelnen Staatsbürgers, des einzelnen Staatsangehörigen so zu wecken, daß er bereit war, an allen Aufgaben teilzunehmen, und jede einzelne Aufgabe in seinem Rahmen als seine Lebensaufgabe und seinen Lebenszweck bejaht hat, vermochte sich Demokratie zu entwickeln und in allen Kämpfen der Geschichte zu erhalten.

So ist es unserer Meinung nach vor allem notwendig, den Aufbau der Verwaltung von unten her in Angriff zu nehmen und den Gemeinden als den untersten Trägern der Verwaltung so viel Rechte als nur irgend möglich zu geben.

(Sehr richtig!)

Nur in der Gemeinde wird der einzelne Gemeindeangehörige das enge Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Aufgaben haben, das Gefühl, es handelt sich um seine eigenen Aufgaben, die von ihm selbst erledigt werden können. Nur in der Gemeinde, im engsten

Wirkungskreis, wird sich jener demokratische Sinn heranerziehen lassen, der gewährleistet, daß er bis zu den letzten Verwaltungsorganismen hinaufschlägt. So sind wir der Auffassung, die Gemeinde soll jede Aufgabe als eigensten Wirkungskreis übertragen bekommen, die ihr nur irgendwie übertragen werden kann. Daraus ergibt sich selbstverständlich, daß sie nicht als Bettler diesen Aufgaben gegenüberstehen darf, daß ihr auch eine gewisse Finanzhoheit zugewilligt werden muß, mit deren Hilfe sie ihren Aufgaben gerecht werden und die Probleme lösen kann, die sie als ihre eigensten Probleme erkennen wird.

Aus dieser Einrichtung der untersten Stufe ergibt sich meines Erachtens von selbst die Notwendigkeit, den Bürgermeister der Gemeinde durch Wahl zu bestellen. Nur dann besteht die Möglichkeit, das Interesse des einzelnen Gemeindebürgers an den Aufgaben der Gemeinde zu wecken, wenn er die Spitze der Gemeinde auch durch seinen Willen zu bestimmen vermag.

Wir gehen aber noch weiter: Ich kann nicht einsehen, wieso es notwendig sein sollte, den Regierungspräsidenten aus diesem gewünschten Zusammenhang, aus diesem Aufgabenkreis herauszunehmen und ihn mehr oder weniger an die höchste Stelle zu binden und zwischen ihm und dem Ministerium einen ununterbrochenen Konnex vorherrschen zu lassen. Am allerwenigsten wollen wir einsehen, daß der Regierungspräsident etwa als eine Art Staatskommissar fungieren soll. Abgesehen davon, daß für uns das Wort Kommissar einen unangenehmen Geschmack hat, ist es nach meiner Ansicht auch durchaus möglich, in der Mittelinstanz jene Grundsätze der Selbstverwaltung und der Selbsterledigung der dort größeren Aufgaben einem größeren, aber ebenso interessierten Personenkreis zu überlassen. Ich glaube, es bedeutet nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man die Grundsätze der untersten Verwaltungsinstantz auch auf die Mittelinstanz anwendet. Es ist im Gegenteil ganz unmöglich, diese Grundsätze auf der untersten Stufe wahrzumachen, wenn ihnen auf der nächst höheren Stufe bereits eine andere Verwaltungsorganisation, eine kalte, dem Ministerium angegliederte Verwaltungsorganisation entgegensteht. Das Ministerium soll nur die Aufgabe haben, die Staatsaufsicht und die Gesetzesaufsicht über die Organe der Selbstverwaltung zu haben. Es soll genau so, wie der Vater seine erwachsenen Söhne berät, nur in beratendem und mahnendem Sinne auf diese Organisationen einwirken können. Es soll alles, was an Aufgaben den Verwaltungskörpern übergeben werden kann, abgeben und das Vertrauen haben, daß diese Aufgaben von diesen Verwaltungskörpern erledigt werden. So, glauben wir, ist es auch in der Mittelstufe nicht nur möglich, sondern notwendig, daß der Präsident, die Spitze dieser Mittelstufe, nicht gesetzt, sondern gewählt wird, und daß die Bevölkerung, daß der Staatsbürger dieses Bezirks auch hier darauf einwirken kann, wen er als Spitze der Verwaltungstätigkeit zu sehen wünscht und mit wem er zusammenarbeiten will.

Für das Ministerium bleibt dann, wie gesagt, die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der erste Grundsatz der Verwaltung im weiteren Sinne gewahrt bleibt, der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, mit allen ihren Folgen, zunächst einmal mit der Folge, daß jeder Staatsbürger den gleichen Gesetzen und den gleichen Maßnahmen unterworfen ist und daß er

(Bezold Otto [FDP])

mit gleichem Maß gemessen und gewogen wird, zum anderen, daß grundsätzlich an die entsprechende Stelle ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit oder irgendwelche persönliche Beziehungen der entsprechende Mann gestellt wird, schließlich, daß das Ministerium von sich aus die Möglichkeit und die Pflicht hat, darüber zu wachen, daß die Dinge der Verwaltung in den unteren Instanzen, in den Selbstverwaltungskörpern nach den zutreffenden Gesetzen geregelt werden und vor sich gehen.

Meine Damen und Herren! Nur, wenn wir einen derartigen Aufbau des Staates erreichen, wird es uns meines Erachtens gelingen, das Große zu vollbringen, aus dem Staatsuntertanen, deren Staatsgefühl dem deutschen und dem bayerischen Menschen heute noch in den Knochen steckt, den Staatsbürger zu machen, den wir brauchen, um eine wahre Demokratie zu werden.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Es ist nicht verwunderlich und es wird immer mit Recht darauf hingewiesen: Kein Volk kann über den Schatten seiner Geschichte springen. Das kann auch das deutsche und bayerische Volk nicht. Es versteht sich also von selbst und ist zu entschuldigen, daß hergebrachte Lebensgefühle, daß hergebrachte politische Gefühle heute noch im deutschen Menschen beheimatet sind, daß er nur zu geneigt ist, an Stelle demokratischer Selbstverantwortung das Gefühl des Gehorsams sprechen zu lassen und aus diesem Gefühl des Gehorsams heraus Aufgaben, die ihm obliegen müßten, einer beamteten Stelle weiterzugeben, unter deren Entscheidungen er sich gerne beugt. Es ist sicher, daß mit dieser Art von Lebensgefühl niemals eine wahre Demokratie aufgebaut werden kann. Nach meiner Ansicht ist die erste Aufgabe der Verwaltung und wird die erste Aufgabe der künftigen Gesetze sein, die sich mit diesen Dingen zu befassen haben werden, dafür zu sorgen, daß dieses Gefühl der Selbstverantwortung im deutschen Menschen, im bayerischen Menschen wach wird und daß mit ihm zugleich der Wille geweckt wird, an den Dingen des Staates in einer Weise mitzuarbeiten und diese Dinge des Staates nicht als fremde, sondern als eigene Dinge zu sehen, wie das in anderen wahren demokratischen Staaten der Fall ist.

Es ist ganz klar: Diese Ziele können nur für einen gesunden Staat, nur für den Staatsorganismus im gesunden Zustand gesehen, geplant und erreicht werden. Wenn die Rede des Herrn Ministers heute Vormittag sich weitgehend mit den Dingen der Polizei beschäftigen mußte und beschäftigt hat, so hat sie sich damit ja schon auf ein Gebiet begeben, das, staatspolitisch gesprochen, den kranken Staatskörper betrifft. Wir wissen alle und es kann nicht anders sein, daß diese Erkrankung des Staatskörpers nach dem ungeheuren Schock, den der bayerische Staat die letzten zwölf Jahre hindurch erlitten hat, noch vorherrscht. Wir wissen, daß diese Erkrankung heute noch nicht von ihm genommen sein kann. So ist es Pflicht und Recht derjenigen, denen die Aufgabe obliegt, auch diese Erkrankung in einen Heilungsprozeß überzuleiten, sich zu fragen, wie dieser Prozeß vor sich gehen soll, welche Hilfsmittel dafür zur Verfügung stehen und welche Männer am Krankenbett dieses kranken Staatskörpers stehen sollen.

Wir haben mit Erschütterung gehört, daß eine Reihe von Männern in Pflichterfüllung, bei der Erfüllung einer

Aufgabe ihr Leben haben lassen müssen, die die dunkelsten Gebiete der Menschheit betrifft.

Wir haben gehört — und ich möchte auch hier fast sagen, mit Erschütterung —, daß die Männer, die an diesen Posten stehen, in keiner Weise dotiert werden, wie es der Gefahr und den Aufgaben dieser Posten entspricht.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Ich glaube, wir sind uns alle einig in dem Wunsche, daß die Bezahlung dieser Männer erhöht wird. Es bleibt dann immer noch genug Idealismus und Hingabe an die Aufgabe notwendig. Wir haben gehört, welche Schwierigkeiten der Verbrecherbekämpfung entgegenstehen, vor allem die Schwierigkeit, daß es bei uns im Lande möglich ist, daß strafrechtliche Reate, die auf deutschem Boden begangen werden, entgegen — ich darf wohl sagen — der Regelung des Völkerrechts an gewissen Personen nicht nach deutschem Gesetz bestraft werden können. Wenn wir schon die Anwesenheit breiter Schichten nichtdeutscher Menschen in Deutschland dulden müssen und dulden, dann müßte doch versucht werden, die Möglichkeit zu schaffen, daß sie deutschem Gesetz unterworfen sind und daß auch hier wieder der uralte Grundsatz des Strafrechts gelten kann, daß die Tat, gleichgültig von wem sie begangen wird, nur nach dem Gesetz des Begehungsortes bestraft wird.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Nur wenn es uns gelingt, diese Grundsätze auch im deutschen Staatsgebiet zur Anwendung zu bringen, kann es gelingen, eine Bekämpfung von Verbrechern durchzuführen, die Aussicht auf Erfolg hat. Denn es ist ganz selbstverständlich: Wenn der Verbrecher am Ort seiner Tat nicht oder nicht gebührend bestraft werden kann, dann hat er eigentlich ein ewiges Asyl, und nichts steht im Wege, daß er Verbrechen an Verbrechen reiht. Ich glaube aber, daß in dem Maße, als die Gesundung des Volkskörpers fortschreitet, in dem Maße, als der deutsche Mensch selbst seine Aufgabe immer stärker darin sieht, sich seine Gesetze nicht nur zu geben, sondern auch an der Bewahrung und an der Befolgung seiner Gesetze mitzuarbeiten, auch der kranke Körper allmählich zu einem Staatskörper werden wird. Nach meiner Meinung muß es gerade Aufgabe der Verwaltung sein, dieses Ziel zu erreichen und sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Wir haben es in den letzten Monaten erlebt, daß das, was die Kriminalistik eigentlich jahrzehntelang gelehrt hat, richtig ist, nämlich daß mit Strafgesetzen allein keine Besserung geschaffen werden kann, selbst dann nicht, wenn die Gerichte bereit und willens sind, die letzte und schärfste Konsequenz aus diesen Strafgesetzen zu ziehen. Es muß immer damit Hand in Hand gehen die Erziehung des Staatsbürgers, des im Staatsgebiet lebenden Menschen zu einer positiven Auffassung der Staatsaufgaben überhaupt. Nur in dem Maße, als es gelingt, diese Erziehung in immer weitere Kreise zu tragen, wird es gelingen, den Verbrecher und das Verbrechen, das ja im Grunde genommen die Verneinung des Staates und seiner Aufgaben als solchen darstellt, zurückzudämmen. Wir haben erlebt, daß auf dem Schwärzenmarkt, der heute angezogen wurde, die Art des Erlasses der Strafgesetze, die Art der Befolgung aus diesen Strafgesetzen nicht die Besserung hat bringen können, die wir uns eigentlich aus den Maßnahmen erwartet haben. Es mag sein, daß an vielen

(Bezold Otto [FDP])

Orten und in manchen Fällen eine Disharmonie in der Anwendung dieser Gesetze besteht, eine Disharmonie, die sich ganz einfach daraus ergibt, daß es sich hier um strafrechtliche Tatbestände handelt, die mehr oder minder in das Gebiet der Moral hinübergreifen, sei es auch auf das Gebiet der Staatsmoral und der Staatsauffassung, und dem Richter eigentlich fremd sind. Ich glaube aber, daß unser Standpunkt, den wir hier immer dargelegt haben, der richtige war: Es wird sich mit aller Schärfe und mit allen Gesetzen nicht erreichen lassen, die Dinge zu unterbinden, wenn es sich nicht erreichen läßt, die Dinge in ein moralisches Licht zu setzen, damit sie eben vom bewußten Staatsbürger nicht mehr getan oder tatsächlich verurteilt werden. Und von dem Standpunkt aus muß man wohl die Frage beantworten: Wie soll die Polizei, wie soll der Strafrichter den kleinen und den großen Verbrechen der Wirtschaft des Schwarzen Marktes gegenüberstehen? Wir sind uns alle darin einig, daß der Mann, der nicht nur, um sich zu versorgen, sondern um reich zu werden, rücksichtslos und unter Außerachtlassung jedes moralischen und staatlichen Rechts Delikte begeht, nicht scharf genug bestraft werden kann. Wir sind aber demgegenüber der Anschauung, daß bei kleinen Delikten und bei ihrer Verfolgung darüber Klarheit bestehen müßte — vom Ministerium hätten hier die entsprechenden Anweisungen an die Polizeibehörden zu ergehen —, in welchem Umfang sie verfolgt werden. Es geht, glaube ich, nicht an, daß die Polizei sich in dem einen Gebiet diesen Dingen gegenüber so und in dem anderen so einstellt.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Es geht weiter nicht an, daß Dinge vorkommen, die mit der Strafprozeßordnung und sogar mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind. Der Staatsbürger hat ein Recht darauf — und die Verwaltung hat insofern die Pflicht, die ihr unterstellten Organe zu der erforderlichen Auskunftserteilung anzuweisen —, zu wissen, was er darf oder nicht.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Er hat das Recht, zu wissen, wie weit der Schutz, der schon in den Paragraphen der Strafprozeßordnung und des Strafgesetzbuches zum Ausdruck kommt und den ihm weiter die Bestimmungen der Verfassung über Eigentum und Freiheit der Person gewähren, reicht; er hat das Recht, zu wissen, wie weit diese Bestimmungen durch notwendige Aktionen der Verwaltungsbehörde, ich will nicht sagen, außer Kraft gesetzt werden, aber ihnen noch Rechnung getragen wird. Sie alle wissen, daß in den verschiedensten Gegenden Bayerns bei kleinen Hamstereidelikten die verschiedensten Maßstäbe angewendet werden und daß dadurch nicht zugunsten der Behörde, die sich der Aufgabe unterziehen muß, eine Unklarheit und eine Unsicherheit im Volke entsteht, die nicht zuletzt auf die vollziehende Behörde fällt und ihr Vorwürfe einbringt.

Wenn heute morgen der Herr Minister von den L u g u s- und S c h l e m m e r s t ä t t e n gesprochen hat, die geschlossen worden sind und in Zukunft noch geschlossen werden, so muß wohl auch diese Frage unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Sie hat das eine Unangenehme, daß der Begriff des L u g u s und des S c h l e m m e n s durchaus nicht feststeht. Was dem einen

als S c h l e m m e n, als S c h l e m m e r s t ä t t e und als L u g u s erscheint, das erscheint dem andern als normales Leben.

(Zuruf: Na, na!)

Wenn z. B., wie ich höre, in gewissen Zeitungen der Ostzone das Münchner Restaurant Humplmayr als L u g u s- und S c h l e m m e r s t ä t t e bezeichnet wird, so sehen Sie schon, von welchen verschiedenen Standpunkten man hier ausgehen kann. Das Kriterium, ob jemand Marken abgibt oder nicht, kann natürlich bei weitem nicht dafür genügen, ob etwas L u g u s ist oder nicht. Man darf nicht außer acht lassen, daß, für n o r m a l e Z e i t e n und für den ganzen Staatskörper gesehen, der L u g u s ein gewisses m o t o r i s c h e s A g e n s ist, aus dem auch das eine oder andere Gute entstanden ist.

(Zuruf: In normalen Zeiten!)

— Das habe ich ja gesagt. Man darf aber wiederum nicht vergessen, daß es auch schon schwer ist, zu definieren, was franke und anormale Zeiten sind, und daß es doppelt schwer ist, zu definieren, was in diesen anormalen Zeiten derartige Gaststätten sind. Es ist, wie gesagt, bei solchen Dingen immer unangenehm, daß sie dem Ermessen des einzelnen überlassen werden müssen. Es wird heute niemand geben, der dem L u g u s und den L u g u s s t ä t t e n das Wort redet; aber wir müssen auch bedenken, daß es niemand gibt, der diese Dinge frei von jedem Ressentiment und nur von der Vernunft aus sieht. Ich glaube, sie sind nicht so wichtig, als sie heute genommen werden, und es ist falsch, sie zu einer Propaganda, zu einer, sagen wir, parteipolitischen Propaganda zu benützen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Es ist oft und oft gesagt worden, daß die D e m o k r a t i e die schwierigste R e g i e r u n g s f o r m ist, die es überhaupt gibt, und daß sie zugleich die s c h ö n s t e R e g i e r u n g s f o r m ist, die es gibt. Davon sind wir überzeugt. Hoffen wir, daß es gelingen wird, mit Hilfe der Gesetze, die in den künftigen Wochen geschaffen werden, und mit Hilfe des Verwaltungsministeriums, das insofern das Wohl und Wehe des Staatsbürgers unter seine Fittiche nimmt, das zu erreichen, was ich in meinen Worten angedeutet habe!

Lassen Sie mich aber doch noch zu einem weiteren Punkt sprechen, nämlich zu der Stellung des P a r l a m e n t s, des Landtags! Welche Stellung wird im demokratischen Staate dieses Parlament dem Volke und der Regierung gegenüber haben? Hier möchte ich an die Ausführungen anknüpfen, die der Herr Kollege Haußleiter vor einigen Tagen gemacht hat. Er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß sich die Stimmen derer mehren, die dem Parlament nicht mehr die Achtung entgegenbringen, die es eigentlich haben müßte, und daß wir bereits wieder so weit sind, daß das Volk das Gefühl zu verlieren beginnt, daß seine gewählten Abgeordneten von ihm an ihre Stelle gesetzt sind. Der Kollege hat an die Alliierten appelliert und erklärt, es möge die Gelegenheit gegeben werden, im Parlament Aufgaben in einem Rahmen zu erledigen, der sein Ansehen vergrößern soll. Ich glaube, es läge näher, nicht an die Alliierten, sondern an die Regierung zu appellieren und der Regierung ans Herz zu legen, daß sie ihre Zusammenarbeit mit dem Volk auf einen Ton und auf ein Tempo abstimmt, die dem Ansehen des Parlaments entsprechen. Wenn es vorkommt, daß Anfragen monatelang nicht beantwortet werden,

(sehr richtig! bei der FDP)

(Bezold Otto [FDP])

wenn es vorkommen kann, daß Anträge, die schon verbeschieden sind und die einem Ministerium oder der Regierung aufgeben, sich binnen einer gewissen Frist zu äußern, unerledigt bleiben,

(hörtl bei der FDP)

wenn solche Anträge in irgendeiner Schublade irgendeines Referenten auf Nimmerwiedersehen verschwinden, dann ist irgend etwas nicht in Ordnung.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Es ist das eine Sache, die das Ansehen des Parlaments betrifft.

(Beifall bei der FDP.)

Sie können nicht vom Volke draußen erwarten, daß es für dieses Ansehen ein Gefühl hat, wenn schon die Stellen kein Gefühl dafür haben, die dazu bestimmt sind, die Zusammenarbeit mit dem Parlament aufrechtzuerhalten und zu tätigen.

(Zuruf: Das beruht auf Gegenseitigkeit!)

— Darauf komme ich gleich zu sprechen. Ich möchte nicht unterlassen zu sagen, daß doch das Parlament und die Regierung zusammenwirken müssen wie zwei Schallspiegel, die sich den Schall und die Worte gegenseitig hin- und herwerfen. In diesem Spiel darf keine Störung entstehen und jeder, der das Spiel stört, schadet nicht nur seinem Gegenpartner, sondern zerstört damit eigenes Ansehen vor dem Volke.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Wir haben schon einmal erlebt, daß das Lächeln des Referenten in irgendeinem Ministerium, mit dem er über Anforderungen des Parlaments — ich spreche von den Zeiten vor Hitler — hinwegging, allmählich zu einer eindeutigen Grimasse der Macht wurde, die, dann den Hitlerstaat geschaffen hat.

(Lebhafter Beifall bei der FDP.)

Es hat alles seinen Gleichklang, und wer diesen Gleichklang stört, der stört damit nicht nur seinen Gegner. Der Arm, der den Schlag führt, schlägt gegen sich selbst. Wenn es wieder dahin kommen sollte, daß die Demokratie nicht blüht, sondern daß ihr wieder ihr Grab gegraben wird, dann ist nicht nur sie verloren, sondern jeder, der den kleinsten Stein zu diesem Grab ausgehoben hat. Ich glaube aber, wenn wir die Entwicklung der letzten Monate und der letzten Jahre ansehen, dürfen wir trotz alledem hoffen, hoffen vor allem, wenn wir uns vor Augen halten, daß wir heute immer noch einen kranken Staatskörper vor uns haben. Wir dürfen hoffen, daß dieser Staatskörper gesunde, und daß er nicht nur gesunde, sondern daß dann in diesem gesunden Staatskörper dereinst auch wirklich Menschen leben, die sich zuengst als Teil und als Bürger dieses Staatskörpers fühlen.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Denn Demokrat sein, heißt ja schließlich an den Menschen glauben.

(Beifall bei der FDP.)

I. Vizepräsident: In der Reihe der Redner folgt der Herr Abgeordnete Zietsch.

Zietsch (SPD): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen des Herrn Staatsministers des Innern ist insbesondere hervorzuheben, daß er sagte: Recht muß unter allen Umständen Recht bleiben und jeder Verwaltungsakt ist unnachgiebig aufzuheben, der ohne gesetzliche Grundlage ein Recht des Staatsbürgers verletzt. Ich halte es schon für gut, diesen richtigen Satz noch einmal zu unterstreichen, schon deshalb, weil der Herr Staatsminister dann in einer Weise fortfährt, die mir zum mindesten etwas bedenklich erscheint, und sagt: Man kann von der aktiven Verwaltung nicht verlangen, daß sie außerordentliche Aufgaben bewältigen und gleichzeitig die Rechte des Individuums uneingeschränkt wahren soll; wenn daher außerordentliche Aufgaben zu meistern sind, müsse die Gesetzgebung auch für außerordentliche Vollmachten sorgen. Wir haben von solchen außerordentlichen Vollmachten in den Jahren des Nazi-Regimes genug gehört und ich glaube, es ist nicht notwendig, daß wir in diesem Hause eine ähnliche oder gar diese Bezeichnung in irgendeinem Zusammenhang verwenden.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Es wird nur darauf ankommen, daß die Staatsregierung zu der Zeit, wo sie es für erforderlich erachtet, an das Parlament mit entsprechenden Vorschlägen herantritt, damit sie vom Parlament geprüft und unter Umständen gutgeheißen werden können. Aber außerordentliche Vollmachten erscheinen mir trotz der Notzeit, in der wir leben, niemals mehr am Platze zu sein.

Der Herr Minister hat dann unter der Überschrift „Demokratisierung der Verwaltung“ davon gesprochen, daß auch im Ministerium über die Anträge und Anregungen, die auf eine Kompetenzverlagerung zwischen der Staatsverwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung hinauslaufen, Überlegungen angestellt werden. Gestatten Sie mir dazu einige Bemerkungen! Der Herr Minister erhebt die Frage, ob nicht auf der Ebene der Regierungsbezirke von einer Selbstverwaltung völlig abgesehen werden soll. Nach dem, was uns bekannt ist, und nach unserer eigenen Meinung können wir hier, wenn im Ministerium ernsthaft die Absicht bestehen sollte, den Regierungspräsidenten künftig zu einem Kommissar der Staatsregierung zu machen, nicht folgen. Wir sind der Meinung, daß oben im Ministerium sachmännisch die Dinge zusammengefaßt werden müssen, daß aber die Durchführung der Aufgaben hinauszuerlagern ist in die Gebietskörperschaften des Regierungsbezirks und — noch weiter nach unten — in die Gebietskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Selbstverwaltung, die nun den Gebietskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände zuteil werden soll, ist auch vom Herrn Minister recht eindeutig bezeichnet worden. Die Verfassung sieht bereits in verschiedenen Artikeln nach dieser Richtung hin Grundlegendes vor, und es bleibt nur zu hoffen und zu wünschen, daß in den kommenden Beratungen über eine neue Gemeindeordnung bzw. über die Bezirks- und Kreisordnung nach dieser Richtung hin die Bestimmungen der Verfassung entsprechend ein- und ausgebaut werden. Es ist wesentlich, bei diesen Ausführungen festzuhalten, daß im Zuge des Ausbaues der Selbstverwaltung nicht nur den kreisunmittelbaren Städten, sondern auch den Landkreisen künftig die Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Selbstverwaltung zuzuerkennen ist. Es müßte also im

(Ziessch [SPD])

weitesten Sinn abgesehen werden von den Auftragsangelegenheiten. Diese müßten soweit als möglich in übertragene Aufgaben ausgeweitet und auch der Gebietskörperschaft eines Landkreises in eigener Zuständigkeit zugewiesen werden. Es ist ganz klar, daß diese Ausführungen des Herrn Ministers genau so wie die heutige Stellungnahme dazu sozusagen nur programmatisch sein können, und daß über diese Fragen noch sehr eingehend wird gesprochen werden müssen. Aber so viel ist doch heute schon festzustellen, daß aus der Selbstverwaltung, aus den Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände die geübten Kräfte herauswachsen können, die in der Staatsverwaltung mit demokratischem Sinn gefaßt sind, und daß in den Selbstverwaltungskörperschaften jeder lernen muß, ob er ehrenamtlich oder berufsamtlich dort tätig ist, abzuwägen zwischen Wollen und Können, zwischen Bedürfnis und Notwendigkeit, und daß er lernen muß, im kleinsten Gebiete des Staates, in der Gemeinde bereits, nur aus Selbstverantwortung zu handeln, also nur Forderungen zu stellen, die auch wirklich in die Tat umgesetzt werden können. Wir glauben, daß gerade in den Gemeinden, in der Tätigkeit in den Selbstverwaltungskörperschaften, eine Schule der parlamentarischen Demokratie gegeben ist und daß sie gleichzeitig einen Anschauungsunterricht für den Staatsbürger als Wähler darstellen kann. Nur dort, wo wirklich von unten her die Demokratie wächst, ist sie auch für absehbare Zeit in ihrer Auswirkung gesichert.

Der Herr Staatsminister hat auch von dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung gesprochen. Lassen Sie mich dazu noch eine kurze Bemerkung machen! Ich möchte die Ausführungen des Herrn Ministers hier nicht im einzelnen überprüfen; es wird über diese Dinge noch gesprochen werden müssen. Aber der Grundsatz der Vereinheitlichung der Verwaltung ist aufgestellt und wird unterstützt. Denn es ist ganz richtig gesagt worden, daß die Fachministerien in der Mittel- und Unterstufe Fachkräfte zur Verfügung haben müssen, daß jedoch diese Fachbehörden in der Mittel- und Unterstufe zusammengefaßt gehören, weil den unteren Behörden in ihrer Übersicht viel eher bekannt ist, welche Notwendigkeiten für die Bevölkerung, für die Öffentlichkeit bestehen, eine Übersicht, die jedem Spezialisten von Natur aus fehlt, weil er sich eben nur für sein Sondergebiet zu interessieren hat.

Diese Bemerkungen wollte ich zu der Rede des Herrn Ministers noch machen.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Kurz.

Kurz (CSU): Mitglieder des hohen Hauses, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Plenum des Bayerischen Landtags hat in seinen Sitzungen vom 26. Juni und 19. Juli des vergangenen Jahres zwei für die Grenzlandbevölkerung hochbedeutungsvolle Anträge einstimmig angenommen. Der Antrag auf Wiedergenehmigung der Einfuhr von Rind-, Kuh- und Zuchtvieh und Pferden aus Österreich — Salzburg, Tirol und Vorarlberg — mußte, wie uns das Landwirtschafts- und Ernährungsministerium mitteilte, der Dürrekatastrophe wegen bis auf weiteres zurückgestellt werden.

Im engsten Zusammenhang mit diesem Antrag steht ein zweiter über die Wiedergenehmigung der Ausstellung des kleinen Grenzscheins nach Österreich — Salzburg, Tirol, Vorarlberg — und die Schweiz. Die Grenzbevölkerung und die Antragsteller von hauptsächlich Grenzlandbezirken, von Passau bis hinüber nach Lindau, haben in die Durchführung und die praktische Verwirklichung dieses als Landtagsbeschluss einstimmig angenommenen Antrags die allergrößten Hoffnungen und Erwartungen gesetzt, zumal auch die österreichische Grenzbevölkerung in ihren politischen Vertretern und Abgeordneten auf diesen Landtagsbeschluss auf das lebhafteste reagierte. In feierlichst abgegebenen Erklärungen betonten die Abgeordneten aus Salzburg und Linz als Delegierte auf der Gewerbeausstellung in Passau den Willen der österreichischen Grenzbevölkerung zur Wiederaufnahme der Jahrhunderte alten wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Verbindung, zur Wiederaufnahme der Pflege der einstmals vorhandenen so guten freund-nachbarlichen Beziehungen.

Schmerzlich enttäuscht und auf das allertiefste betroffen mußte das beiderseitige Grenzvolk die bedauerliche Tatsache feststellen, daß die von hien und drüben der Grenze in die Bemühungen gesetzten Erwartungen nicht erfüllt werden konnten. Die Auflockerung der Grenzsperrung, ein erleichtertes Grenzübertritt, die Ausstellung des Grenzscheins für einen großen Kreis von Bedürftigen ist allen bisherigen Anstrengungen und Bemühungen versagt geblieben. Der Personenkreis, der in den Besitz einer Grenzübertrittskarte kommen kann, ist nach wie vor derselbe und auf das alleräußerste beschränkt. Landratsämter, Grenz-, Stadt- und Gemeindebehörden bestätigen, daß die Übertragung der Erteilung von Erlaubnis zum Grenzübertritt an die deutsche Grenzpolizei in keiner Beziehung eine Erleichterung gebracht hat; sie wirkte im Gegenteil in verschiedener Hinsicht für die Steller eines Antrags auf einen Grenzschein erschwerend. Die Erlaubnis zum Grenzübertritt ist heute nur unter folgenden Voraussetzungen möglich:

1. Zur Bewirtschaftung eines Grundstücks über der Grenze;
2. durch ein im Grenzbezirk des Nachbarlandes bestehendes Arbeitsverhältnis;
3. zum Schulbesuch z. B. des Mozarteums in Salzburg oder für die österreichischen Kinder zum Besuch der Schulen in Burghausen;
4. zur ärztlichen Behandlung, sofern diese nach Bestätigung des staatlichen Gesundheitsamts durch einen einheimischen Arzt nicht durchgeführt werden kann;
5. in besonderen Ausnahmefällen kann — es handelt sich also hier um eine Kann-Verordnung — ferner bei schweren Erkrankungen von allernächsten Angehörigen oder bei Todesfällen eine Person der Familie die Grenzübertrittserlaubnis auf die Dauer von zwölf bis vierzehn Stunden, und zwar nur einmalig, bekommen.

Für den Kenner der Grenzverhältnisse ist klar und verständlich, daß diese Regelung die Bevölkerung nicht befriedigen kann und von ihr als eine unnötige Härte aufgefaßt wird. Sie entspricht auch nicht dem Willen der Antragsteller und dem Willen des Gesetzgebers. Die Grenzlandbewohner empfinden es als äußerst schmerzlich, daß nach nahezu dreijähriger hermetischer

(Kurz [CSU])

Schließung der Grenzen der eigentlich normale Grenzverkehr, wie er bis zum Jahre 1933 bestand, nicht mehr gestattet werden soll.

Dem südöstlichen Grenzgebiet des Landes z. B., dem sogenannten Rupertiwinkel, der in besonderem Maße wirtschaftlich, kulturell, verwandtschaftlich, familiär mit dem österreichischen Nachbarland auf das engste verbunden ist, ist durch diese Grenzverkehrsregelung in keiner Weise Rechnung getragen. Der gegenseitige Besuch von Eltern und Kindern, Geschwistern und Ver Schwägerten zu einer geordneten Bereinigung der familiären und Rechtsangelegenheiten müßte doch längst ermöglicht werden. Ebenso dürfte bei schwersten Erkrankungen und Todesfällen allen Kindern und den nächsten Verwandten der Krankenbesuch und die Beteiligung an der Beerdigung nicht verweigert, der Besuch einer im Wochenbett liegenden Tochter durch die Mutter nicht verhindert werden.

(Dr. Hoegner: Der Gräberbesuch an Allerheiligen ist auch nicht gestattet!)

— Ich komme darauf.

Vor mir liegt die österreichische Zeitung „Die neue Warte am Inn“. Sie weist darauf hin, daß das Ersuchen der Stadt Burghausen an der Salzach um Genehmigung des Grenzübertritts zum Gräberbesuch an Allerheiligen von der örtlichen amerikanischen Militärregierung bewilligt wurde; aber nachdem die Ausweise zum Grenzübertritt für diese Tage von der Stadt Burghausen ausgefertigt waren, wurde die Genehmigung in letzter Stunde, wohl auf eine höhere Anweisung, wieder zurückgenommen.

(Dr. Hundhammer: Von deutscher oder amerikanischer Seite?)

— Das entzieht sich meiner Kenntnis, Herr Staatsminister.

Eine ebenso traurige und bittere Tatsache ist es — dieser Fall wurde mir neulich vom Landrat von Laufen an der Salzach bekannt gegeben —, daß eine drüberhalb der Grenze verheiratete Tochter trotz aller Bemühungen ihre lang und schwer kranke Mutter nicht besuchen, an ihrer Beerdigung nicht teilnehmen durfte.

(Dr. Hoegner: Hört, hört! Das ist Unmenschlichkeit!) und aus der Ferne über die Salzach hinweg dem Leichenbegängnis ihrer Mutter zusehen mußte.

(Hört, hört! bei der SPD.)

In der Denkschrift der Stadt Burghausen an der Salzach vom 7. August 1947 an die Bayerische Staatskanzlei wird das Sprechverbot über die Grenze von Österreich als besondere Härte bezeichnet. Bei Androhung der Inhaftierung und anderer Strafen ist auch das Sprechen über die Flüsse hinweg auch zwischen den nächsten Familienangehörigen und den Ehegatten verboten.

(Dr. Hoegner: Hört, hört! Das weiß man in der übrigen Welt nicht; sonst würde sich die öffentliche Meinung dagegen empören!)

— Ich stelle nur die Tatsachen fest. Dieses Sprechverbot, so fährt die Denkschrift an die Staatskanzlei fort, über die

Grenze von Österreich nach Bayern wird als unmenschlich empfunden.

(Sehr richtig!)

Es wird als grausame Härte betrachtet, wenn Verwandte, nächste Angehörige nicht einmal miteinander das dringend Nötige über die Salzach hinweg besprechen dürfen.

(Dr. Hoegner: Wir stehen doch nicht unter Quarantäne; wir sind keine Pestkranken!)

Dabei kommt es vor, daß Leute von weit her sich mit endlich Wiedergesunden an der hiesigen Grenze zusammenbestellen, um sich treffen und nach jahrelanger Trennung wenigstens einmal miteinander sprechen zu können. Es werden Fälle erwähnt, in welchen es Angehörigen nach vielen Anstrengungen und durch Einschaltung von allerlei Such- und Fahndungsstellen endlich gelungen ist, nächste Verwandte wieder zu finden; kommen diese Armen dann hierher, so müssen sie erfahren, daß es ihren Angehörigen in Österreich bei Strafe und sofortiger Verhaftung verboten ist, über den Fluß hinweg mit ihnen zu sprechen.

(Dr. Hoegner: Woher kommen denn diese Verbote? Von den österreichischen Behörden?)

— Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich komme noch darauf zu sprechen.

Aus jüngster Zeit ist ein Fall festzuhalten, in dem ein jahrelang in Kriegsgefangenschaft schmachtender Burghäuser Soldat endlich wieder nach Hause kam, dessen Frau aber über der Salzach im Österreichischen wohnt. Die beiden Eheleute durften auch nicht zum einfachsten Wiedersehen zusammenkommen, ja sie durften sich am Schlagbaum an der Salzachbrücke nicht sehen und nicht sprechen.

(Wimmer: Das ist allerhand! Von wem kommen denn die Verbote?)

Das sind zur Zeit die an der Grenze bestehenden Verhältnisse, von Passau bis hinüber nach Lindau.

Dem Wunsch der Grenzbewohner würde der Landtagsbeschuß, den ich eingangs zum Vortrag gebracht habe, entsprochen haben. Er hätte befriedigt. Der Landtagsbeschuß sah die Wiedergenehmigung der Aufnahme des kleinen Grenzverkehrs vor, wie er nach den Vereinbarungen zwischen Deutschland und Österreich bis zum Jahre 1933 bestanden hat. Nach diesen Vereinbarungen konnten die deutschen und österreichischen Staatsangehörigen, die ihren Wohnsitz im Zollgrenzbezirk hatten oder sich dort mindestens drei Monate aufhielten, von der Zollbehörde oder dem zuständigen Bürgermeisterrat einen Grenzschein mit bestimmter Gültigkeitsdauer zum Aufenthalt im Zollgrenzbezirk des Nachbarlandes ausgestellt erhalten. Die Ausstellung dieses Grenzscheines wäre in den größeren Orten wieder den Zollbehörden und im übrigen den Gemeindebehörden und Bürgermeistern zu übertragen, da sie mit den örtlichen und persönlichen Verhältnissen am besten vertraut sind. Dieser Antrag, der seinerzeit im Landtag einstimmig angenommen wurde, hätte, wenn man ihm einigermaßen hätte Rechnung tragen wollen, alle Wünsche befriedigt.

Die Grenzsperrre bedeutet in ihrer schmerzlichsten Auswirkung eine ungewollte Unterbrechung der vielfachen Verpflichtungen innerhalb von Familienverbänden, die Stilllegung einer in Generationen gewachsenen

(Kurz [CSU])

Gemeinschaft auf allen Lebensgebieten. Das Grenzland ist in Not. Im Namen von Hunderttausenden von Grenzlandbewohnern, von Passau bis hinüber nach Lindau, und im Namen der Antragsteller richte ich an den Herrn Staatsminister die Bitte, die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Militärregierung über die Ausstellung des kleinen Grenzscheins veranlassen zu wollen.

(Dr. Hundhammer: Es war dies seit Juni geschehen!)

Ich habe in den letzten Tagen vom Landratsamt in Laufen die Mitteilung bekommen, daß sich im wesentlichen nichts geändert hat; nur die Antragsformulare, die seinerzeit vom Landratsamt und der Militärregierung ausgestellt wurden, werden jetzt von der Grenzpolizei ausgestellt. Es wurde mir bestätigt, daß diese Regelung auf keinen Fall und auf keinem Gebiet eine wesentliche Erleichterung gebracht, ja, daß diese Übergabe in manchen Fällen erschwerend gewirkt hat.

Laßt also, meine Damen und Herren, die Schlagbäume wieder hochgehen! Macht uns die Grenzlore wieder weit auf nach dem Wunsch und der Forderung einer nach Hunderttausenden zählenden Bevölkerung im Grenzland, einer friedliebenden, nach normalen Verhältnissen strebenden Grenzlandbevölkerung!

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete **Hirschenaue r.**

Hirschenaue r (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich kann als Grenzbewohner nur die Worte meines Vorredners unterstützen und bestätigen, daß es tatsächlich so ist, wie mein Herr Vorredner angeführt hat.

Es bestehen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Er wies ja darauf hin, daß sich Grundstücke, Waldungen und alles Mögliche diesseits und jenseits der Grenze befinden. Wir wissen, daß der kleine Grenzverkehr ursprünglich für den Verkehr der an der Grenze in abgelegenen Orten wohnenden Beamten und Angestellten geschaffen war; und es sind auch z. B. bei uns in Passau sehr viele von der anderen Seite beschäftigt. Für die ist insoweit ja alles geregelt.

Es gibt aber noch andere Fragen, deren Lösung notwendig wäre. Ich erinnere an die Zeit der Beerenernte im vergangenen Sommer. In der Nähe von Passau liegt doch der sogenannte **Sauwald**, ein großes Waldgebiet, wo es Beeren in Unmenge gab und immer geben wird. Wie gut wäre es gewesen, wenn der kleine Grenzschein wieder ausgestellt worden wäre und die Leute, die Zeit hatten, sich diese Beeren, diese Nahrungsmittel, die in der heutigen Zeit so notwendig sind, hätten herüberholen können. Das ist ein Punkt.

Aber das gilt für eine Stadt wie Passau auch sonst, für Verkehr und Wirtschaft. Wir wissen, daß wir heute

in einer Zwangslage sind und daß die Waren nicht frei sind. Aber trotzdem ist der Moment gekommen, es zu ändern, daß die Leute in dem Gebiet über der Grenze von Schärding bis Engelhartzell, im sogenannten Innviertel, vom Verkehr so sehr abgeschnitten sind. Auch der Reiseverkehr, der Personenverkehr, der Eisenbahnverkehr und dann auch der Schiffsverkehr sollte wieder zugelassen werden. Das sind die Notwendigkeiten zur Belebung der Wirtschaft im Gebiet der Stadt Passau. Früher war es so, daß die Leute, um in ihre Landeshauptstadt zu kommen, nach Passau hinein an den Bahnhof gehen und dann innaufwärts fahren konnten.

Man kennt die Verhältnisse nicht, wenn man nicht an der Grenze selbst ist. Mein Herr Vorredner hat ja so ziemlich alles angeführt und mir viel vorweggenommen. Aber ich möchte trotzdem noch darum ersuchen, daß alles in Angriff genommen wird, um schon heute die Durchführungsbestimmungen für einen kommenden Grenzverkehr zumindest vorzubereiten. Für den Verkehr an der Grenze, von Passau über Laufen, Bayrisch-Gmain, Schneizkreuth bis Lindau und an die Schweizer Grenze, müßten, weil seinerzeit 1933 alles über den Haufen geworfen wurde, die Regelung von 1930 wiederhergestellt werden. Ich habe es selber erlebt, wie seinerzeit der Personenverkehr geblüht hat und auch aus dem kleinen Grenzverkehr ein großer Grenzverkehr, ein Warenverkehr, geworden ist. Deswegen meine ich, man sollte die Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des Verkehrs jetzt schon treffen. In dem Verordnungsblatt vom November 1931 waren die Grenzen festgelegt, um Auswüchse zu verhindern. Das sollte auch jetzt geschehen.

Ich möchte nochmal darauf hinweisen, daß Grenzgebiet tatsächlich Notgebiet ist; die Staatsregierung sollte alles tun, um hier Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Es spricht der Herr **Staatsminister.**

Staatsminister Dr. Anfermüller: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Antwort auf die Anfragen der Herren Abgeordneten Kurz und Hirschenaue r gestatten Sie mir, namens der Staatsregierung heute folgende Erklärung abzugeben.

Die erwähnten Verbote und Anordnungen auf dem Gebiet des Grenzverkehrs sind weder vom Staatsministerium des Innern noch von andern deutschen Stellen erlassen. Die deutschen Stellen haben auf diesem Gebiet des Grenzverkehrs überhaupt keine Zuständigkeit.

Im übrigen bitte ich, mir die Möglichkeit zu lassen, eventuell am Schluß der Gesamtdenbatte nochmals auf diese Frage eingehen zu dürfen.

I. Vizepräsident: Ich schlage vor, die Beratung jetzt abzubrechen. Die Sitzung morgen beginnt pünktlich um 9 Uhr.

Damit ist die heutige Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 27 Minuten.)